



14. März 1927

WLADIMIR SENSINOW . DER GESCHICHTLICHE SINN DER RUSSISCHEN MÄRZREVOLUTION

GESCHICHTLICHEN Sinn und Bedeutung eines politischen Ereignisses zu beurteilen fällt seinen Zeugen, insbesondere aber denen, die an diesem Ereignis beteiligt waren, außerordentlich schwer. Manche sprechen ihnen sogar das Recht zu einer solchen Beurteilung ab. Nur aus einer gewissen Entfernung vermag man das wahre Gewicht eines Ereignisses richtig einzuschätzen. Um eine Begebenheit wirklich zu verstehen, muß man manchmal eine lange Zeit nach ihr verstreichen lassen. Das alles ist richtig. Die Zeitgenossen haben jedoch den künftigen Historikern gegenüber auch manchen Vorteil. Für sie bilden die Ereignisse nicht das Objekt einer leidenschaftslosen Analyse sondern das Gewebe des sie umgebenden Lebens. Können sie auch in der allgemeinen geschichtlichen Auffassung der Begebenheiten leicht irren, so sind sie dafür mehr befähigt die Tendenz der geschichtlichen Vorgänge mit einem schärfern Gefühl für die Nuancen aufzufassen. Uns, die wir Mitwirkende der russischen Märzrevolution von 1917 waren, wird es vielleicht schwer fallen den allgemeinen Sinn des Revolutionsprozesses einzuschätzen, der in Rußland vor 10 Jahren begann und bis jetzt sein Ende noch nicht erreicht hat. Desto leichter aber ist es für uns die einzelnen Wendungen dieses Prozesses zu schildern, da unser Bewußtsein sie alle selber mitgemacht hat.

In Europa versteht man unter der russischen Revolution den gesamten Prozeß, der im März 1917 anfang und bis zu unseren Tagen andauert. Dabei macht man im allgemeinen nicht den geringsten prinzipiellen Unterschied zwischen den Grundsätzen der Märzrevolution und der Ideologie des Bolschewismus. Was die Bolschewisten von den sozialistischen und revolutionären Parteien Rußlands trennt, das zu untersuchen scheint dem Europäer gemeinhin eine nicht lohnende Kleinarbeit. Sogar ein so hervorragender Vertreter des internationalen Sozialismus wie das Mitglied der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei Brailsford behauptete seelenruhig auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Hamburg im Mai 1923, die Bolschewisten hätten 1917 die Märzrevolution gemacht. Diese Auffassung wird, selbstverständlich, aufs eifrigste von den Bolschewisten selbst unterstützt; für sie ist der Novemberumsturz von 1917, der zum Sturz der Allrussischen

Provisorischen Regierung und zur Einführung der bolschewistischen Diktatur führte, nur eine Weiterentwicklung der Märzrevolution. Deshalb beanspruchten sie auch Urheberrechte an dieser. Doch ist solch ein Anspruch ebenso unwahrhaftig wie sinnlos. Er entstellt nicht nur die geschichtliche Wahrheit sondern erniedrigt auch die hohen Grundsätze der russischen Revolution.

Wie kam es zur Märzrevolution? Sie begann in Petersburg in elementarer Weise. Wenige hatten sie zu diesem Zeitpunkt erwartet; jedoch nachdem sie ausgebrochen war, erkannten alle in ihr ein natürliches Ereignis und wunderten sich sogar, daß sie nicht schon eher eingetreten sei. 3 Kriegsjahre hatten schon Staat, Regierung und Land erschüttert. Die Mobilisierung von 10 Millionen Menschen hatte das Wirtschaftsleben des Reichs aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Mißerfolge an der Front, der Zerfall des Hinterlands, die Bestechlichkeit der Behörden revolutionierten den Geist der Massen. Die Versorgungsschwierigkeiten, die Ende Februar und Anfang März in Petersburg entstanden, und die unter anderen Umständen ruhig abgelaufen wären, ohne irgendwelche entscheidenden Folgen nach sich zu ziehen, wurden hier zur Revolution, die bald, wie durch Zauberei, das ganze ungeheure Land, ein Sechstel der Erdoberfläche, umfing. Diese Tatsache weist darauf hin, wie groß der Vorrat an Brennstoffen im Land war, die nur auf ein Zündholz warteten, um lichterloh aufzulodern. Die Versorgungsschwierigkeiten in der Hauptstadt spielten die Rolle dieses Zündholzes. Gewiß hätte aber die Revolution nicht gesiegt, wenn die anderen Städte sich nicht der Bewegung angeschlossen hätten, wenn die Bauernschaft sie nicht einmütig unterstützt, und wenn die Armee das Zarenregime geschützt hätte. So trat die Märzrevolution äußerlich unerwartet wie ein Naturgeschehnis ein, sie war aber die Erfüllung der jahre-, jahrzehntealten Hoffnungen des Volkes, das schon längst dem Absolutismus entwachsen war.

Die Märzrevolution war ein Elementarereignis, keine politische Partei, keine Organisation kann sich ihre "Veranstaltung" zuschreiben. Wirkliche Revolutionen werden nie veranstaltet, sie geschehen. Im März 1917 waren alle Revolutionsparteien in ihrer Organisation außerordentlich geschwächt, ihre Verfassung hielt mit dem Zustand der Revolutionskräfte im Frühling und Sommer 1905, während des ersten Zusammenstoßes mit dem Zarismus, keinen Vergleich aus. Jedoch trotz ihrer organisatorischen Schwäche erwiesen sie sich als sehr stark in ihrer Wirksamkeit, was auch sofort durch die sich entwickelnden Ereignisse bezeugt wurde. Sie bestimmten alsbald den Gang der Revolution, indem sie die Bewegung mit ihren Parolen leiteten. Die Revolution wurde, wie gesagt, nicht durch die Tätigkeit der Parteien hervorgerufen. Diese spielten später eine entscheidende Rolle, als die Tore der Gefängnisse sich öffneten, und die politischen Verbannten zurückkehrten. Die Revolution selber aber wurde von der namenlosen Masse gemacht.

Worin bestand ihr Programm, wie lauteten ihre Grundsätze?

Diese Frage kann nur in *einem* Sinn beantwortet werden. Die Grundsätze der Revolution wurden am Tag der Errichtung der Provisorischen Regierung verkündigt: Freiheit für alle, gleiches Recht, Selbstverwaltung, Einberufung einer Konstituante. Die Regierung strebte danach sich über die Gruppen- und Parteiinteressen zu erheben. Die Konzentration aller revolutionären Kräfte, also die Koalition, war, wie Zeretelij mit Recht behauptete, die Seele der Revolution in dieser Periode.

Die Märzrevolution verwirklichte den sehnlichsten Traum aller Generationen der russischen Revolutionäre, die ihr vorangegangen waren, angefangen vom ersten Aufstand im Dezember 1825. Sie besaß einen ausgesprochen freiheitlichen Charakter und wurde deshalb im ganzen Land als Nationalrevolution, als Volksaufstand aufgefaßt, der von allen Bevölkerungsschichten mit gleichem Enthusiasmus begrüßt wurde. Darin liegt der gewaltige Unterschied zwischen der Märzrevolution und dem Novemberumsturz. Dieser wurde von den Bolschewisten angeblich zur Errichtung der Diktatur des Proletariats unternommen. Tatsächlich führte er nicht zur Herrschaft der Arbeiterklasse, die im bolschewistischen Rußland genau so unterdrückt ist wie das übrige Volk, sondern zu einem Gewaltregime, ausgeübt durch Organe einer Partei, die eine sich isolierende Herrschaftsschicht darstellt. Die Märzrevolution von 1917 spielt in der russischen Geschichte die Rolle eines notwendigen Kettenglieds in dem Prozeß der Befreiung des Volkes von politischer und wirtschaftlicher Sklaverei. Aber das russische Volk, durch den Krieg aufs äußerste geschwächt, physisch und seelisch aufs tiefste erschüttert, konnte die errungene Freiheit nicht festhalten. Diese Müdigen Revolution im März kaum Anteil genommen hatten, zunutze, indem sie die Massen durch das Versprechen eines sofort abzuschließenden Friedens mit Deutschland sich gefügig machten. Dieser Friede führte bekanntlich zu der Kapitulation in Brest Litowsk, die erst die Fortsetzung und den blutigsten Abschnitt des Krieges in Europa und dann eine lange Periode des Krieges nach dem Krieg bewirkte. Dem russischen Volk selber brachte das Kriegsende nicht nur keinen Frieden sondern neue Verluste: An Stelle einer einzigen deutsch-russischen Front entstand im Land eine Menge Fronten, an denen sich der Bürgerkrieg abspielte. Der Krieg gegen Deutschland war zu Ende, aber der Bürgerkrieg hatte angefangen, der ebenso lange dauerte und auch die Teile des Landes verheerte, die vom Weltkrieg verschont geblieben waren. Bis jetzt noch hat sich Rußland von seinen Folgen nicht erholt. Die russische Wirtschaft konnte, obgleich das Land aus dem Weltkrieg ausgeschieden war, nicht neu aufgebaut werden, wurde erst recht zerrüttet, so daß sie heute, bald ein Jahrzehnt nach Kriegsende, noch trostlos daniederliegt.

Die Entwicklung der Märzrevolution Rußlands wurde von den Bolschewisten unterbrochen. Das Volk war der Möglichkeit beraubt sein geschichtliches Werk zu vollenden. Das bedeutet aber nicht, daß es nicht weitergeführt werden kann und muß. Der Despotismus des Zarentums machte der bolschewistischen Gewaltherrschaft Platz, die den Namen einer Regierung von Arbeitern und Bauern wie zum Spott annahm.

Das Land aber und das Volk erwarten noch immer ihre Befreiung, die im März 1917 begonnen wurde. Diese Befreiung, welche Formen sie auch annehmen mag, kann nur den Weg einschlagen, der ihr von der Märzrevolution gewiesen wurde: den Weg einer Volksregierung, der, dem besondern Charakter des russischen Volkes und Landes entsprechend, zu einer Bauerndemokratie führen muß, zu einer Demokratie neuer Art, nicht europäischen Schemas, und dann weiter zu einer sozialistischen Gemeinschaft. Die Grundsätze der Revolution bleiben lebendig, solange der Trieb zur menschlichen Freiheit im Volk fortbesteht. Und in diesem Sinn kann man behaupten: Der März des Jahres 1917 hat in Rußland sein letztes Wort noch nicht gesprochen.

VIKTOR TSCHERNOW · DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE PARTEI RUSSLANDS UND IHRE STELLUNG IN DER AGRARREVOLUTION

WÄHREND des Marseiller Kongresses der Sozialistischen Arbeiterinternationale tagte unter dem Vorsitz Compère-Morels eine Agrarkonferenz. Sie ist von der sozialistischen Presse nicht genügend gewürdigt worden. Und doch bildete sie einen Wendepunkt in der Entwicklung des sozialistischen Gedankens in der Agrarfrage. Es wäre interessant ihre Ergebnisse mit denen der Enquete über die Agrarfrage zu vergleichen, die das Brüsseler Internationale Bureau der sozialistischen Presse veranstaltet hat. Beide beweisen, daß die Skepsis, die früher in sozialistischen Kreisen der Bauernschaft gegenüber vorgeherrschte hat, fast völlig geschwunden ist. Der moderne internationale Sozialismus sieht sich nunmehr vor das doppelte Problem gestellt: dem Sozialismus die Bahn zur Bauernschaft, der Bauernschaft die Bahn zum Sozialismus zu ebnen.¹

Compère-Morel erklärte, daß in Frankreich schon jetzt annähernd zwei Drittel der sozialistischen Deputierten in ländlichen Bezirken gewählt worden seien. Ähnliche Zahlen gaben auch die Vertreter Polens, Finnlands und der baltischen Staaten an. "Rekordzahlen" konnte aber der Vertreter der Sozialrevolutionären Partei Rußlands mitteilen: Bei den Wahlen zur Konstituante 1917 hat diese Partei in den Städten gegen die Konstitutionell-Demokratische Partei und die Bolschewisten mit wechselndem Glück gekämpft. Aber auf dem Land brachten ihr die Wahlen durchweg Siege. Für die Sozialrevolutionäre Partei stimmten 19,5 Millionen Wähler; rechnet man dazu noch die Listen der nationalen sozialrevolutionären Gruppen, der Muselmanen, Ukrainer, Weißrussen usw., so erhielten die Sozialrevolutionäre mehr als 22,5 Millionen Stimmen. Es sei daran erinnert, daß nach dem vom Sekretariat der Sozialistischen Internationale dem 2. Kongreß erstatteten Bericht alle der Internationale angeschlossenen Parteien im Jahr 1925 zusammen 25,6 Millionen Stimmen vertreten haben, also nur 3 Millionen mehr als allein die Sozialrevolutionäre Rußlands. Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung erhielt die Sozialrevolutionäre Partei die absolute Mehrheit: ein Fall, der in der Geschichte des Sozialismus bis dahin niemals und nirgends vorgekommen war. Die Bedeutung dieses Sieges ist um so größer, als die Wahlen in mehr als 90 % der Wahlkreise schon unter bolschewistischer Herrschaft stattfanden, nach dem Erlaß des bolschewistischen Dekrets über die Landverteilung, in dem einfach das Programm der sozialrevolutionären Bauerndelegierten der Sowjets wörtlich abgeschrieben war, und, was vielleicht noch wichtiger ist, nachdem die Bolschewisten in einer großen Reihe von Orten die lokalen antibolschewistischen Sowjets aufgelöst und durch diktatorische "kriegsrevolutionäre Komitees" ersetzt hatten, die die Wahlen mit allen Mitteln beeinflussten.

Welchen Umständen hatte die Sozialrevolutionäre Partei ihren Erfolg auf dem Land zu danken?

1) Das geschieht in allen Ländern. In der Zeitspanne seit der Marseiller Tagung sind auch gewaltige Fortschritte in dieser Richtung gemacht worden; man braucht nur an das Agrarprogramm der deutsch-österreichischen und den Agrarprogrammentwurf der deutschen Sozialdemokratie zu denken, die hier in den letzten Monaten behandelt wurden.



RUSSLANDS Sozialrevolutionäre Partei wurde, nach der Vereinigung der nördlichen und der südlichen Gruppen, im Jahr 1902 endgültig gegründet, 4 Jahre später als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, deren erstes Manifest im Jahr 1898 von Peter Struve, später liberal-konservativem Monarchisten, verfaßt worden war. Im gleichen Jahr entstand innerhalb der Partei der autonome Bauernbund der Sozialrevolutionären Partei, und in enge Verbindung mit ihr trat die Agrarsozialistische Liga, die dann später ganz in der Partei aufging. Das Jahr 1902 war das Jahr der ersten grandiosen Bauernunruhen in ganz Südrußland, und es entschied das Agrarprogramm.

Das russische Bauerntum hat in langen rein wirtschaftlichen Kämpfen um die Scholle mit dem ländlichen Adel eine schwierige Evolution durchgemacht, deren Tendenz in der Stabilisierung und Multiplizierung der mittleren bäuerlichen Wirtschaften ihren Ausdruck fand.² Ihrer innern Struktur nach stellte in Rußland, mehr als irgendwo sonst, die bäuerliche Wirtschaft die natürliche familiäre Arbeitsgenossenschaft dar, in der jedes einzelne Mitglied auf der Basis des Gemeindegüterrechts zu seinem gleichen Recht an Grund und Boden kam. Von dieser Analyse der selbstwirtschaftenden Familie und von der Erkenntnis der Stabilität dieser Wirtschaftsform ausgehend erkannte die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands als Objekt ihrer Einwirkung auf dem Land die Masse der werktätigen Bauernschaft, mit Einschluß des am Vorabend seiner "Verbäuerung" stehenden Dorfproletariats. Diese Masse ist eine ebenso natürliche Basis des Sozialismus wie die Klasse der Industriearbeiter. Unsere statistischen Untersuchungen zeigten uns, daß die Entwicklung der auf Familienarbeit begründeten Wirtschaft im Gegensatz zur kapitalistischen durch das Vorherrschen einer ausgleichenden Tendenz charakterisiert ist. Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands erblickte nun ihre Mission auf dem Land darin diese elementare Tendenz in eine klar erkannte Überzeugung zur planmäßigen Verwirklichung eines gerechten Programms umzusetzen. Dieses Programm stellte sich 2 Aufgaben, eine negative und eine positive. Die eine bestand in dem Kampf gegen das Institut des Privateigentums an Grund und Boden, das die Ausbeutung fremder Arbeit ermöglichte. Die andere darin, daß die in der Einzelwirtschaft wirkenden Grundsätze der Selbstarbeit und Gleichheit sich durch Vermittelung der Genossenschaft zur wirtschaftlichen Arbeitsdemokratie entwickelten.

Die Zukunft der russischen Landwirtschaft dachte sich die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands als System des gesellschaftlichen Grundeigentums im Verein mit einem speziellen, gleichmäßig regulierenden Mechanismus der Bodenbewirtschaftung durch die selbstarbeitenden Familien. Die Gesellschaft, der Staat würde damit nicht etwa "Privateigentümer" des Bodens sondern hätte nur die Gleichheit aller Ansprüche derer, die sich der Landwirtschaft widmen, an den Boden sicherzustellen. Daher darf nach der Auffassung der Sozialrevolutionären Partei Rußlands der Staat das Recht den Boden zu bewirtschaften nicht als solches besteuern, nur die Rente, die sich aus der Ausbeutung bessern Bodens ergibt, mittels besonderer Besteuerung aus einem Privatmonopol in allgemeinen Besitz überleiten. Es wird damit ein Agrarrecht geschaffen, das den Boden aus den Fesseln der Willkür befreit und ihn konsequent der Arbeit zugänglich macht.

²) Siehe *Tschernow* Das Bauerntum im Programm der Sozialrevolutionären Partei Rußlands, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 32 und folgende.

Wenn auf dem Gebiet der Industrie die Sozialisierung, um nicht wirkungslos zu bleiben, sich nicht damit begnügen darf einige partielle Wirtschaftszweige zu ergreifen sondern von vornherein die wichtigsten Schlüsselpositionen der nationalen Produktion erfassen muß, so muß die soziale Reform um so mehr vom Grund und Boden ausgehen als der Quelle aller wirtschaftlichen Macht. Den Boden dem Monopolbesitz zu entreißen, seine Handhabung nach Form und Inhalt in vollem Umfang zu demokratisieren, das stellt nach der Ansicht der Sozialrevolutionäre den ersten Schritt auf dem Weg der sozialen Umbildung dar. Das so oft zitierte und so wenig beachtete Wort Karl Marx': er sei von jeher überzeugt gewesen, daß die soziale Umgestaltung von Grund aus, das heißt von Grund und Boden aus, ernsthaft anfangen müsse, soll endlich einmal gründlich erfaßt werden. Bis jetzt haben sich mit diesem Grundproblem nur die Bodenreformer befaßt. Sie gingen aber von ganz falschen theoretischen Voraussetzungen aus. Sie erblickten das Wesen des arbeitslosen Gewinnes in den Renteneinkünften und übersahen vollkommen, daß im Prozeß der industriellen kapitalistischen Produktion der Mehrwert als selbständige Quelle arbeitslosen Einkommens erzeugt wird. Ihnen erschien deshalb die Verstaatlichung des Bodens als Universalmittel gegen alle Übel der bestehenden Ordnung. Ferner wollten sie das volle Verfügungsrecht über den nationalisierten Grund und Boden der zentralen Staatsgewalt als der Vertreterin der Gesamtnation übertragen. Die Rechte der den Boden Bearbeitenden sollten nur sekundärer Natur sein, insofern als der Staat ihnen eine gewisse Fläche zu von ihm festzusetzenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen hätte. Die Allmacht des Staats auf der einen und die volle Abhängigkeit des Bodenbearbeiters auf der andern Seite bildeten das Grundprinzip der Bodenreformer. Hierdurch wollten sie den Staat gewissermaßen dafür entschädigen, daß sie seine Einmischung in das sonstige Wirtschaftsleben, in Produktion und Güteraustausch, als schädlich ansahen. Diese Bodenreform mußte zu äußerster Bürokratisierung führen, und sie hatte deshalb nicht nur die Sozialisten sondern auch die Massen der landarbeitenden Bevölkerung zu Gegnern. Denn für den Bauern bedeutete sie, daß er selbst zum Pächter des allmächtigen alleinigen Bodenbesitzers, des Staats, werden sollte, gegen dessen lokale Vertreter, die Beamten, er sich vollkommen machtlos fühlte. Aus allen diesen Gründen wurde die Nationalisierung des Grund und Bodens überall nur von der Intelligenz und gewissen Kreisen des fortschrittlichen Beamten- und Bürgertums verfochten; zum Programm einer Massenbewegung auf dem Land ist sie nirgends geworden.

Die russischen Sozialrevolutionäre haben von Anfang an in ihrer Terminologie alles vermieden, was auch nur entfernt als Übertragung der Eigentums-souveränität über den Boden auf den Staat gedeutet werden könnte. Der Grund und Boden wird Gemeingut: Bei individueller Bearbeitung haben alle Nutznießer das gleiche Recht auf ihn. Der Staat ist der Wahrer sowohl dieses gleichen Rechts als auch des guten Zustands des Bodens. Dem Bauern, der mit seiner Hände Fleiß den Boden bearbeitet, erklärt die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands, daß ein Recht auf Zulassung zum Grund und Boden nur der Arbeitende hat, daß aber alle Arbeitenden das gleiche Recht an ihn haben. Das arbeitslose Einkommen ist zugunsten der Arbeitenden zu liquidieren. Mit dem Boden als dem alleinigen Ernährer des arbeitenden Volks darf nicht Spekulation noch Handel getrieben werden. Solange der Landwirt die ihm zugeteilte Parzelle bearbeitet, hat niemand

das Recht sie ihm zu nehmen. Als Allgemeingut untersteht der Grund und Boden der Obhut der Organe der Selbstverwaltung, von den untersten bis zu den zentralen. Das Recht des werktätigen Ackerbauers triumphiert. Das ist die Sozialisierung des Bodens.

Dieses Programm und der so formulierte Anspruch der werktätigen Massen des Landes auf den Grund und Boden hat dem Sozialismus den Weg ins Dorf gebahnt und ihm die großen Massen der Bauernschaft gewonnen. Die Bauernschaft wurde zur revolutionären Klasse, für die das Bündnis mit dem städtischen Industrieproletariat möglich und notwendig wurde. Die proletarische Vorhut wurde durch eine riesige Bauernarmee gestärkt, und somit war die Möglichkeit einer siegreichen Revolution geschaffen. Die politische Revolution, die das bürokratische Regime stürzte, wurde durch eine Agrarrevolution kompliziert, die in Rußland die Klasse der Gutsbesitzer vollständig vernichtet hat.



IHRE Erfahrungen unter der Landbevölkerung haben die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands gelehrt, daß, wie in der Stadt nur diejenige Partei die politische Bewegung der Arbeiterklasse leiten kann, die auch die Führer der an sich autonomen, von ihr vollständig unabhängigen Gewerkschaftsbewegung stellt, so auf dem Land die politische Leitung der werktätigen Massen von der genossenschaftlichen auf die Dauer nicht zu trennen ist. Dies setzt aber voraus, daß Bedingungen, Formen und Entwicklungstendenzen der Genossenschaftsbewegung von den Theoretikern der Partei aufs genaueste erforscht sind. Die Partei muß ebenso über eine Genossenschaftstheorie und ein aus ihr hervorgehendes Programm verfügen wie in der Stadt über die Theorie und das Programm der Gewerkschaftsbewegung. In den Fragen des Gewerkschaftswesens hat der Sozialismus auf dem Gebiet der Theorie und praktischen Organisation mit den Nurgewerkschaftern, sowohl den reinen Tradeunionisten von rechts als auch den stürmischen Anarchosyndikalisten von links, kämpfen müssen. Auch auf dem Land mußte er gegen die Nurgenossenschaftler aller Art gerüstet sein, von den großbesitzenden angefangen, die vermittelt der Genossenschaften die selbstarbeitenden Massen beeinflussen wollten, bis zu den Utopisten, für die die produktive landwirtschaftliche Kommune das Universalmittel zur Lösung des sozialen Problems darstellt.

Man darf die landwirtschaftliche Genossenschaft nicht ohne weiteres nach der städtischen, proletarischen beurteilen. In den Arbeiterzentren haben wir es mit der reinen Konsumgenossenschaft zu tun. Auch auf dem Land existiert dieser Typus, aber er stellt nicht den Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Genossenschaft dar. Ihr Wesen besteht vielmehr darin, daß sie dem landwirtschaftlichen Produzenten zu dienen hat. In der Stadt arbeitet der Arbeiter für den Arbeitgeber; auf dem Land arbeitet der Bauer für sich selbst. In der Stadt werden alle Bedürfnisse des Produktionsprozesses von dem Unternehmer beschafft; der Bauer auf dem Land muß seine Wirtschaft selbst mit dem Erforderlichen versorgen. In der Stadt erhält der Arbeiter seinen Lohn und kümmert sich nicht um das Schicksal der von ihm produzierten Güter; auf dem Land ist der Absatz der Produkte Aufgabe des Bauern selbst. Die landwirtschaftliche Genossenschaft hat daher 2 verschiedene Aufgaben: Sie muß die Produktionsbedürfnisse der Bauernwirtschaft befriedigen, das heißt, Kredit, Maschinen, Inventar

usw. beschaffen, und sie muß auch dem Bauern als Besitzer der Produkte seiner Arbeit zu Hilfe kommen, indem sie sie in einen marktfähigen Zustand bringt und den Absatz organisiert. Die landwirtschaftliche Genossenschaft umfaßt daher die ganze "Außenpolitik" der Bauernwirtschaft, ihren Ein- und Verkauf. Eben deshalb spielt für den Bauern die typische landwirtschaftliche Genossenschaft die gleiche Rolle wie die Gewerkschaft in der Stadt: Sie vereinnigt die Dorfbevölkerung als Produzenten und dient ihren Produzenteninteressen. Was die Konsumgenossenschaft betrifft, so würde sie auf dem Land die selbe Funktion wie in der Stadt erfüllen, wenn sie ihre Tätigkeit nur auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs unter Ausschluß der Produktionsmittel beschränken könnte. Wie soll man aber die einen von den anderen auf dem Land trennen, wo Leben und Produktion zusammengehen, wo die Hauswirtschaft und die Landwirtschaft nur 2 Seiten einer und der selben Familienwirtschaft bilden? In Wirklichkeit kann sich die landwirtschaftliche Genossenschaft der Aufgabe alles einzukaufen, was der Bauer braucht, nicht entziehen; sie kann sich um die ökonomische Klassifizierung nicht kümmern und muß sich mit der Vermischung der Funktionen abfinden. Überhaupt hat auf dem Land die Genossenschaft die Tendenz vielseitig, integral, ja universal zu werden.

Das wirtschaftliche und das politische Leben des Bauern sind eng miteinander verknüpft. Der praktische Bauernverstand läßt sich durch bloße schöne Reden nicht einfangen. Darum hat die sporadische Agitation sozialistischer Redner auf dem Land wenig Erfolg. Wenn aber ein Schullehrer, Agronom oder Genossenschaftsinstrukteur gründliche Kenntnisse der Bedürfnisse und Interessen der Bauernschaft an den Tag legt und den Bauern mit Rat und Tat beizustehen vermag, so gewinnt er leicht auch politische Autorität. Der Bauer betrachtet ihn als Freund und läßt sich von ihm auch in allen Fragen des politischen Lebens leiten. Die russischen Sozialrevolutionäre haben diesem Umstand besondere Beachtung geschenkt, und hierauf beruhen ihre ungewöhnlichen Erfolge, wie sie sich bei der Wahl zur Konstituante zeigten. Die Genossenschaftsbewegung entwickelte sich in Rußland in stürmischem Tempo. So gab es zur Zeit der ersten Revolution 1905 in Rußland zirka 1000 Kreditgenossenschaften; vor Ausbruch des Weltkriegs stieg deren Anzahl auf 13 000 und im Jahr 1918 auf 17 000. Im Jahr 1902 waren ungefähr 2000 Konsumgenossenschaften vorhanden, vor Ausbruch des Krieges 11 500, 1918 25 000. In Sibirien entstand eine große Butterproduktionsgenossenschaft, die im Jahr 1914 schon 21 242 Vereine umfaßte und 400 000 Mitglieder zählte. Der beste Kenner der landwirtschaftlichen Genossenschaft, Luigi Luzzatti, behauptete im April 1919, daß auf diesem Gebiet Asien Europa überholt hätte. Vor dem Krieg umfaßte die russische Genossenschaftsbewegung 30 000 Organisationen mit 10 Millionen Mitgliedern; bei Kriegsende bestanden 86 000 Organisationen mit etwa 30 Millionen Mitgliedern. Nicht umsonst ist Rußland von vielen als das Land der Genossenschaften bezeichnet worden. Auch Lenin hat nach dem Scheitern seiner Versuche den Sozialismus mittels Dekrete von oben zu verwirklichen einen diametral entgegengesetzten Versuch unternommen: In einem Artikel, der erst nach seinem Tod veröffentlicht wurde, entwickelt er Ansichten, die sein aktivster Schüler Nikolaj Bucharin als Genossenschaftssozialismus bezeichnet. Mit der ihm eigenen dogmatischen Einseitigkeit stellte Lenin da die These auf, der Sozialismus sei die politische Diktatur des Proletariats.

zuzüglich der ökonomischen Kooperierung des ganzen Volkes. Leider hat die "Diktatur des Proletariats" nach Leninschem Muster dem Genossenschaftswesen nichts genützt sondern geschadet, weil sie dessen Grundlagen: die Selbsttätigkeit und die organisatorische Selbständigkeit, zerstörte. Der Bolschewismus behandelte das Genossenschaftswesen wie ein Kind, das, um das Wachstum einer jungen Pflanze zu beschleunigen, sie aus dem Boden zieht. Er hatte keine Ahnung von den natürlichen Bedingungen der Genossenschaft und der ihr innewohnenden Tendenz zu höheren Entwicklungsformen. Die Genossenschaft war für ihn ein träger "Stoff", dem durch äußere Einwirkung jede beliebige Form verliehen werden könnte. Die Unfruchtbarkeit der Bolschewisten, ihre Unfähigkeit zur Schaffung einer neuen Gesellschaft erklärt sich gerade daraus, daß sie sich seine Vorbereitung ausschließlich in den autoritären Formen der kapitalistischen Konzentration, nicht in den autonomen Formen der kooperativen Produktion dachten. Der organisatorische Föderalismus, der mit der kooperativen, syndikalen Vergesellschaftung von unten Hand in Hand ging, war ihrem traditionellen Zentralismus zuwider, dem Zentralismus einer Partei, die durch bloße äußere Gewalt zur regierenden Kaste, zur roten Bürokratie geworden war.

Der Sozialismus kann nicht in der Genossenschaftsbewegung zum beiderseitigen Nutzen Fuß fassen, wenn er nicht über eine richtige und durchdachte Theorie der Genossenschaft verfügt, das heißt über eine Theorie der genossenschaftlichen Entwicklung als eines eigenartigen Weges zum Sozialismus. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftliche Genossenschaft. Die städtische Konsumgenossenschaft geht, auch wenn sie eigene kooperative Fabriken besitzt, in deren Organisation den vom Kapitalismus vorgezeichneten Weg. Auf dem Land ist die Grundlage der Kredit-, Ein- und Verkaufsgenossenschaft die individuelle Wirtschaft des werktätigen Bauern; sie vergesellschaftet nicht diese selbst sondern ihre Beziehungen zur Außenwelt; sie ist, wie Eduard David es darlegte, keine Produktiv- sondern eine Produzentengenossenschaft. Aus dieser Tatsache ergeben sich 3 Grundtheorien der Genossenschaft: die bürgerliche, die bolschewistische und die sozialistische.

Die bürgerliche Theorie sucht nachzuweisen, daß die Genossenschaft auf dem Land sich nie aus einer Produzenten- in eine Produktivgenossenschaft verwandeln wird, daß der landwirtschaftliche Produktionsprozeß für die Genossenschaft nicht erfaßbar ist, daß sie nur imstande ist verschiedene ökonomische Hilfsfunktionen zu "sozialisieren", aber nie die "Seele" der Landwirtschaft werden kann. Für sie steht es fest, daß auf dem Gebiet der Produktion die absolute Souveränität des einzelnen bestehen bleiben wird.

Die bolschewistische Theorie stimmt in ihrem objektiven Teil eigentlich mit der bürgerlichen überein. Bei gleichem Ausgangspunkt unterscheidet sie sich von ihr nur in der Bewertung des Resultats der Untersuchung. Sie betrachtet alle Formen von Produzentengenossenschaften als kleinbürgerliche Vereinigungen, deren Entwicklung nur eine künstliche Befestigung des überlebten wirtschaftlichen Individualismus ergeben kann. An sich ist die Genossenschaft nichts; sie kann aber alles werden, wenn sie zum Werkzeug der Diktatur des Proletariats wird. Deswegen erstrebt diese Lehre, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Wandlungen und Entwicklungen der landwirtschaftlichen kooperativen Formen, durch Staatsinitiative den unvermittelten Übergang zu neuen Dorfkommunen und großen staatlichen Gütern.

Im Gegensatz zu diesen beiden Theorien erblickt die sozialistische die Zukunft des Sozialismus in der Dorfgenossenschaft gerade in seiner ganz eigenartigen, gewissermaßen spiralen Bewegung von der Peripherie der selbständigen Wirtschaft der werktätigen Familie zu ihrem Zentrum, in seinem immer zunehmenden folgerichtigen Durchdringen von außen nach innen. Dieser Entwicklungsgang wird nicht als das Ergebnis einer der Genossenschaft von außen aufgezwungenen Einwirkung gedacht; er ergibt sich vielmehr aus der objektiven Logik der Tatsachen, das heißt aus der kooperativen Praxis. Je schneller und erfolgreicher sich die Genossenschaft für Anschaffung von Produktionsmitteln entwickelt, um so rascher wird sie sich die Aufgabe stellen können auch solche komplizierten und kostspieligen Maschinen zu erwerben, deren Verwendung nur gemeinschaftlich stattfinden kann. Und um so eher wird sich die landwirtschaftliche Genossenschaft an großangelegte Meliorationsarbeiten heranwagen können, die nur vermitteltst kombinierter und zentralisierter Massennarbeit durchführbar sind und das Zusammenwirken der Genossenschaft mit den Organen der lokalen Selbstverwaltung und den Staatsbehörden voraussetzen. Je besser sich eine Absatzgenossenschaft entwickelt, desto eher wird sie einerseits zu der zweckmäßigsten Verarbeitung der Produkte (Trocknung, Konservierung, Butter- und Käseerzeugung), andererseits zur Kontrolle der Qualität der zum Verkauf bestimmten Produkte und zur Normung der Produktion übergehen. Dieses immer weitere Eindringen des Genossenschaftsprinzips in die Kernprobleme der selbständigen Wirtschaft stellt an sich einen Entwicklungsprozeß dar, der seine Möglichkeiten noch bei weitem nicht erschöpft hat. Die sozialistische Theorie der Genossenschaft ist noch im Werden; in vieler Hinsicht muß sie noch raten und tasten. Sie ist berufen die Genossenschaft zu fördern und sich mit ihr, für und durch sie vorwärts zu entwickeln.



AS sind in großen Zügen die Anschauungen der Sozialrevolutionären Partei Rußlands über die Agrarfrage und die Zukunft der russischen Landwirtschaft. Von den Eigenheiten ausgehend, durch die sich die Landwirtschaft von der dem Sozialismus näherliegenden Industrie unterscheidet, hat sie nach einem Weg zum Sozialismus gesucht, der diesen objektiven Bedingungen Rechnung trägt, und sie ist zu einem Programm gelangt, das diese Punkte enthält:

1. Überführung der Landwirtschaft auf den Weg werktätiger Wirtschaft;
2. Liquidierung des kapitalistischen Großgrundbesitzes;
3. Herausziehung des Grund und Bodens aus der Sphäre der Handelsgüter;
4. Umwandlung des Grund und Bodens in allgemeines Gut, Überwachung dieses Gutes zu seiner Erhaltung und rationellen Ausnutzung durch das System der demokratischen Selbstverwaltung;
5. Anerkennung des individuellen Rechts eines jeden Volksgenossen auf den Grund und Boden als eines für alle, die den Boden selbst bearbeiten wollen, gleichen Rechts, unter der Voraussetzung eines selbsttätig wirkenden elastischen Systems zur Erhaltung des Gleichgewichts in der Masse der werktätigen Einzelwirtschaften (Festsetzung rationeller Normen für die Benutzung des Grund und Bodens, Ausgleichung der sich ergebenden Abweichungen von der Norm durch ein besonderes Abgabensystem);
6. Kooperation der landwirtschaftlichen Bevölkerung als autonomer, von unten ausgehender Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit und Eigentum;
7. Unterstützung dieses selbständigen Prozesses durch den Staat;

8. Sozialisierung des Grund und Bodens derart, daß die auf ihr basierende integrale Genossenschaft in ihrem natürlichen Entwicklungsprozeß die wirtschaftliche Demokratie schafft, die in der Industrie zuerst durch die Beschränkung der absoluten Macht des Unternehmers durch die konstitutionelle Fabrik und dann durch den Übergang vom Fabrikkonstitutionalismus zur Fabrikrepublik erreicht wird.

Die schöpferische Synthese dieser beiden Bewegungen in einem vollendeten System des integralen Sozialismus gehört schon zum Maximalprogramm, während die Agrarrevolution, die den Grundbesitz der nicht Werktätigen liquidiert, und die genossenschaftliche Umgestaltung der Bauernwirtschaft das Programm der Übergangsperiode darstellt.

Ohne Verständnis für das oben Gesagte ist es unmöglich die von der Sozialrevolutionären Partei Rußlands in der Revolution des Jahres 1917 in Angriff genommene gesetzgeberische Arbeit zu würdigen, die die bolschewistische Diktatur, um nicht vom Land entthront zu werden, formell hat fortführen müssen, und die Rolle dieser beiden Parteien in der grandiosen Agrarrevolution, die sich in Rußland vollzieht, richtig zu beurteilen.

MAX SCHIPPEL · IMPERIALISMUS UND CHINAS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UNABHÄNGIGKEIT

ZWEI Schwächen zeigt immer wieder und wieder die Stellung unserer sozialdemokratischen Parteipresse zu auswärtigen Vorfällen und Konflikten. Einmal sind die aburteilenden Parteigenossen mit den meisten hier auftauchenden Fragen noch nicht durch längere Beschäftigung vertraut. Daher, wie bei allen Neophyten, die Neigung fortgesetzt als etwas ganz Unerhörtes und Sensationelles zu behandeln, was keineswegs zum erstenmal sich ereignet, und was oft sogar lediglich eine überlieferte Bewegung in recht gewohnten Geleisen fortführt, allerdings mit einigen augenblicklichen dramatischen Höhepunkten, wie sie fast jeder solchen Bewegung von Zeit zu Zeit eigentümlich sind. Dazu kommt dann vielfach, aus einem ganz unverständenen oder doch nur halbverstandenen Marxismus, die Sucht alle Entwicklung in schematischen Verallgemeinerungen zu sehen, die ganz und gar nicht aus ernster Beobachtung und tatsächlicher Erfahrung geboren sind, in denen oft sogar nur populäre Vorurteile, mitunter gut bürgerlichen Ursprungs, und landläufige Agitationsbedürfnisse ihren bequem zu handhabenden und jederzeit wirksamen Niederschlag gefunden haben. Halb mit angstvollem Grausen halb mit ungetrübter Heiterkeit wird deshalb, falls sie die Zeit dazu übrig behält, die Zukunft dereinst lesen, was einer "sozialistisch durchschauten" Gegenwart alles als naturnotwendiger, unabänderlich immanten Gesetzen gehorchender "kapitalistischer Imperialismus" widerspruchslos Tag für Tag aufgeredet werden konnte: immer im Namen Karl Marx', der sich im Grab nicht dagegen wehren kann.

Zum Beleg für den ersterwähnten Mangel an Tatsachenbeherrschung, an Augenmaß für die wirkliche Bedeutung der Ereignisse sei nur der Fall Nicaragua herausgegriffen. Was bekamen wir da neuerdings nicht alles zu hören über das Erwachen oder jedenfalls über die unerhörte Verstärkung des amerikanischen Imperialismus nach dem Weltkrieg, über den amerika-

nischen Finanzkapitalismus, wie er seit seinem riesigen Emporsteigen durch den Kriegsausgang und die Nachkriegszeit internationale Gewaltpläne von vorher ungekannter Brutalität und Rücksichtslosigkeit wälze. Aber vereinstaatliche Marinetruppen landeten vor ein paar Monaten wahrhaftig nicht das erstemal in Nicaragua. Sie haben dort bereits seit 1912, nicht weniger als 13 Jahre, gestanden, um dann 1925 wieder zurückgezogen zu werden, als ein geordnetes staatliches Leben verbürgt schien, das wir antiimperialistischen Sozialisten doch gleichfalls für einen Fortschritt gegenüber willkürlich abwechselnder Cliquenwirtschaft und für eine unentbehrliche Entwicklungsvorbedingung halten. Unter der Wilsonadministration und unter der Staatssekretärschaft William Jennings Bryans, der sicherlich nicht als Verkörperung des oststaatlichen Finanzkapitalismus gelten kann, kam der wichtige Vertrag zwischen der Union und Nicaragua zustande, der die Grundlagen für eine zweite große Kanalstraße zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean sichert. Soweit sich diese bedeutungsvolle weltwirtschaftliche Sicherung heute noch als Vormachtpolitik eines einzigen, obwohl in erster Linie berufenen Großstaats abspielt, mag eine internationalere Zukunft darüber hinauswachsen. Jedoch auch in dieser höhern und sozialistischen Zukunft wird man ein international allgemeines Weltwirtschaftsinteresse nicht an dem Widerstreben eines unfertigen einzelstaatlichen Sondergebildes scheitern lassen; insoweit wird der "Imperialismus" auf einer höhern Stufe des Völkerlebens nur andere, hoffentlich zivilisiertere und national erträglichere Formen annehmen, aber keineswegs erlöschen. Und wenn die früheren ähnlichen Vorstöße und Besetzungen der Union in San Domingo, in Cuba, auf der Insel Pines, zum Teil sogar in Mexico nicht mit den furchtbaren Tragödien und Vergewaltigungen endeten, die uns als das Wesen des finanzkapitalistischen Imperialismus mit Vorliebe verkündet werden; warum muß in Nicaragua das nach der Vergangenheit Wahrscheinlichere plötzlich zu dem in Gegenwart und Zukunft Unmöglichen umschlagen?



ÄHNLICH im Fall Chinas und seiner Auseinandersetzungen mit den alten Vertragsmächten. Was sich heute auf diesem Gebiet abspielt, hat sich im Grunde in genau der gleichen Weise vor reichlich einem Menschenalter zwischen Japan und den Großmächten vollzogen, zum Teil sogar unter für Japan ungünstigeren Verhältnissen. Und wenn Japan seit dem Beginn der neunziger Jahre seine wirtschaftspolitische Unabhängigkeit ohne schwere Kämpfe mit den kapitalistisch höchststehenden und meistinteressierten Großstaaten Europas und der europäischen Wirtschaftskultur durchzusetzen vermochte, wenn diese Unabhängigkeit heute sogar für die europäische und nordamerikanische Staatenwelt in vielen Beziehungen vorteilhafter erscheint als der alte Zustand der frühern Halbabhängigkeit und der dadurch entfesselten internationalen Rivalitäten ganz besondern, schließlich auch für die europäischen Mächte recht unangenehm, heute aber glücklich überwundenen Zuschnitts: warum sollte eine ähnliche Befreiung Chinas dem europäisch-amerikanischen Kapitalismus unmöglich vorkommen? Und warum sollte sie nicht gleichfalls in einer höhern Form des weltwirtschaftlich-staatlichen Nebeneinander enden, die nach Überwindung der Übergangsschwierigkeiten und -störungen gleichfalls kein Staat, und sei und bleibe er noch so imperialistisch, jemals wieder mit der, zuletzt für beide Teile unbefriedigend und sogar unerträglich gewordenen Gegenwart vertauschen möchte?

Warum sind in China, für das abendländische Kapital selber, ehemals für unentbehrlich erachtete Bürgschaften der Interessensicherung im Lauf der Entwicklung geradezu zu Gefahrenquellen oder doch zu vorwiegend lästigen und unnötig erbitternden Überlebensn, oft sogar zum Gegenteil des ursprünglich mit ihnen Erstrebten ausgeartet? So die Frage gestellt, läßt sich vielleicht am ehesten erfolversprechend mit den merkwürdig zurückgebliebenen Vorstellungen von kapitalistischem Imperialismus in dem radikalen Teil unserer sozialdemokratischen Parteipresse aufräumen.

Eine der stärksten Demütigungen Chinas bildete seit jeher die Zollbindung. Aber diese Zollbindung war allmählich und ungewollt etwas ganz anderes geworden als im Anfang beabsichtigt. Die seit 1843 festgelegten 5prozentigen Wertzölle hatte man, schon wegen der Schwankungen der Silberwährung, nach ehemals geltenden Preisen in Gewichts- und Mengenzölle umgelegt, die jedoch, trotz den notgedrungenen Neuberechnungen von 1902 und abermals nach dem Weltkrieg, fortgesetzt hinter den wirklichen Preisveränderungen, und zwar nach den verschiedenen Warengeländen in sehr verschiedener Weise, zurückblieben: was wiederum große Ungleichheiten unter den europäischen Vertretern der verschiedenen Absatzinteressen schuf. Noch tiefer griff die Interessenspaltung und Interessengegensätzlichkeit, wie gesagt, unter den europäischen Beteiligten selber, infolge der Regelung der Binnenabgaben (Likin). Die glatte Ablösung aller Likin, seit 1858-1860, durch einmalige Zahlung des halben Einfuhrzolls der Fremdware begünstigte zwar das ausländische Erzeugnis vor dem einheimisch chinesischen. Aber je mehr mit der Zeit sich europäisches Handels- und Transportkapital zugleich dem Umtrieb des einheimisch chinesischen Erzeugnisses zuwendete, desto mehr trafen die Schläge einer solchen Differenzierung unter Umständen den Europäer selber. Die Verwaltung der Zölle, des Salzmonopols und des Auslandsanleihendienstes ist lediglich mit Europäern und Amerikanern besetzt. Doch je mehr Länder sich nach und nach in China rege betätigten und auf Grund ihres Meistbegünstigungsrechts Zurücksetzungen ablehnten, desto schlimmer wurden die Rivalitäten bei der Besetzung der wichtigen und einträglichen Posten. Das englische Übergewicht bei der Seezollverwaltung, die Hinterlegung der Seezolleinnahmen ausschließlich bei englischen Banken, um sie vor dem Zugriff chinesischer Behörden zu bewahren, wurde mehr und mehr nicht bloß von dem erwachenden chinesischen Selbstgefühl sondern von Europäern und Amerikanern selber angefeindet. Ähnlich ging es den Franzosen für ihren tatsächlichen Vorsprung bei der Salz- und Postverwaltung.

In die heute etwa 40 Fremdenniederlassungen nahm man anfangs ganz gern Chinesen in beliebiger Anzahl auf. Dann jedoch meldeten diese, oft wohlhabenden und gebildeten Chinesen ihre kommunalen Mitbestimmungsansprüche an, bei deren Erfüllung man leicht, verglichen mit der normalen Eingliederung in das chinesische Gesamtgemeinwesen, vom Regen in die Traufe kommen konnte, von den künstlich gesteigerten Rivalitäten unter den privilegierten Europäern ganz abgesehen. Sollen doch, nach dem Manchester Guardian Weekly vom 21. Januar 1927, zur Zone der internationalen Niederlassung in Schanghai neben 7000 Briten, über 13 000 Japanern, mehr als 2000 Amerikanern, etwa 300 Franzosen, beinahe 3000 Russen und über 5000 Angehörigen anderer Mächte nicht weniger als 810 000 Chinesen gehören. Das Abpatrouillieren der Küstengewässer und Flußmündungen durch fremde

Kriegsschiffe wurde anfangs von China selber nicht ungerne gesehen, weil man auf diesem Weg Hilfe gegen die Seeräuberei erhielt, mit der man selbst nicht fertig zu werden wußte. Aber je tiefer Kanonenboote und Torpedoschiffe in das Innere vordrangen, desto häufiger wurde man, oft in durchaus unwillkommener Art, in die innerchinesischen Fehden und Unruhen unfreiwillig hineingerissen. Von der militärischen Besetzung chinesischer Eisenbahnstrecken hatten vollends Japan und Rußland Vorteile, die dem Gros des internationalen Kapitals und vor allem England fast ebensowenig behagten wie mit der Zeit dem erwachenden China. Bereits die Washingtoner Konferenz vom Winter 1921-1922 zog daher diese Durchbrechung der nationalen Souveränität bezeichnenderweise in den Kreis ihrer Betrachtungen.

In Washington dachte man, obwohl man den alten Zustand unhaltbar zusammensinken sah, zum letztenmal an ein stufenartiges Abtragen der Privilegien im Zollwesen, in Recht und Gerichtsbarkeit und kommunaler Selbstverwaltung, in Truppen- und Kriegsfahrzeugverwendung. Inzwischen wurde man mehrfach auf die Gefahr aufmerksam, daß einzelne Mächte durch entschlosseneres rascheres Nachgeben sich eine Sonderstellung anderer und gefährlicherer Art in China schaffen könnten, und daß der zögernde Teil der Großmächte unter solchen Umständen nur sich selber schade. Bei Deutschland brauchte die Befürchtung zunächst nicht zuzutreffen, weil Deutschland, genau so wie Österreich, als besiegter Staat seiner Sonderrechte ohne Gegenleistung verlustig ging. Jedoch die russische Politik wußte sich durch ihre scheinbare Großherzigkeit manchen Trumpf im Spiel zu verschaffen. Sie tat dabei freilich immer nur das selbe, wozu Anfang der neunziger Jahre England gegenüber Japan schritt, und was wirtschaftlich und politisch zu Englands gewaltigem Vorteil ausschlug, während anderen Staaten ohne ähnliche Vorteile die Nachfolge dennoch nicht erspart blieb.

Für die ehemaligen Nutznießer der europäischen Ausnahmestellung gilt es also im wesentlichen nur einen längst sich vollziehenden Verfall und eine innere Aushöhlung bis zu vollkommener Entwertung nunmehr formell anzuerkennen. Andererseits ist dies mit der Gewinnung einer ganzen Reihe von Vorteilen verbunden, die nur durch die Verjüngung Chinas zu erringen sind und durch den damit verbundenen Fortfall der alten Reibungsflächen und Rivalitäten: zwischen China und Europa sowie zwischen den europäischen Mächten infolge der ungleichen Beute. Je moderner und europäischer China wirtschaftlich sein will, desto mehr verlangt es das eigene Wirtschaftsleben, daß Rechtsausgestaltung und Gerichtsverfassung, Außenzölle und Binnenabgaben, Sicherheitsgewährung, persönlicher und sachlicher Rechtsschutz sich modernem, das heißt europäischen Bedürfnissen anpassen. Manche unleugbaren Übergangsschwierigkeiten mögen das bisherige Zaudern und Zögern auf seiten Europas bis zu einem gewissen Grad erklären und zum Teil sogar entschuldigen. Aber wie so oft in ähnlichen Entscheidungsstunden des Völkerlebens ist es andererseits gut, daß ein Ausweichen, ein Vertagen der Lösung nunmehr kaum noch denkbar ist.

Über Versailles mit seinen weitgehenden, obwohl noch erst nebelhaften Versprechungen und über Washington mit seinen bereits viel bestimmteren Zusagen (vor allem über Exterritorialität, Rechtsprechung, Zollautonomie) läuft deshalb eine durchaus einheitliche Bewegungsrichtung bis zur schließlich zu erwartenden Gleichstellung mit anderen, aus der europäischen Vor-

mundschaft entlassenen Ländern, wie Japan oder die Türkei, bei denen, im Gegensatz zu wirklichen Kolonien, die Halbabhängigkeit und die Teilsouveränität gleichfalls nur eine rasch vergängliche Zwischenstufe sein konnten. Deutschland, Österreich und Rußland stehen bereits oder stellen sich willentlich außerhalb aller Vorrechte. Seit der Erklärung der chinesischen Regierung vom April 1919 befinden sie sich damit an der Seite aller Staaten, die über keine bevorzugenden Sonderabmachungen verfügen. Lebensinteressen, und seien es auch nur kapitalistische Lebensinteressen, haben sie dadurch nicht preisgegeben, und in einzelnen Fremdeniederlassungsgebieten, wie in Tsinanfu, der Hauptstadt Schantung, hat sich nach dem beachtenswerten Urteil des deutschen Generalkonsuls Oskar Scholz »unter chinesischer Verwaltung, ohne öffentliche Sonderrechte der Ausländer, eine blühende und ständig an Wohlstand und Bedeutung zunehmende Fremdeniederlassung gebildet«. »Es wird«, meint Scholz, »schwer sein den chinesischen Standpunkt zu widerlegen, daß, was in Tsinanfu seit Jahrzehnten sich bewährt hat, auch für Schanghai, Tientsin und andere Plätze durchführbar sein muß. Es ist schon durchgeführt in den ehemals deutschen und russischen Niederlassungen in Tientsin und Hankau ... Freilich, so selbstherrlich, bequem und sicher wie in selbstverwalteten und nötigenfalls durch Militärmacht des Heimatstaats geschützten Niederlassungen werden sie [die Ausländer] sich unter chinesischer Verwaltung nicht fühlen; aber auch in andere Länder, in denen der Ausländer erfolgreich seinen Geschäften nachgeht, kann er nicht die öffentlichen Einrichtungen seiner Heimat mitnehmen.«¹ In den letzten Noten Austen Chamberlains hat, wie man ohne Übertreibung und Beschönigung sagen darf, diese Erkenntnis gleichfalls ihren festen, zielsetzenden Niederschlag erhalten, und eine Verständigung wäre wahrscheinlich rasch nahegerückt, wenn China als Verhandlungspartner heute eine Einheit darstellte, und wenn nicht die Propaganda der russischen Bolschewisten, die sich für ihre eigenen Interessen der nationalen Bewegung Chinas zu bemächtigen suchen, neue Gefahrenzonen in Asien schüfe, wodurch jene Verständigung einstweilen vereitelt wird.

SCHLIESSLICH noch ein paar ergänzende Worte, soweit unsere sozialdemokratische Parteipresse immer nur ein Zerrbild der kapitalistischen Entwicklung und Entwicklungsfähigkeit entwirft. Denn für die Arbeiterbewegung liegt doch eigentlich eine andere Betrachtungsweise gerade im vorliegenden Fall viel näher.

Der Gleichheitsdrang, der das chinesische Volk erfaßt hat, wird sich zweifellos dereinst von neuem und vor allem der internationalen Wanderungs- und Arbeitsmarktfreiheit zuwenden, wie dies seit langen Jahren schon in periodischen Proteststürmen zum Ausbruch kam und mitunter sogar in nicht ungefährlichen Waren- und Schiffsahrtsboykotten. Gegner der internationalen Zuwanderungs- und Niederlassungsfreiheit ist aber in den Vereinigten Staaten von Amerika die Arbeiterklassenbewegung, sind in Canada und Südafrika abermals die Arbeiter. In Australien ist die Arbeiterklasse vollends die ausschlaggebende Triebkraft für die ganze folgenschwere, konfliktsschwangere Politik des "weißen Australiens". Ich will heute eine an dieser Stelle oft angeschnittene Erörterung nicht wiederaufnehmen und fortsetzen.² Aber

¹ Siehe Scholz Wandlungen im Fernen Osten, im Wirtschaftsdienst /Hamburg/ vom 31. Juli 1925.

² Siehe dazu auch Schippel Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder. Denkschrift für den Stuttgarter Internationalen Kongreß /Stuttgart 1907/.

es ist angesichts solcher Tatsachen und Erfahrungen offenbar ganz falsch ohne weiteres anzunehmen, daß internationale Interessengegensätze immer nur aus beschämender Denk- und Gefühlsrückständigkeit, überhaupt aus brutaler Niedertracht entstehen können, und, wenn vorhanden, klärlich diese Rückständigkeit und Böswilligkeit beweisen.

Gerade diese zweite und vielleicht sehr bald einmal wichtigste Seite der Chinesenfrage legt nahe, daß sich nach der Art unseres Preßradikalismus internationale Probleme überhaupt nicht behandeln lassen. Und auch hier wird es sich wahrscheinlich herausstellen, daß man einer Politik der wirklichen Verständigung um so besser dient, je realistischer man von vornherein die Dinge auf- und anfaßt.

RICHARD KLEINEIBST · VEREINIGTES ANGEL-SACHSENTUM GEGEN SICH EINIGENDES EUROPA



CHINAS nationales Erwachen stellt das British Empire vor das Problem, wie den möglichen Rückwirkungen dieses an sich unaufhaltsamen Prozesses auf die anderen asiatischen Völker, also in erster Linie auf die britischen Teile Asiens, zu begegnen sei. Es sieht sich in Europa nach neuen Kräften um, die ihm dienen und Rußland, das sich in die asiatischen Dinge mischt, von Asien ablenken sollen. Wenn es dabei gleichzeitig seinen Gegenspieler auf dem Kontinent: Frankreich, rückwirkend trifft, so liegt das um so mehr in seinem Interesse, als die französisch-japanische Entente, die im ersten Stadium der Ereignisse im Fernen Osten spontan in die Erscheinung trat, als das Wetterleuchten einer neuen Weltpolitik von ihm erkannt wurde.

Das letzte Revirement, das wahrlich zu denken geben sollte, ist Englands Polenfreundschaft. Dazu bemerkte das Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens, der Kattowitzer Volkswille, am 1. März:

»Würde man Polen als Faktor gegen Rußland nicht brauchen, man würde in ihm weiter den dauernden "Unbefriedigten" sehen, als den man Polen noch bis Ende 1925 betrachtet hat, und dem man gern das Territorium kürzen würde, wenn nur für London weitere und bessere Vorteile anderwärts zu erreichen wären.«

»Anderwärts«, das heißt bei Deutschland, das zurzeit erheblich abgekühlt sei, da in der englischen Presse »die Fragen der Grenzrevisionen und der Beseitigung des Korridors plötzlich verstummt« seien. Das sozialistische Organ, das sehr dringend vor der Gefahr der englischen Freundschaft warnt, »an der schon manche Staaten zugrunde gegangen sind«, unterschätzt nur eins: die treffsichere Ungeniertheit des englischen Spiels, das mit Deutschland als mit dem sichersten Faktor rechnet. Schon ist Viscount d'Abernon wieder in Aktion getreten, um den deutschen Außenminister wegen »irgendwelcher grundsätzlichen Mißverständnisse« zu beruhigen und unter Assistenz des Wolffbüreaus offenbar werden zu lassen, daß auch weiterhin der Köder der Grenzregulierung und der Rheinlandräumung verwandt werden soll.

Jedoch die englischen Pläne gehen weiter. Die Briten lüften die Maske des ehrlichen Ausgleichers, zeigen offener ihre Pläne der Weltbeherrschung durch die angelsächsische Rasse. Angeregt durch die Hearstpresse ist es wieder J. L. Garvin, der, wie am 12. Dezember 1926, für die Downing Street das Wort führt. Diesmal nicht, um den Deutschen die Fata Morgana afrikanischer Kolonien aus dem Besitz anderer kontinentaleuropäischer Mächte

vor Augen zu halten¹. Das Spiel geht um Größeres, andere Trümpfe werden gezogen, in brutaler Drohung wird statt herablassend gespielter Freundlichkeit die Herrenmiene, die echt ist, gegenüber den europäischen "Natives" aufgesetzt. Geworben wird zwar, aber diesmal um den großen amerikanischen Bruder. Denn, wie Garvin sagt, »Amerika ist so gestellt, daß es den Ausschlag gibt«. Völkerbund? Eine quantité négligeable im Vergleich zu der Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika:

»Nur irgendeine Form regelmäßiger Zusammenarbeit, wenigstens der führenden Nationen, vielleicht nach einfacherer Methode als der Genfer, kann die Welt vorwärts bringen und das Übel eindämmen.«

Wer die »führenden Nationen« sind? Deutschland, darüber läßt Garvin keinen Zweifel, ist nicht darunter. Es sind »die englischsprechenden Stämme (races) als ein Ganzes betrachtet und gehörend zu dem ozeanischen System der Zivilisation«. Gewiß, das ist gar keine Offenbarung für den, der die Briten nicht nach gelegentlichen Worten sondern nach ihrer Geschichte beurteilt, zumal der Rassenhochmut der Insulaner, ohne parvenuhaft zu werden (dazu ist er zu alt), sich jeden Tag unverkennbar dokumentiert. Britannia rule the waves: das gilt noch und ist etwas ganz anders Selbstbewußtes und Begründetes als unser Deutschland Deutschland über alles.

Amerika und England zusammen: das ist, was die Welt braucht. Eine »gemeinsame Politik«, »agreement in action«, fordert Garvin, denn nur sie »sichert nicht allein für Amerika und Britannien sondern für die Welt im ganzen unzweifelbare Vorteile und Garantien, wie keine andere denkbare Methode sie bieten könnte«. Garvin ist, wie die Mehrzahl seiner Landsleute, Pazifist, er will den Frieden, aber, natürlich, den angelsächsischen Frieden, jene »Garantien« der Selbständigkeit für alle anderen Völker, deren sich zum Beispiel Ägypten erfreut. Einen leisen Vorwurf kann er den Nachkömmlingen der Mayflowerpuritaner wirklich nicht ersparen. Daß der Bolschewismus noch lebt, Amerika trägt dafür die Verantwortung, weil es Rußland auf eine Anleihe hoffen läßt, obgleich es doch »Amerika nicht weniger als Britannien als eine kapitalistische und imperialistische Macht zu karikieren« wagt und sich nicht entblödet »in seiner denunziatorischen Rhetorik die Nicaragua- und andere lateinamerikanische Affären ebenso auszubeuten wie gerade die chinesische«. Die Konzessionspläne der Vereinigten Staaten würden nur gefördert, »wenn Moskau ein- für allemal informiert würde, daß Amerika keinen Cent der Sowjetregierung leiht, bis die Weltrevolutionsverschwörung in China und überall sonst aufgesteckt wird«. Stalin würde sich schleunigst bequemen, Rußland wäre ein guter Boden für business as usual, und diesen »heilsamen Wechsel« könnten »Washington und London zusammen in Rußland durch eine feste, friedliche und identische Politik sicherstellen«.

»Warum tut man's nicht?« fragt Garvin erstaunt. Warum nicht Rußland gegenüber? Warum nicht in China, wo doch Chamberlain »nichts wünscht als was ohne Zweifel ebenso sehr in amerikanischem wie in unserm eigenen Interesse liegt?« Wahrhaftig, England hat Grund zu klagen. Ist es doch »nur deshalb im Fernen Osten Alleinspieler (singlehanded), weil es die japanische Allianz opferte, und zwar nicht etwa, weil es sich in irgendeiner Weise über unsern Exalliierten zu beklagen hatte, sondern weil es das beste Mittel war die natürlichen Wünsche Amerikas zu erfüllen und ihm die stärk-

1) Siehe dazu *Quassel* Englische Fürsorge für Europa, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 17 und folgende.

sten Beweise guten Willens zu geben«. Es wird also hier in aller Seelenruhe angedeutet, daß Britannien, sowenig Neigung es für den japanischen Ex-alliierten hat, im schlimmsten Fall auch anders könne. Das wird man in Washington verstehen. (Freilich auch in Tokio.)

Aber noch ist Garvin mit seiner Trumfserie nicht zu Ende. Seine letzte Karte heißt Vereinigtes Europa, und sie ist von ganz besonderm Interesse für uns. Garvin erteilt den paneuropäischen Liebeswerbern eine ebenso kaltblütige wie hochmütige Absage. Für Engländer ist eine solche Verbindung eine unmögliche Mesalliance. Ihr Reich ist nicht von Europa. Mag das der Professor Erich Obst glauben, der sich jetzt um solchen Nachweis auf einigen hundert Seiten Druckpapier bemühte². Der Engländer denkt etwas anders darüber. »Das mit höchst ernsthaftem Fleiß ausgearbeitete Argument«, antwortet er leise ironisch, »ist, daß Britannien und sein Reich keinerlei Hoffnung auf Frieden und Fortschritt haben, wenn sie nicht unbedingt gemeinsame Sache mit dem Vereinigten Europa der Zukunft machen und einen übergeordneten Bund schaffen.« Aber, so fährt der bekannte journalistische Wortführer englischer Meinung fort:

»Herr Obst unterschätzt, wie beinahe alle seine Landsleute, gewaltig die Stärke der Bande, die das Britische Reich zusammenhalten. Und dazu verkennt er vollkommen den ozeanischen Charakter der englischsprechenden Welt, die Macht der moralischen und praktischen Verbindungen zwischen England und Amerika, ihre gemeinsame Sprache, ihre tausend Verwandtschaften, ihre zahllosen persönlichen Freundschaften.«

Alle Mißverständnisse und gelegentlichen Streitigkeiten berührten nur die Oberfläche, wie es, nach einem feinen Bild, das der amerikanische Gesandte gebraucht habe, »Wellen und Stürme auf dem Atlantischen Ozean gäbe, der aber doch nicht trennt sondern mehr und mehr vereint«.

Amerika und England zusammen: das ist die These, die Garvin dann noch einmal ausdrücklich ins Licht hebt, nicht ohne den Blutsverwandten vor der »European Federation« zu warnen. Die käme wohl sicher, und Lateinamerika hätte für dies »kolossale System« wahrscheinlich mehr Sympathie als für den englischsprechenden "Landsmann" im Norden. Anders England: »Wir glauben, daß Britannien in Eintracht mit dem Vereinigten Europa zu arbeiten willens ist und wünscht. Aber niemals kann es mit diesem großen Gebilde (great construction) gemeinsame Sache machen sondern muß vor allem ein Glied des ozeanischen Systems der englischsprechenden Völker bleiben.«

Und dann zum Schluß des Absatzes die ganz unverkennbare Drohung an die »great construction« der Zukunft:

»Die Europäische Union allein, ohne bestimmte Beiordnung (co-ordination) nicht nur zu dem British Empire sondern zu dem ganzen englischen System, würde nicht den Frieden sondern das Gegenteil bewirken.«

»Co-ordination« sagt der Brite, Subordination meint er. Nie und nimmer wird das »englische System« das Aufkommen eines unabhängigen, selbständigen, einigen Europas, das heißt einer ebenbürtigen Macht neben sich dulden, solange es deren Bildung verhindern kann. (Es wird sich freilich sofort damit abfinden, sobald es die unwiderruflich vollzogene Bildung anerkennen muß.) Ein Paneuropa unter dem Protektorat der pax Britannica, was neuestens Coudenhove-Kalergi propagiert, ist eine Illusion, ganz besonders in der Fassung, daß es die Friedensbrücke zwischen England und Rußland darstellen sollte. Wohl ließen sich die Angelsachsen ein Paneuropa gefallen, das als Degen gegen Rußland zu verwenden wäre. Aber sie wissen besser

2) Siehe *Obst England, Europa und die Welt* /Berlin 1927/.

als die meisten Politiker des Kontinents oder mindestens Deutschlands, daß das Schwergewicht eines solchen Systems sich auf sich selbst konzentrieren müßte, daß die Logik der europäischen Eigeninteressen eine friedliche Politik des Kontinents Rußland gegenüber, ja eine dauernde wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit mit dem Russischen Reich der Zukunft erforderte, daß dieser Staatenbund bei oder gerade wegen seiner relativen Autarkie die wirtschaftliche Ergänzung bei dem suchen würde, der zu ihm nicht in natürlichem Gegensatz steht: und das ist Rußland.

Wie sehr England diesen Zusammenschluß als Bedrohung empfindet, ist in den Sozialistischen Monatsheften zur Genüge festgestellt worden. Daß dies zu Unrecht geschieht, ändert nichts an dem Gefühl selbst, das sich in politischen Handlungen in erster Linie gegen Frankreich auswirkt. Man darf doch nicht vergessen, daß der Weltkrieg mit der Sicherung der Wege nach Indien, der Seewege durchs Mittelmeer und um das Kap der Guten Hoffnung, aber auch des Ländwegs, der durch die Bagdadbahn bedroht war, geendet hat.³ Italien, um hier ein Beispiel, wie s'e sich in Fülle zwanglos darbieten, zu nennen, könnte bei einem kontinentaleuropäischen Zusammenschluß nie mehr die europäische Landungsbrücke des Britischen Reichs sein. Afrika wäre nicht mehr ein Territorium rein englischer Interessen, die Vorherrschaft des »englischen Systems« (nicht etwa seine Existenz) wäre erledigt. Nein, das heutige England, das seinen auf der Balance of power-Politik beruhenden Machtbesitz nicht freiwillig preiszugeben gedenkt, hat Gründe gegen die Einigung Europas. Und in diesem Sinn führt es seine Politik, in diesem Sinn stärkt es die Bluts- und Kulturbande mit Amerika, sucht es Helfer auch auf dem europäischen Kontinent. Und findet sie. Coolidges sogenannter Abrüstungsvorschlag, der Vorschlag des »englischen Systems«, ist in erster Linie gegen Japan gerichtet, aber ebenso gegen Frankreich, und damit gegen den europäischen Kontinent. Die Franzosen und Belgier wissen es, beißen auf den Zwietrachtsköder nicht an. (In Berlin freilich "begrüßt" man ihn in "politischen Kreisen".) Für das in eine künstliche Rivalität gegen Frankreich von England hineingepeitschte Italien spielt die Hoffnung die durch die Washingtoner Fünfmächtekonferenz erlangte Gleichstellung zur See gegenüber Frankreich erweitern und vielleicht zur Übermacht wandeln zu können eine starke Rolle. Und doch spürt es, daß es die englische "Freundschaft" am Ende doch zu teuer bezahlen könnte.

Klein ist in Deutschland, und leider auch in der deutschen Sozialdemokratie, das Häuflein derer, die wissen, daß Kontinentaleuropa nicht gegen England, wohl aber England gegen Kontinentaleuropa gerichtet ist. Man versteht in Deutschland die Sprache Englands nicht, auch wenn sie so deutlich ist wie die Garvins und der Tatsachen. Die britische Politik hat ihre Kontinuität, wenn sie auch nicht, sowenig wie seine Verfassung, in ein theoretisches System gepreßt ist. Die Balance of power-Politik hat den Weltkrieg überdauert und sich bis zum heutigen Tag bewährt. Nicht eher wird Großbritannien von ihr ablassen, als bis sie durch die Umgestaltung des europäischen Kontinents, auch die geistige, träger- und damit gegenstandslos geworden ist. Diese Umgestaltung wird dann eine bei weitem größere Garantie für den Weltfrieden sein als die *pax Britannica* nach dem Herzen deutscher Politiker.

3) Siehe auch *Kleineibst* England und das europäische Lebensproblem, in den Jungsozialistischen Blättern 1926 Seite 162 und folgende.



KURT WEILL · BEETHOVEN UND DIE JUNGEN

DER unmittelbare Einfluß eines klassischen Meisters, dessen Tat längst zum Begriff geworden ist, auf das musikalische Schaffen der folgenden Generationen ist einem beständigen Wechsel unterworfen, der aus der Veränderung der ästhetischen Grundbegriffe in den verschiedenen Epochen der musikalischen Entwicklungsgeschichte herrührt. Diese Wandlungen in dem Verhältnis schaffender Künstler zu ihren klassischen Vorgängern vollziehen sich nach der Gesetzmäßigkeit, die der künstlerischen Entwicklung überhaupt ihren Weg vorschreibt.

Wenn der musikalische Charakter eines bestimmten Zeitabschnitts Beethovens Kunst stärker in den Vordergrund rückt, so entspringt das einem dringenden Bedürfnis, dessen Erfüllung das Ende dieses Abschnitts und den Beginn eines neuen ankündigt. In den 100 Jahren, die seit Beethovens Todestag verstrichen sind, gab es einige Erscheinungen großen Formats, deren Kunst von Beethoven befruchtet wurde. Sowohl Wagner als auch Brahms führen die Grundlagen ihres Schaffens mit Bewußtsein auf den Schöpfer der *Eroica* zurück, und die grundverschiedenen Ergebnisse, zu denen beide gelangen, beweisen das gewaltige Ausmaß der Beethovenschen Einflußsphäre. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten die umwälzenden formalen Zerrungenschaften des späten Beethoven die Grundlagen eines musikalischen Auftriebs, dessen bedeutendstes Ereignis wohl Schönbergs *D-Moll-Quartett* war. Demgegenüber kann man bei der jungen schaffenden Generation unserer Tage von einem solchen unmittelbaren Einfluß Beethovens nicht sprechen. Aber die vollkommene Klarheit und Bewußtheit, mit der wir heute dem Werk des Meisters gegenüberstehen, kann im Ergebnis zu einer weit stärkern Verbundenheit mit ihm führen, als wenn wir uns zu Aposteln seines Werks aufwerfen wollten.

Die Erneuerung der Stilelemente des 18. Jahrhunderts, die die musikalische Schaffensperiode der letzten Jahre kennzeichnet, kann zunächst als Reaktion auf das 19. Jahrhundert gelten. Dieses 19. Jahrhundert aber geht als Gesamterscheinung und in vielen Einzelheiten auf die Grundlagen der Beethovenschen Kunst zurück, auf die Betonung des Menschlichen, auf die Unterstreichung ethischer Hintergründe, die Beethovens Kunst grundsätzlich von der seiner Vorgänger abhebt. Bei Bach und Mozart ist der Gefühlsausdruck nicht weniger stark als bei Beethoven. Aber er fließt aus Quellen, die sie selbst nicht kennen. Bei Beethoven geht dem Schaffensprozeß das intensive Erlebnis einer Empfindung voraus. Daraus entsteht dann eine Betonung, ein Bewußtwerden des geistigen und seelischen Gehalts, wie man es früher nicht kannte. Indem wir uns vom 19. Jahrhundert entfernten und uns unbewußt den Anschauungen der frühen Klassiker und Vorklassiker anzunähern schienen, mußten wir vorübergehend auf manches verzichten, was wir an Beethoven liebten und verehrten.

Jene Ergebnisse des 19. Jahrhunderts, die wir überwunden hatten: die Symbolisierung der Musik und ihre Überladung mit außermusikalisch geistigen Problemen, waren auf eine falsche, mißverständene Auslegung der Grundeinstellung Beethovenscher Kunst zurückzuführen. Und in dem Augenblick, da wir erkannten, daß das 19. Jahrhundert durch seine Festlegung auf unveränderliche Begriffe und vor allem durch die Einseitigkeit der Interpretation zu einer Entstellung Beethovens geführt hatte, da wir merkten,

daß Beethoven unseren Idealen viel näher war als uns die vergangenen Jahrzehnte glauben machen wollten, da wußten wir auch, daß Beethoven einer unserer heißesten Bemühungen, einer Sehnsucht unserer Tage Erfüllung gebracht hatte, daß die formale Befreiung der Phantasie von allen Fesseln des Materials noch niemals in dem Maß erreicht worden ist wie in der B-Dur-Streicherfuge, in der Missa solemnis und in den letzten Streichquartetten. Wir wußten aber auch, daß in der Absicht unsere Zeit in unserer Kunst zu gestalten uns Beethoven als Vorbild gelten darf. Der Schöpfer des Fidelio bietet das lebendigste Beispiel dafür, daß der schaffende Künstler nicht die Ereignisse des Tages sondern die unwandelbaren Ideen der Menschheit, so wie seine Zeit sie darstellt, zu gestalten hat.

Hier liegt die Bindung: Auch wir leben zwischen Revolutionen, und die Freiheit, die die große Idee der Zeit Beethovens bildete, kann auch für uns Inhalt einer Kunst sein, wenn wir sie mit überzeitlichen Mitteln auszudrücken vermögen.

HERBERT KÜHNERT · DER VÖLKERBUND UND DIE GEISTIGE ZUSAMMENARBEIT

NACHDEM sich Deutschland dem Völkerbund angeschlossen hat, ist auch seine offizielle Beteiligung an den Einrichtungen des Völkerbunds, die der internationalen geistigen Zusammenarbeit dienen wollen, eine wichtige Frage deutscher Kulturpolitik geworden. Diese Einrichtungen haben im Januar des Jahres 1926 ihren Mittelpunkt durch das nunmehr im Palais Royal zu Paris untergebrachte Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit bekommen, über dessen Gründung und Vorgeschichte die Leser dieser Zeitschrift im vorigen Jahr kurz unterrichtet wurden¹. Es wurde damals hier unter anderm auch auf die den Zwang zur geistigen Annäherung klar zeigende Tatsache hingewiesen, daß hervorragende Vertreter des deutschen Geisteslebens, wie Albert Einstein, Gerhart von Schulze-Gaevernitz, an den Arbeiten der verschiedenen vom Völkerbund geschaffenen Kommissionen und Unterkommissionen bereits vor dem förmlichen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wesentlichen Anteil genommen hatten. Aber dieser erheischt es, daß nun auch das offizielle Deutschland sowie die an geistigen Dingen interessierte deutsche Öffentlichkeit sich mehr als bisher mit den vielfältigen Arbeiten und Aufgaben beschäftigt, die in jenem Völkerbundsinstitut in Angriff genommen worden sind. Darum seien hier Aufbau und Wirksamkeit des Instituts, soweit bis jetzt besondere Berichte darüber vorliegen², in großen Zügen geschildert.

Die Arbeit des Institut International de Coopération Intellectuelle erstreckt sich nicht auf die technischen Detailfragen der einzelnen Grundgebiete des geistigen Lebens, sondern sie will die bereits bestehenden Organisationen der Länder, deren internationale Kooperation (nicht Zentralisation) als wünschenswert erscheint, mit einander in Verbindung bringen oder, wenn nötig, neue Organisationen gründen. Die Technik der vom Institut angestrebten Zusammenarbeit beruht auf folgenden Einrichtungen: Jährlich 1- bis 2mal

1) Siehe die Rundschau *Geistige Bewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 326 und folgende.
2) Das Institut International de Coopération Intellectuelle gibt in Paris ein *Bulletin de la Section d'Information et de Documentation* heraus, aus dem man sich fortlaufend über die Arbeit des Instituts unterrichten kann.

tritt die aus 14 Mitgliedern bestehende Zentralkommission zusammen, um zu den wichtigsten Plänen Stellung zu nehmen. Ihr gehören neben dem frühern Generalinspektor des französischen öffentlichen Unterrichtswesens und Direktor des Pariser Instituts Jules Luchaire hervorragende Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern an. Die Pläne werden dann nach Bedarf Unterkommissionen (zum Beispiel für geistiges Urheberrecht, Hochschulbeziehungen, Bibliographie, Literatur und Kunst, künstlerische Beziehungen usw.) überwiesen, in denen Mitglieder der Zentralkommission mit eigens für diese Fragen hinzuberufenen Sach- und Fachverständigen und mit den verschiedenen Abteilungen des Instituts zusammenarbeiten. Die auf diese Weise von dem Institut, den Unterkommissionen und der Zentralkommission vorbereiteten Pläne werden dann, wie dies zum erstenmal im September 1926 in Genf geschah, dem Völkerbundsrat und der 2. Kommission der Völkerbundsversammlung vorgelegt und nach Sanktionierung durch den Völkerbund vom Institut ausgeführt.

Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß das Pariser Zentralinstitut zwar durch die Initiative des französischen Staats begründet, aber dann von der Französischen Republik in aller Form dem Völkerbund übergeben wurde. Die Mittel zu seiner Unterhaltung stellt vorwiegend der französische Staat zur Verfügung; seit der letzten Genfer Völkerbundstagung sind polnische und tschechoslowakische Staatszuschüsse hinzugetreten, und neuerdings beteiligt sich auch die Deutsche Hochschule für Politik mit laufenden Zuschüssen an den Kosten. Während so die Finanzierung des Instituts noch weit davon entfernt ist im Sinn des Völkerbunds international zu sein, ist die Form seiner Wirksamkeit aber im besten Sinn übernational zu nennen: besonders auch Deutschland gegenüber ist sie in dem durch die bisherigen Verhältnisse umgrenzten Rahmen durchaus paritätisch, sie beruht auf achtungsvoller Gleichberechtigung.

Sowohl die vorbereitende wie die ausführende Tätigkeit des Instituts nimmt ihren Weg über die Zusammenarbeit mit einer Reihe von Nationalkomitees, von denen jedes durch die Regierung des betreffenden Landes errichtet wurde und aus Vertretern der amtlichen Welt und der geistigen Kräfte des Landes besteht. Bis zum Ende des vorigen Jahres waren bereits 34 solcher Nationalkomitees vorhanden, darunter neben denen der Völkerbundsstaaten auch ein amerikanisches. Ebenfalls haben sich aus der russischen und ukrainischen Emigrantenintelligenz in Prag 2 derartige Komitees von naturgemäß nichtstaatlichem Charakter gebildet. Was die Gründung eines deutschen Komitees anlangt, so hat der Vertreter Deutschlands, Werner Freiherr von Rheinbaben, auf der 7. Völkerbundsversammlung im September 1926 die Hoffnung ausgesprochen, daß bald ein solches entstehen werde. Von der Durchführung dieser wichtigen Aufgabe ist indessen bis jetzt in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt gegeben worden. Daß in Deutschland das Universitäts- und Schulwesen Sache der Länder ist, darf bei derartigen bedeutungsvollen Aufgaben der Kulturpolitik des Reichs kein Hindernis sein, genau so wenig wie etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika, die dabei doch bekanntlich dem Völkerbund überhaupt nicht angehören.

Der Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Völkerbundsinstitut und den Regierungen der angeschlossenen Länder dienen die ständigen Delegierten, die diese Länder beim Institut in Paris ernannt haben. Ein Blick auf die

am 15. November 1926 vom Institut veröffentlichte Liste der 30 nationalen Delegierten zeigt, daß die meisten Regierungen mit dieser Funktion ihre Pariser diplomatische Vertretung betraut haben. Der Institutsbericht vom 15. Dezember 1926 weiß dann zwar die Ernennung eines argentinischen Delegierten zu melden, den deutschen Delegierten dagegen sucht man noch im Bericht vom 1. Januar 1927 vergebens. Als Delegierter Frankreichs, der in dieser Eigenschaft den Vertretern der anderen Staaten völlig gleichgestellt ist, fungiert Paul Appell, Mitglied der Französischen Akademie.

Das Institut hatte ursprünglich 7 Abteilungen: 1. die Allgemeine Abteilung mit dem Bureau für internationale Studien, 2. die Abteilung für Hochschulbeziehungen, 3. die Abteilung für wissenschaftliche Beziehungen, 4. die Juristische Abteilung, 5. die Abteilung für literarische Beziehungen, 6. die Abteilung für künstlerische Beziehungen, 7. die Auskunftsabteilung. Die Leitung der Allgemeinen Abteilung, die anfangs zusammen mit der Leitung des Gesamtinstituts durch Luchaire ausgeübt worden war, ist seit Juli 1926 von dieser getrennt; die Allgemeine Abteilung erhielt einen besondern Leiter. Die den Unterricht an Universitäten und Schulen betreffenden Angelegenheiten sind seit dem Sommer 1926 bis auf weiteres der Abteilung für wissenschaftliche Beziehungen unterstellt worden. Andererseits ist die von dem italienischen Publizisten Giuseppe Prezzolini geleitete Auskunftsabteilung neuerdings durch ein Literarisches Bureau erweitert worden, dessen Aufgabe darin besteht auf Grund der Tages- und Zeitschriftenpresse aller Länder alle wichtigen Tatsachen des geistigen Lebens in den Ländern zu studieren und den in Frage kommenden übrigen Abteilungen zuzuleiten. Für die Deutsche Abteilung dieses wichtigen Ressorts wurde Margarete Rothbarth bestellt. Unter den Abteilungsleitern ist Deutschland durch den Freiburger Nationalökonom von Schulze-Gaevernitz vertreten, der an der Spitze der Abteilung für wissenschaftliche Beziehungen steht. Vorsitzender der aus 14 Mitgliedern bestehenden Zentralkommission wurde, als Nachfolger Paul Painlevés, der Leidener Physiker Hendrik Antoon Lorentz.

Während sich die Tätigkeit des Zentralinstituts im Geschäftsjahr 1925-1926 besonders, wenn auch keineswegs ausschließlich, auf seine innere Einrichtung und seine Einordnung in die durch den Völkerbund repräsentierte politische und geistige Welt beschränkt hat, soll das neue Jahr mehr der Arbeit nach außen, das heißt der Konsolidierung der Beziehungen mit den Geistigen der Länder, ihren Institutionen und Verbänden, gewidmet sein. Dabei sollen vor allem diejenigen Gebiete berücksichtigt werden, auf denen sich die Interessen jedes Volkes mit dem allgemeinen Kulturprogramm der geistigen Zusammenarbeit berühren.

In den ersten Sommermonaten des Jahres 1926 war die Arbeit der einzelnen Abteilungen des Instituts vorwiegend darauf gerichtet den Unterkommissionen der Zentralkommission, die in der 2. Julihälfte in Genf tagten, ihre Berichte und Anregungen vorzulegen. Die damals in Frage kommenden Unterkommissionen, deren wichtigste Beratungsgegenstände hier in Stichwörtern hinter die Bezeichnung jeder einzelnen Kommission gesetzt seien, waren: 1. Unterausschuß für geistiges Urheberrecht (Begriff und Schutz des geistigen Eigentums), 2. Unterausschuß für Universitätsbeziehungen (internationale Stipendien, internationale Studentenbünde, Warschauer Kongreß für internationales Zusammenwirken, Veröffentlichung von Jahrbüchern und Nach-

schlagewerken für die akademische Welt, Projekt einer internationalen Hochschule für soziale Studien), 3. Unterausschuß für Literatur und Kunst (Plan eines internationalen Kongresses für Volkskunst, Plan eines Mustergesetzes und einer internationalen Vereinbarung über das Urheberrecht, Weingartners Bericht über internationales Zusammenwirken auf musikalischem Gebiet, Plan eines Kongresses der Schriftstellerverbände, internationale Lage der Übersetzungsliteratur), 4. Unterausschuß für Bibliographie (internationaler Literaturnachweis für verschiedene Wissenschaftsgebiete, Vereinheitlichung der anatomischen und zoologischen Terminologie, internationale Organisation der Bibliotheken, Veröffentlichung einer vorläufigen Liste derjenigen Bibliotheken, die zu internationalem Literaturnachweis bereit sind). Aus der Arbeit dieser Unterkommissionen sei hervorgehoben, daß zu der für Bibliographie, der auch Einstein angehörte, und in der Lorentz selbst den Vorsitz führte, unter anderen die Direktoren der Preußischen Staatsbibliothek, der Französischen und der Schweizer Nationalbibliothek als Sachverständige zugezogen waren, und daß die Unterkommission auch einen Bericht des Berliner Universitätsprofessors Friedrich von Gottl-Ottilienfeld entgegennahm, der die wirtschaftswissenschaftliche Bibliographie zum Gegenstand hatte. In der Sitzung der Zentralkommission, die sich an die der Unterkommissionen anschloß, wurde auch die Bildung einer neuen Unterkommission angeregt, die über Mittel und Wege beraten soll, wie man die Jugend der einzelnen Länder gründlich in die Geschichte anderer Völker einführen und mit den Zielen und der Arbeit des Völkerbunds vertraut machen könne. Diese Unterkommission wurde dann noch in Genf unter dem Vorsitz Gilbert Murrays gebildet. Nach den von ihr ausgearbeiteten Vorschlägen soll der Unterricht über den Völkerbund bereits in der Volksschule beginnen und bis zur Universität weitergeführt werden. Das Generalsekretariat des Völkerbunds soll geeignete Lehrbücher ausarbeiten und den Lehrern zur Verfügung stellen. Ferner regt diese Unterkommission an im Pariser Zentralinstitut ein Ressort einzurichten, das den Austausch von Kindern verschiedener Länder (Familien- und Schulaufenthalte) zentralisiert.

Die von den genannten Unterkommissionen und der Zentralkommission an den Völkerbund erstatteten Berichte sind in den offiziellen gedruckten Verhandlungsberichten der Völkerbundsversammlung enthalten. Sie wurden von der 2. Kommission der 7. Völkerbundsversammlung, die am 14., 16 und 20. September 1926 unter dem Vorsitz Desmond Fitzgeralds /Irland/ tagte, eingehend behandelt. Hier seien daraus einige Tatsachen entnommen, die sich auf das Gesamtwerk der Zentralkommission und ihr Zusammenarbeiten mit dem Institut beziehen.

Als Berichterstatter gab der ehemalige dänische Minister P. Munch einen Überblick über die vom Pariser Institut und von den Völkerbundscommissionen geleisteten Arbeiten. Er drückte den Wunsch aus, daß auch andere Regierungen dem Vorgehen der polnischen und der tschechoslowakischen folgen und regelmäßig Staatszuschüsse an das Institut leisten möchten. Aus den Arbeiten der Zentralkommission und des Instituts hob er besonders die Empfehlungen für den Schulunterricht über den Völkerbund, die Bildung des Unterausschusses für Literatur und Kunst und verschiedener neuer Nationalkomitees hervor. Nachdem sich die Vertreter Indiens, Rumäniens, der Niederlande, Polens und Belgiens zustimmend zu der Tätigkeit des Instituts

geäußert hatten, betonte der Vertreter Deutschlands, Freiherr von Rheinbaben, daß sich Deutschland noch nie der Mitwirkung bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele auf geistigem und wissenschaftlichem Gebiet entzogen hätte. Einstein habe an den Arbeiten der Zentralkommission teilgenommen. Ein deutsches Zentralkomitee habe noch nicht gebildet werden können, da das Universitätswesen Sache der einzelnen Länder des Deutschen Reichs sei. Übrigens unterhalte man in Deutschland schon seit langem unabhängig vom Völkerbund fruchtbare geistige Beziehungen mit dem Ausland. Er hoffe aber, daß auch in Deutschland bald ein Nationalkomitee zustande kommen werde. Aus den Ausführungen der Vertreter Canadas, Chiles, Chinas, Cubas, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Rumäniens, Schwedens und der Schweiz seien die folgenden Tatsachen hervorgehoben: die Einrichtung eines canadischen Studentenheims in Paris, ein Auftrag der schwedischen Regierung an Selma Lagerlöf ein Buch zu schreiben, das der schwedischen Jugend die Ziele und die Arbeit des Völkerbunds nahebringen soll, ferner die Einrichtung von Sonderkursen für studierende Ausländer seitens der italienischen Regierung. Der Vertreter Frankreichs, Marcel Plaisant, wünschte die Frage des geistigen Eigentums mit Rücksicht auf Amerika und Deutschland ergänzt zu sehen. Er freue sich, daß durch die von mehr als 16 Staatenvertretern ausgesprochene Anerkennung für die in übernationalem Geist geleistete bisherige Arbeit des Pariser Instituts das Mißtrauen besiegt wäre, das sich da und dort bei der Verlegung des Instituts in die Hauptstadt Frankreichs geregt hätte. Es stehe außer Zweifel, daß Frankreich aus der Gastfreundschaft, die es dem Völkerbundsinstitut in Paris gewährt habe, keinen dem Geist loyaler internationaler Zusammenarbeit widersprechenden Nutzen ziehe. Leider sei nur die Arbeit des Instituts übernational, nicht aber sein Budget. Mit Genugtuung berichtete Plaisant, daß die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei dem Institut Zuschüsse gewährten, und ganz besonders hob er dann die Tatsache hervor, daß die Deutsche Hochschule für Politik eine beträchtliche Subvention zur Verfügung gestellt hätte.

Am Schluß der Aussprache der Völkerbundsversammlung wurde von ihr die folgende Resolution angenommen:

»Die Völkerbundsversammlung billigt die Organisation der geistigen Zusammenarbeit, so wie sie sich heute in der Zentralkommission, ihren Unterkommissionen und dem Internationalen Institut zu Paris darstellt. Sie ist der Meinung, daß diese Organisation fortan einen Mechanismus darstellt, der dazu dienen kann die geistigen Beziehungen zwischen den Nationen enger zu knüpfen und die Bedingungen der geistigen Arbeit in der Welt zu verbessern. Sie nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Versicherung des Verwaltungsrats des Internationalen Instituts, daß diese Einrichtung in einer Weise geleitet wird, die die völlig paritätische Behandlung aller Nationen sicherstellt. Sie bringt allen ihren Mitgliedern die Initiative Polens und der Tschechoslowakei zur Kenntnis, die, dem edlen Beispiel Frankreichs folgend, dem Institut eine Subvention gewährt haben. Andererseits unterstreicht die Versammlung den praktischen Charakter und die Zweckmäßigkeit der für das internationale geistige Zusammenwirken einschlägigen Pläne, deren Verwirklichung die Kommission und das Institut augenblicklich verfolgt. Sie hebt daraus besonders die folgenden hervor: Abhaltung eines internationalen Kongresses für Volkskunst, Schaffung eines internationalen Museumsamts, Vereinigung der Bibliotheken aller Länder mit dem Ziel die Forschungen zu erleichtern, die Koordinierung der analytischen Bibliographie der verschiedenen Wissenschaften auf dem Weg internationaler Zusammenarbeit.«

Es sollte hier zunächst nur ein allgemeiner Überblick über den äußern Aufbau des Völkerbundsinstituts und über die Form seines Zusammenarbeitens mit dem Völkerbund und den ihm angeschlossenen Ländern gegeben werden.

Dieser wird, um einigermaßen vollständig zu sein, noch durch eine Skizzierung der Arbeit ergänzt werden müssen, die bisher durch die oben genannten Abteilungen des Instituts geleistet wurde. Dabei werden auch die vielfältigen Beziehungen zu berücksichtigen sein, die von dem Institut nicht nur durch die von ihm veranstalteten Empfänge, Konferenzen, Kongresse, Veröffentlichungen sondern auch gleichzeitig durch die enge Kooperation mit einer großen Anzahl von Instituten und Bündnissen angeknüpft worden sind, deren Bestrebungen den allgemeinen oder besonderen Zielen des Instituts verwandt oder wesensgleich sind. Erst durch dieses lebendige Bild einer vielverzweigten kulturpolitischen Praxis, die heute in Europa und darüber hinaus bereits eine wichtige politische Realität darstellt, wird das in Deutschland augenblicklich besonders notwendige allgemeine Gefühl dafür entstehen können, welches weite, fruchtbare Feld kulturpolitischer Wirksamkeit hier der deutschen Wissenschaft, Literatur, Kunst noch immer harret, und wie solche Mitarbeit für das gesamte Kulturleben unseres Volkes ebenso sehr Befruchtung von außen wie europäische Wirkung bedeuten kann, wenn sie mit Energie und Sachlichkeit, ohne fragwürdige Präntentionen, den anderen europäischen Völkern dargeboten wird. Der Wert der Beziehungen, die das geistige Deutschland seit dem Weltkrieg auch unabhängig vom Völkerbund wieder mit der Außenwelt angeknüpft hat, soll hier ganz gewiß nicht unterschätzt werden. Aber Deutschland gehört nun einmal in erster Linie zum europäischen Kontinent, und sein Genius kann nur dann seine Bestimmung erfüllen, wenn er in Europa seine Mutter und in den Genien aller Völker des Kontinents seine Brüder sieht. »Admirez-vous, les uns les autres«, hat vor dem Weltkrieg Emile Verhaeren seinen europäischen Brüdern vergebens beschwörend zugerufen. Solche Mahnung sollte uns heute aber wieder die Kraft geben geistige Alltagsarbeit mit dem Sinn für das Ganze, mit einem das eigene Volk umfassenden, über das eigene Volk hinausdrängenden Geist kontinentaler Gemeinschaft zu erfüllen.

DAVID LUSCHNAT · VERWANDLUNG NÄHERT

DA der Wind des Schweigens uns umhüllte,
Sagten wir uns stumm das Niegewußte
Und erkannten unsres Herzens Bahn.

Was uns Leergelebte steigend füllte,
War ein Müssen, das sich selber mußte.
Und ein Tun, das stets sich selbst getan.

Und wir glitten im Gewühl des Traumes,
Der gebirgig kühn sich selber träumt,
Wie im Wipfelrauschen eines Baumes
Durch die Nacht, die nie ein Tag umschäumt.

Sinkend wuchsen wir zur Sternenhöhe,
Blindes Schicksal wogte und zerrann:
Namenlos empfanden wir die Nähe
Eines Wissens, das nicht irren kann.

LUDWIG PRELLER · FLIESSARBEIT UND PLANWIRTSCHAFT



FLIESSARBEIT ist eine örtlich fortschreitende, zeitlich bestimmte, lückenlose Folge von Arbeitsgängen.« Nach dieser Definition des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung¹ ist Fließarbeit also nicht etwa der Bandarbeit gleichzusetzen. Dies muß man im Auge behalten, wenn man sie, wie es im folgenden geschehen soll, als Wirtschaftspolitiker betrachtet. Der Schlüssel zu einer Betrachtung der Fließarbeit von der produktionspolitischen Seite aus liegt in den für Fließarbeit wesentlichen Momenten eines ununterbrochenen und auf Massenfertigung eingestellten Produktionsprozesses. Die Massenfertigung drängt auf weitgehende Einführung genormter Fließkonstruktionen und typisierter Einzelteile. Der ununterbrochene Fluß der Produktion steigert zusammen mit der Produktionsintensivierung die Masse der erzeugten Produkte in ungeahnter Weise und beschwört das Absatzproblem herauf. Die zunächst technische Frage rationeller Betriebs- und Arbeitsorganisation erweist damit ihre enge Verbundenheit mit der Gesamtwirtschaft und rückt den fortdauernden Kampf zwischen Techniker und Kaufmann um die Entscheidung über Betriebsfragen in eine neue Phase. Die Gegenwart scheint dabei den Argumenten des Technikers mehr als bisher den Vorzug geben zu wollen, und es ist für den Sozialisten interessant zu sehen, wie sich damit gleichzeitig an der Wage Konkurrenzwirtschaft-Planwirtschaft die Schale immer tiefer zugunsten der Planwirtschaft neigt.

Die Eigenart der Massenfertigung auf Normalisierung und Typisierung zu drängen ist ja schon bei Serienfertigung evident. Bereits Walther Rathenau wies, indem er sie folgerichtig bis zum Ende durchdachte, auf die in Normalisierung und Typisierung liegende Tendenz zur Planwirtschaft hin. Fließarbeit verstärkt diese Tendenz, da sie die zwischenbetriebliche Arbeitsteilung fördert. Betriebliche Arbeitsteilung, insbesondere unter nicht rechtlich oder wirtschaftlich verbundenen Betrieben, kann aber ohne weitgehende Gleichform von Konstruktionselementen und Ersetzbarkeit von Fabrikationsteilen kaum wirtschaftlich gestaltet werden. Somit drängt die Fließarbeit insoweit auf die zwischenbetriebliche Abrede in technischen Fragen, das heißt praktisch zur Kartellpolitik. Daß Kartellabrede zur Planbewirtschaftung führen kann, ist unbestritten. Einen Plan stellt sie bestimmt auf. Die Ökonomie solchen Plans im Sinn der Gesellschaftswirtschaft ist dagegen nicht garantiert. Die in Normalisierung und Typisierung liegende Richtung zur Planwirtschaft erhält somit durch die Fließarbeit lediglich verstärkte Antriebe. Neue Tendenzen zur Planwirtschaft ergeben sich dagegen aus der Tatsache des ununterbrochen fließenden Produktionsgangs. Da sind zunächst Betriebsgröße und Betriebsform. Fließarbeit hat im Klein- oder Mittelbetrieb nur beschränkte Anwendungsmöglichkeiten. Sie benötigt möglichst gleichmäßigen Zu- und Abfluß von Roh- und Fertigprodukten, der im allgemeinen nur vom Großbetrieb, schon aus Kapitalsgründen, sichergestellt werden kann. Ein besonderes Streiflicht auf die Auswirkungen der Fließarbeit wirft die Bemerkung Franz Mäckbachs auf der Fließarbeitstagung in Köln im September 1926, daß sich in der Wäscheindustrie Heimarbeit

¹) Siehe Mäckbach und Kienle Fließarbeit, Beiträge zu ihrer Einführung /Berlin 1926/ Seite 5; die weiteren Zitate Seite 4, 58, 82, 92, 93, 276, 278 und folgende.

auf Betriebsarbeit umstellen mußte, da Fließarbeit die mindere Qualität der ohne Kontrolle erarbeiteten Heimarbeit nicht verwenden könne. Es erhellt aus diesen Bemerkungen, daß die Produktionsweise der Fließarbeit aus ihrem eigenen Wesen heraus auf planvolle Bewirtschaftung (oder Beherrschung) eines möglichst großen Erzeugungskreises drängt.

Daß mit Fließarbeit nicht notwendig vermehrte Kapitalinvestierung verbunden zu sein braucht, weist Ernst Schulz-Mehrin überzeugend nach.² Sein Beweismittel ist vornehmlich der Hinweis auf den bei Fließarbeit in wesentlich rascherem Tempo erfolgenden Kapitalsumschlag. Diesen beschleunigt einmal das Hintereinander (bei Fließarbeit) statt des Nebeneinander (bei Semierfertigung) der Produktenfolge, zum andern die Verkleinerung der Vorratslager. Die Rohprodukten-, Halb- und Zwischenfabrikats- wie Fertigwarenlager sollen auf ein Minimum reduziert werden, um 1. Kosten (Material, Gebäudeverfall) zu sparen, 2. Störungen im Betrieb zu vermeiden. Zum 2. Punkt sei an die heute als Verkehrshindernisse aufgehäuften Produktenlager in Brauereien, Kartonnagenfabriken usw. erinnert. Kleine Lager aber bedingen stetige Materialzufuhr. »Nichtinnehaltung von Terminen, Stockungen in der Materialzufuhr wirken tödlich auf den Fließgedanken.« Es sind also feste, auf lange Frist laufende Lieferabschlüsse nötig; damit auch ein Plan für die im Betrieb benötigten Mengen und ein Plan für die Belieferung mit diesem Material bei der Lieferfirma. Ford wurde bekanntlich vor allem durch seine Materialbeschaffungssorgen zur Erweiterung seines Betriebs nach der Rohstoffbasis hin getrieben.³ In Deutschland war das Eindringen der Hütten in die Zechen ein ähnlicher Vorgang. (Der "Fluß" des Roheisenblocks vom Hochofen eines Walzwerks war vielleicht die erste Fließarbeit in Europa.)

Macht Fließarbeit schon stetigen Anfluß des Roh- usw. Materials nötig, so kann Stockung im Abfluß der Fertigprodukte, Absatznot, Fließarbeit völlig ad absurdum führen. Es ist beachtenswert, wenn sachkundige Autoren in der Publikation des Ausschusses für wirtschaftliche Festigung darauf hinweisen, daß »Fließarbeit mit in erster Linie als eine Umsatzfrage« aufgefaßt werden müsse. Erste Forderung ist also eine planmäßige Erfassung der Käuferschaft. Fords Maxime der »Dienstleistung am Käufer« ist ja niemals humanitär sondern von Anfang an produktionspolitisch entstanden, wenn Ford und seine Nachbeter es aus durchsichtigen Gründen auch gern anders darstellen. Mittel der Käufererfassung ist Senken des Preises beziehungsweise Heben der Kaufkraft. Das Heben der Kaufkraft führt zur interessanten Frage der Zusammenhänge zwischen Lohnanteil und Gewinnanteil aus dem Unternehmen, muß aber hier ausschalten. Für uns ist das Senken des Preises wichtig, weil dieses Moment auf Ausschalten der Konkurrenz hinweist. Mehrproduktion über die Kaufkraft hinaus ist für Fließarbeit besonders unerträglich, da die Massenerzeugung bei Fließarbeit die Überprodukte rascher als bei anderen Fertigungsweisen anhäuft. Fließarbeit drängt daher zunächst auf Abrede mit der Konkurrenz, meist aber zur Monopolstellung; es darf nicht mehr Produkt erzeugt werden als voraussichtlich verbraucht wird. Und das bedeutet einen richtigen Wirtschaftsplan.⁴ Welche Wege darin

2) Siehe *Schulz-Mehrin* Rationalisierung und Kapitalbedarf unter besonderer Berücksichtigung der Fließarbeit, in *Technik und Wirtschaft* 1926 Seite 265.

3) Siehe *Honermeyer* Die Ford Motor Company /Leipzig 1925/ Seite 61 und folgende.

4) Der Generaldirektor *Hinnenthal* sagte auf der Kölner Fließarbeitstagung, nach dem Bericht der Deutschen Bergwerkszeitung vom 16. September 1926: »Das ist das Neue, daß ein ganzer nationaler Wirtschaftskörper Ordnung zu bringen sucht in Erzeugung, Verteilung und Verwaltung.«

neben Preissenkung und Verkaufsorganisationen einzuschlagen sind, hat Eugen Schmalenbach auf der Kölner Fließarbeitstagung angedeutet: eine Fabrikmarke für "rationalisierte" Waren, Einwirkung auf die Hausfrauen, Schulerziehung. Auch das von Unwissenden früher als notwendige Folge der Sozialisierung hingestellte Gespenst der "Uniformierung" der Waren taucht auf, und siehe da, nun erfahren wir auch aus kapitalistischem Mund die alte sozialistische Weisheit, daß zwischen Uniformierung der Waren und Herabminderung der Warentypen auf ein sachlich gerechtfertigtes Maß ein großer Unterschied ist. Jetzt will man die »Individualität« des Käufergeschmacks eindämmen: »Geschmacksfragen müssen den Zweckforderungen angepaßt oder untergeordnet werden«; man liest bestimmte Vorschläge, wie dies zu bewerkstelligen sei⁵, hört von Modeämtern, die in der Textilindustrie die Überfülle der verschiedenen (Wäsche-, Hut-) Formen eindämmen sollen⁶, sogar im Buchhandel spricht man von »Planarbeit«⁷.

Aber mit der Erweiterung der Absatzmöglichkeiten ist die Fülle der in Fließarbeit erzeugten Waren noch nicht untergebracht. Immer noch droht Überproduktion und mit ihr die Konjunkturkrise. 2 Wege werden vorgeschlagen: 1. Schwankenlassen der Preise: in der Hochkonjunktur weit über Selbstkosten, in der Depression gewaltige Preisminderung⁸; 2. systematische Verteilung der Arbeit: landwirtschaftliche Arbeit im Sommer, industrielle Arbeit nur im Winter⁹. Theoretisch und praktisch sind beide Vorschläge anfechtbar, wenn auch der erste bei Einschalten etwa eines vom Staat beaufichtigten Treuhänders für die zum Ausgleich der Krise angesammelten Fonds diskutierbar ist. Uns interessiert hier das bewußte Hinwirken auf planvolle Ausschaltung der Konjunkturschäden. Beide Vorschläge sind ohne systematische Zusammenarbeit in der Wirtschaftsführung nicht denkbar. Und wie schwer die Schädigung durch die große Arbeitslosigkeit, das heißt hochgradig verminderte Kaufkraft, gerade die Einführung der rationalisierten Fließarbeit trifft, hat Carl Friedrich von Siemens in der letzten Generalversammlung der Aktiengesellschaft Siemens & Halske selbst ausgeführt; Rationalisierung, meinte er dort, ist »eine bittere Arznei«. Hier klappt noch der größte Widerspruch zwischen der sinngemäßen Rationalität der Wirtschaft bei Fließarbeit und ihrer tatsächlichen Auswirkung auf den Arbeits- und Warenmarkt. Daß aber auch diese wichtigste Frage in ihrer prinzipiellen Bedeutung als wirtschaftliche Teilfrage der Rationalisierung erkannt wird, bezeugen die Ausführungen Schmalenbachs und das Echo, das seine Gedankengänge auch in der bürgerlichen Presse fanden. Die Deutsche Bergwerkszeitung schreibt direkt im Anschluß an das Referat über die Rede Schmalenbachs: »Die Arbeitslosigkeit ist einer dieser Mängel [nämlich der Rationalisierung] . . . Recht zu geben ist den Forderungen von Tarnow, dem Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbands, und Eggert /Berlin/ insofern, als Rationalisierung und Senkung der Verkaufspreise möglichst rasch auf einander folgen müssen, damit nicht die Kaufkraft ertötet wird.«

5) Siehe *Deutsche Bergwerkszeitung* vom 29. Juni 1926: Gruppenweise Rationalisierung.

6) Siehe *Die Textilwoche* vom 14. Mai 1926, *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vom 17. Juni 1926, *Industrie- und Handelszeitung* vom 4. August 1926.

7) Siehe *Frankfurter Zeitung* vom 3. Juni 1926: Rationalisierung im Buchgewerbe.

8) Siehe die Ausführungen Schmalenbachs auf der Kölner Fließarbeitstagung, nach dem Bericht der Deutschen Bergwerkszeitung vom 17. September 1926.

9) Siehe *Ford Mein Leben und Werk /Leipzig 1923/* Seite 220 und folgende. Andererseits sei darauf hingewiesen, daß *May /Frankfurt/* von der Normalisierung auf dem Gebiet des Bauwesens dessen Umwandlung aus einem Saison- in ein Dauergewerbe erwartet: siehe *Frankfurter Zeitung* vom 14. April 1926.

Wir sehen, wie sich die Notwendigkeit planvoller Bewirtschaftung des Waren- und Arbeitsmarkts aus den Problemen der zunächst technischen Fließarbeitsfrage auch der kapitalistischen Wirtschaftsführung einhämmt. Gewiß ist von der Erörterung dieser Fragen bis zu ihrer Durchführung noch ein weiter Weg. Aber läßt die rasche Erkenntnis der Notwendigkeit rationalisierter Wirtschaft überhaupt¹⁰ und das Zusammenschießen der Unternehmungen wie Kristalle in letzter Zeit nicht vermuten, daß die Fließarbeit auch die Wege zur Planbewirtschaftung rascher findet? Hier sind nur Tendenzen aufgezeigt worden. Aber wer mit Edmund Fischer Sozialisierung auch im »sozialistischen Werden« sieht, kann die Zeichen der Entwicklung nicht mißverstehen. Man kann dem Verein deutscher Ingenieure nur danken, daß er, mag es auch unbewußt geschehen sein, die Erkenntnis dieses sozialistischen Werdens durch seine Beiträge zum Thema der Fließarbeit erleichtert hat. An dem, der sich solche Erkenntnis zu eigen macht, ist es das Streben der Fließarbeit nach Planwirtschaft zu seinem Teil fördern zu helfen. Aufgabe der Sozialisten wird es dann sein aus solcher noch kapitalistischen Planwirtschaft sozialistische Gemeinwirtschaft zu gestalten.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Abrüstung

Am 10. Februar ließ der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika der englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung ein Memorandum überreichen, in dem er schleunigen Abschluß einer Übereinkunft verlangt, die das Washingtoner Abkommen über die Einschränkung der Anzahl der Linienschiffe auch auf Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote ausdehnen soll. Auf dieses Memorandum gab der Quai d'Orsay schon 2 Tage später, im Temps vom 12. Februar 1927, eine unmißverständliche Antwort. Frankreich, so argumentierte das offiziöse französische Organ, lehne den amerikanischen Vorschlag ab, weil er 1. die Bemühungen des Völkerbunds zu allgemeinen Abrüstungsvereinbarungen zu Wasser und zu Land zu gelangen illusorisch machen müßte, und 2. das Abrüstungsproblem vollständig verfälsche, indem er einzig und allein der Sicherheit derjenigen Völker diene, die hinter der wogenden Mauer der Meere und Ozeane leben und einen Angriff zu Land nicht zu befürchten brauchen. Amerika habe es abgelehnt den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, obschon Wilson an dessen Zustande-

kommen einen überragenden Anteil hatte; es habe sich geweigert dem Völkerbund beizutreten, obwohl die Anregung zu seiner Gründung von Washington ausgegangen sei; es habe nicht zugelassen, daß eine allgemeine Schuldenregelung unter den Staaten platzgriff, denen es sich im Krieg als Verbündeter angeschlossen habe. Amerika habe sich von jeder Solidarität mit den anderen Staaten freizumachen und jede allgemeine Garantie für die Sicherheit der zivilisierten Welt abzulehnen verstanden. Da Amerika keinen Angriff zu Land zu fürchten brauche, so interessiere es sich für die Beschränkung der maritimen Rüstungen. Es wünsche der Notwendigkeit zu entgehen eine enorme Flotte für die Verteidigung seiner Küsten am Atlantischen und am Pazifischen Ozean zu bauen, ohne dabei zu fragen, ob diese einseitige Beschränkung der Rüstungen auch den anderen Staaten, die mit feindlichen Angriffen zu Land zu rechnen hätten, einen Gewinn für ihre Sicherheit bringe. Die Beschränkung der Rüstungen zur See ohne gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen zu Land wäre ein schwerer politischer Fehler, den Frankreich nicht begehen dürfe. Man würde sich auch arg täuschen, wollte man in der Absicht der Vereinigten Staaten die Beschränkung der Seerüstungen von

¹⁰ Noch vor ganz wenigen Jahren wurden die Vorschläge der Sozialistischen Monatshefte und später des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kaum beachtet.

einer Kommission vornehmen zu lassen, die in Verbindung mit dem Völkerbund steht, eine Annäherung Amerikas an den Völkerbund sehen. Würde diese Absicht verwirklicht, so wäre der Völkerbund in seinen Bemühungen eine allgemeine Abrüstung zustande zu bringen vollständig gelähmt. Die Arbeit von Genf schließe jede partielle Lösung des Abrüstungsproblems für eine Gruppe bevorzugter Staaten aus. Sie ziele auf eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Land für alle, und zwar unter Berücksichtigung der militärischen Potenz sowohl der großen als auch der kleinen Staaten, die im Völkerbund die gleichen Rechte hätten, aber auch die gleichen Pflichten erfüllen müßten.

Die offizielle französische Antwort vom 15. Februar 1927 entsprach in allen Punkten den offiziellen Darlegungen des Temps. Ähnlich wie Paris lehnte auch Rom in höflicher, aber bestimmter Weise ein Eingehen auf den amerikanischen Vorschlag ab, wobei es den Gesichtspunkt zur Geltung brachte, daß es zur Verteidigung seiner weitausgedehnten Küsten gerade der Waffen bedürfe, die Washington zu reduzieren beabsichtige. Tokio erklärte sich im Prinzip mit einer Ausdehnung des Washingtoner Abkommens auf Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote zwar einverstanden, erhob jedoch starke Bedenken über die Verwirklichungsmöglichkeiten. Eine fast unbeschränkt zustimmende Antwort erhielt Washington dagegen, wie übrigens vorauszusehen war, von London, wobei jedoch von der britischen Presse der Vorbehalt gemacht wurde, daß die Anzahl der englischen Kreuzer und Torpedoboote immer im richtigen Verhältnis zur Anzahl der Unterseeboote in den europäischen Gewässern zu halten sei.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag muß auf Grund der französischen und italienischen Antwort als gescheitert angesehen werden. Dagegen geben die englische und die japanische Antwort die Möglichkeit zu einer Konferenz zwischen Amerika, England und Japan. Amerikanische Meldungen besagen, daß Washington von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will. Man rechnet dort damit, daß Tokio einer Einladung an einer Dreimächtekonferenz zur Seeabrüstung teilzunehmen nachkommen werde. Viel mehr als eine Besprechung kann freilich, soweit Japan in Betracht kommt, nicht herauskommen. Denn die japanische Gesamtpolitik ist durch die von den angelsächsischen abweichenden japanischen Interessen hinlänglich bestimmt.

Rheinland- räumung

In einem Artikel Wladimir d'Ormessons im Temps vom 15. Februar 1927 werden übersichtlich und systematisch die Gründe entwickelt, die Frankreich bestimmen eine unverzügliche Freigabe des besetzten Gebiets ohne deutsche Gegenleistungen abzulehnen. Der Artikel gibt zu, daß nach der Regelung der Reparationsfrage im Dawesplan und nach der Regelung der westlichen Sicherheit im Locarnovertrag die Frage der Rheinlandräumung den Hauptgegenstand des Meinungsaustausches und der Polemik zwischen den ehemaligen Alliierten und Deutschland bildet. Deutschland vertrete dabei die Meinung, daß die Besetzung nicht mehr aufrechterhalten werden könne, und zwar juristisch nicht, weil die Reparations- und Sicherheitsfrage unabhängig von ihr geregelt sei, politisch nicht, weil sie unvereinbar mit dem Beitritt Deutschlands in den Völkerbund sei, psychisch nicht, weil sie eine ständig fließende Quelle peinlicher Zwischenfälle wäre. Der Artikel lehnt eine Widerlegung der deutschen Gesichtspunkte, die zu nichts führen könnte, ab und wendet sich der Aufgabe zu Frankreichs Willen in dieser Frage genau zu präzisieren. Frankreich verlangt Garantien in 3facher Richtung:

1. Sicherheitsgarantien. Sie sind notwendig, weil a) die Befestigung der Ostgrenze Frankreichs bisher nicht vorgenommen werden konnte, b) die französische Armee sich in der Umgestaltung befindet, c) der Artikel 43 des Versailler Vertrags, der den Aufenthalt und die Zusammenziehung von Streitkräften in der Rheinlandzone verbietet, keine Ergänzung in der Frage der Kontrolle gefunden hat, die seine Vorschriften unbedingt erfordern. Deutschland müßte sich damit einverstanden erklären, daß Agenten des Völkerbunds durch eine dauernde Aufsicht die strenge Beachtung der Bestimmungen des Artikels 43 sichern.
2. Wiedergutmachungsgarantien. Sowohl die deutsche Presse als auch die deutschen Wirtschaftsführer hören nicht auf die Möglichkeit der Zahlung der normalen Jahresleistung des Dawesplans (2½ Milliarden Mark) anzuzweifeln. Das zwingt Frankreich die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen als Gegenleistung für die Rheinlandräumung im Sinn einer finanziellen Garantie von Deutschland zu fordern.
3. Politische Garantien. Deutschland beunruhigt Europa ständig durch die Ansprüche, die es in endloser Reihe erhebt. Jetzt verlangt man die vorzeitige

Räumung des Rheinlands, hierauf wird man eine Lösung der Danziger Frage und des Korridors fordern, dann käme die Vereinigung Österreichs mit Deutschland an die Reihe, später die Rückgabe der deutschen Kolonien usw. Durch dieses Vorgehen Deutschlands wird eine europäische Atmosphäre geschaffen, die die anderen Völker zu ersticken droht. Jede deutsche Forderung ruft neue Konflikte hervor. Deshalb will Frankreich, daß Deutschlands Politik der Forderungen kein chronischer Zustand werde.

Zum Schluß zählt der Artikel die Zugeständnisse auf, zu denen sich Frankreich schon bereitgefunden hat: »Wir haben den Dawesplan angenommen. Wir haben die Ruhr geräumt. Wir haben die Kölner Zone freigegeben. Wir sind nach Locarno gegangen. Wir haben im besetzt gebliebenen Gebiet erhebliche Erleichterungen geschaffen. Wir haben für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gestimmt. Wir haben einen ständigen Ratssitz für Deutschland schaffen helfen. Wir haben die Zurückziehung der militärischen Kontrollkommission zugestanden. Wir haben Deutschland in der Entwaffnungsfrage zufriedengestellt. Wir haben zur Rettung seiner Valuta und zu seinem ökonomischen Wiederaufbau (durch Gewährung einer auswärtigen Anleihe und eines mehrjährigen Teilmoratoriums) mächtig beigetragen. So haben wir oft genug den Beweis erbracht, daß wir eine rigorose Politik gegenüber Deutschland aufgegeben, und daß wir begriffen haben, daß eine solche Haltung Europa Nutzen bringt.«

Die Märztagung des Völkerbundsrats in Genf ließ keinen Zweifel daran, daß auch Briand die im Temps gezeichneten Richtlinien für die Rheinlandräumung anerkennt. Da das deutsche Auswärtige Amt Zugeständnisse an Frankreich im Sinn der oben skizzierten Ansprüche ablehnt, so ist einstweilen nicht zu erwarten, daß das Rheinland geräumt wird.

Polen und Deutschland

Als im Juni 1925 der deutsch-polnische Zollkrieg eröffnet wurde, gab es in Deutschland Leute, die eine tiefe Schädigung Polens von ihm erwarteten. Zunächst erhielt durch ihn die polnische Valuta auch einen schweren Stoß. Dann aber, begünstigt durch den englischen Kohlenarbeiterstreik, trat eine auffallende Belebung des polnischen Exports nach den anderen Ländern Europas ein, die die polnische Währung wieder befestigte. Nach den Ausführungen des polnischen Wirtschaftsministers ist im

Jahr 1926 im Verhältnis zu 1925 der polnische Export nach England um 125 %, nach Belgien um 24 %, nach Dänemark um 140 %, nach Finnland um 100 %, nach Spanien um 800 %, nach Schweden um 460 %, nach Norwegen um 130 % gesteigert worden. Schaden vom Zollkrieg scheint nur die polnische Landwirtschaft erlitten zu haben, die für einige ihrer Produkte den Osten Deutschlands als Absatzgebiet benötigt. Im Gegensatz zu Polen ist die Schädigung Deutschlands durch den Zollkrieg ernst und schwer. Durch den Verlust des polnischen Markts sollen, wie man berechnet hat, 80- bis 100 000 deutsche Arbeiter arbeitslos geworden sein, und dazu käme ein Exportausfall durch den Zollkrieg, der etwa 350 Millionen Mark jährlich betrage. Kein Wunder, daß die östlichen Handelskammern schwere Bedenken gegen die Fortführung des deutsch-polnischen Wirtschaftskriegs erheben. Er wäre auch wohl schon lange beigelegt worden, wenn nicht politische Gegensätze hinter ihm ständen. Wie sehr dieser Wirtschaftskrieg ein Politikum ist, zeigen die Vorgänge, die im Februar zur Unterbrechung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen führten. Der Grund hierfür war die Verweigerung einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für 4 Reichsdeutsche durch den Wojewoden von Kattowitz mit der Begründung, daß Polen selbst eine große Anzahl stellenloser Ingenieure habe. Aufenthaltsverweigerungen sind stets eine üble Sache. Aber sie werden, solange für Europa kein einheitliches Niederlassungsrecht besteht, von allen Staaten als unveräußerliches Hoheitsrecht in Anspruch genommen. Im Jahr 1926 begann Deutschland mit der Aufenthaltsverweigerung gegenüber 25 000 Polen, die seit 10 Jahren oder länger in Deutschland tätig waren. Nur mit großer Mühe gelang es der polnischen Regierung ein Abkommen zu erzielen, wonach deren Abtransport auf 7 Jahre verteilt werden soll. Es ist auch nicht richtig, daß Polen es abgelehnt habe die Niederlassungsfrage in die Handelsvertragsverhandlungen einzubeziehen; vielmehr haben Polen und Deutsche in der Handelsvertragsdelegation seit 6 Monaten fast nur über die Niederlassungsfrage gesprochen. Was diese Verhandlungen so schwierig gestaltet, ist der Umstand, daß Polen annehmen zu dürfen glaubt, Deutschland wolle separatistische Bewegungen in den ehemals preußischen Landesteilen Polens entfachen. Man fürchtet in Warschau,

daß die großen Summen, die der Reichstag ohne jede nähere Angabe über ihre Verwendung für die preußischen Grenzgebiete im Osten bewilligt hat, hauptsächlich diesem Zweck dienen sollen. Man wirft in Paris und Warschau auch der deutschen Regierung vor, daß sie Geldprämien an polnische Eltern zahle, die ihre Kinder in die deutschen Schulen schicken. Aus alledem erhellt, daß der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, der jetzt schon 1½ Jahre anhält, viel mehr ein Politikum als eine ökonomische Auseinandersetzung ist.

Ob jetzt, nach den Besprechungen zwischen Stresemann und Zaleski in Genf, eine Einigung zustande kommen wird, muß abgewartet werden. Immer wieder aber muß betont werden, daß die Anerkennung der Wiederherstellung Polens aus allen 3 Teilungsgebieten, dem russischen, dem österreichischen und dem preußischen, wohl das klügste wäre, was Deutschland tun könnte, und zwar unter der Bedingung, daß Polen von seinem Korridor an der Weichsel so viel Quadratkilometer an den Freistaat Danzig abtritt, daß eine territoriale Brücke für den Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland geschaffen wird. Dadurch könnte die Basis für eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland geschaffen werden, die Dauer verbürgt.

Litauen Der Sozialdemokratische Pressedienst, dem doch eine feindliche Einstellung zu England völlig fernliegt, brachte am 28. Februar 1927 folgende Meldung über Englands Haltung zu Litauen, die festgehalten zu werden verdient: »Vorwiegend von englischer Seite ist in den letzten Monaten auch die Idee des Austausches Litauens gegen den Korridor propagiert worden, womit England gleichzeitig die Schließung des Rings um Sowjetrußland und die Beseitigung des Konflikts herds der deutsch-polnischen Grenze zu erreichen hofft.« Merkwürdig an dieser Meldung ist, daß von einem »Austausch« gesprochen wird. Das hätte nur dann einen Sinn, wenn Litauen eine deutsche Provinz wäre. Dann allerdings wäre ein Austausch Litauens gegen den Korridor denkbar und möglich. Nun ist aber Litauen ein selbständiger, von den Großmächten anerkannter Staat, errichtet unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ehe Deutschland Litauen gegen den polnischen Korridor austauschen könnte, müßte es diesen Staat zunächst unter irgendeinem

Vorwand überfallen, sein Heer niederschlagen, seine Regierung absetzen und das Land sich einverleiben. Vollständig durchdacht und logisch ergänzt besagt also die Meldung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, daß britische Agenten Deutschland zu einem militärischen Überfall auf Litauen und zur gewaltsamen Annexion des litauischen Staats zu verführen suchen, damit Deutschland dann Litauen gegen den polnischen Korridor austauschen könne. Aber solch ein flagranter Friedensbruch würde auch einen Krieg Deutschlands mit Rußland unmittelbar nach sich ziehen, weil zwischen Litauen und Rußland ein Vertrag existiert, der Moskau verpflichtet Kowno militärisch beizustehen. Das offiziöse Organ der deutschen Sozialdemokratie beschuldigt also England Deutschland zum Friedensbruch und zur Entfachung eines neuen europäischen Brandes anstiften zu wollen. Allerdings, zum Glück der Menschheit, einstweilen vergeblich. Einigermassen beunruhigend an der Meldung des Sozialdemokratischen Pressedienstes ist jedoch die Gemütsruhe, mit der von ihm die britische Friedensstörung im Osten aufgenommen wird. Man findet da kein Wort der Brandmarkung des Anschlags gegen den europäischen Frieden, der Deutschland in ein unüberschaubares Abenteuer stürzen könnte. Immerhin kann man den Sozialdemokratischen Pressedienst nur loben, daß er diese Pläne der Öffentlichkeit preisgegeben hat. Gleichviel wie weit sie gediehen sind, es ist nun möglich sie im Keim zu ersticken: allerdings nur durch eine von Deutschland zu treibende europäische Politik, die sich von jeder englischen Führung befreit.

Lettland Wie in Litauen, dessen neue Regierung nachdrücklich betont hat, daß sie an dem russisch-litauischen Vertrag unbedingt festhalten wolle, obwohl sie den Bolschewismus sehr entschieden ablehnt, so scheinen auch in Lettland Befürchtungen zu erwachen, daß es der Preis werden könne, den England an Deutschland und Polen zu zahlen bereit sei, um sie zur Frontstellung gegen Rußland zu veranlassen. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldete am 1. März 1927, daß der Abschluß eines Garantie- und Schiedsgerichtsvertrags zwischen Lettland und Rußland unmittelbar bevorstehe. Es muß betont werden, daß in der lettischen Regierung Sozialdemokraten sitzen, von denen man wohl annehmen kann, daß sie den britischen

Plänen durchaus abgeneigt sind. Übrigens scheint England bei seinen Versuchen Rußland in Europa in einen Konflikt zu verwickeln, um es in Asien auszuschalten, wie immer mehrere Eisen im Feuer zu haben. Neben den britischen Anstrengungen Deutschland zur Besetzung Litauens zu bewegen sollen Versuche des englischen Gesandten in Riga laufen Litauen mit Polen zu versöhnen, um beide Länder als Degen gegen Rußland zu benutzen, wenn Deutschland auf das britische Angebot Litauen als Austauschobjekt für den Korridor zu annektieren nicht eingeht. In diesem Fall nun soll, wie in manchen Kreisen vermutet wird, Lettland als Zahlungsmittel ausersehen sein. Der lettisch-russische Vertrag hat unzweifelhaft eine Spitze gegen England. Es sei noch bemerkt, daß in Lettland jüngst ein Putsch stattfand, der von manchen auf Umtriebe von Agenten zurückgeführt wird, aber keinen Erfolg hatte.

Kurze Chronik Am 7. März begann die 44. Tagung des *Völkerbundsrats* in Genf. Nach der alphabetischen Reihenfolge der französischen Ländernamen fiel diesmal das Präsidium Deutschland (Allemagne) zu. Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann leitete die Sitzungen in deutscher Sprache. ◊ Großbritannien baut im Fernen Osten eine neue große Flotte auf, die als *Indische Marine* bezeichnet wird; sie wird nämlich von Indien bezahlt, ihre Offiziere werden aber ausschließlich Engländer sein. Mitglieder der Labour Party kritisierten bei der Etatsberatung am 9. März die Inkonsequenz, mit der England in Europa Seeabrüstung verlange, in Asien aber eine neue Flotte schaffe. Der Marinestaatssekretär Headlam erwiderte; daß die neue Marine nur der fortschreitenden Selbstverwaltung Indiens dienen wolle. Damit kann sich das Gewissen Englands über den Widerspruch beruhigen. ◊ Am 29. Dezember 1926 wurde in Rom ein *deutsch-italienischer Schiedsvertrag* durch Mussolini und den deutschen Botschafter von Neurath unterzeichnet. Sein Inhalt bringt das gleiche wie die entsprechenden Verträge, die Deutschland mit anderen Mächten abgeschlossen hat. ◊ Vom 5. bis zum 13. März veranstaltete die Deutsche Hochschule für Politik eine *Außenpolitische Schulungswoche* in Breslau. Sie brachte eine Reihe von Vorträgen über aktuelle Probleme und Vorgänge der Weltpolitik. ◊ Eine Promotion, die außenpolitischen Interesses

nicht entbehrt, fand an der Universität Frankfurt statt. Der Bibliothekar der Daweskommission Joseph Bourgeot promovierte dort bei dem Philosophieprofessor Hans Cornelius, und zwar mit einer *Dissertation über den Pazifismus*. Er ist der erste Franzose, der nach dem Krieg an einer deutschen Universität das Dokorexamen abgelegt hat. ◊ Nach der Amtsniederlegung Viscount d'Abernons wurde der britische Gesandte in Konstantinopel *Sir Robert Lindsay* zum Botschafter in Berlin ernannt. (Daß Viscount d'Abernon nach seinem Abschied von Berlin doch noch nicht ganz aus der deutschen Politik ausgeschieden ist, haben die letzten Wochen in die Erinnerung zurückgerufen.)

Literatur

Die in der Broschüre *Kurt Hillers Ist Genf der Friede?* /Berlin, Hensel & Co./ aufgeworfene Frage wird von dem Verfasser dahin beantwortet, daß »Genf nicht der Friede« sei, »weder seiner Satzung nach noch der Haltung wichtiger außerdeutscher und deutscher Machtfaktoren nach«. Der Wert solcher Untersuchungen liegt in der Zerstörung der vielfach vorhandenen, aber gewiß nicht ungefährlichen Illusion, daß Genf und Locarno für Europa ausreichende Friedenssicherungen darstellten. Im übrigen verneint der Verfasser von seinem »radikalpazifistischen« Standpunkt aus nicht nur die Berechtigung des Verteidigungs- sondern auch die des Sanktionskriegs, wobei er jedoch die Frage ungeklärt läßt, ob Sanktionen, wie sie das Genfer Protokoll gegen den Friedensbrecher vorsieht, überhaupt noch als Krieg bezeichnet werden dürfen, ob sie nicht vielmehr als die Negation des Krieges, als die Überwindung des Faustrechts unter den Völkern durch ein im Notfall auch mit Machtmitteln ökonomischer und militärischer Natur sich Geltung verschaffendes überstaatliches Recht einer auf dem Prinzip des Friedens ruhenden Staatengemeinschaft angesehen werden müssen. ◊ Ein wenig anziehendes Bild des neuen Ungarns, dessen Machtstellung im Osten der Krieg zerstört hat, gibt *K. L. Bayer* in seiner Flugschrift *Ungarns Kampf gegen den Frieden* /Wien, Franz Feitsch/. Wir sehen »ein Volk in Ketten«, das seine Machthaber für den Revanchekrieg zu einem »Volk in Waffen« zu formen sich bemühen. Verschwörungen, Geheimverbände, Banknotenfälschung, unterirdische Rüstung: alles dient dem Ziel das alte Ungarn wiederherzustellen.

Innenpolitik / Hans Simons

Paschtsch † Am 10. Dezember 1926 starb in Belgrad Nikola Paschtsch. Er war 1846 in Zürich geboren, studierte in Zürich Technik und wurde Ingenieur. Er nahm am Türkenkrieg 1876 als Freiwilliger teil. 1881 gründete er die Radikale Partei, die erste eigentliche Volkspartei Serbiens, eine demokratische Gruppe mit sozialistischen Tendenzen, die in scharfer Opposition gegen den König Milan stand. Er floh 1883 eilends ins Ausland, als im Anschluß an einen Bauernaufstand die Gerichte mit härtesten Urteilen gegen seine Partei vorgingen. 1889 wurde er nach der Abdankung Milans von dessen Nachfolger Alexander amnestiert. Er war nun Bürgermeister von Belgrad und Präsident der Skupschtina, 1891-1892 Ministerpräsident, 1893-1894 Gesandter in Petersburg. 1899, nachdem Milan inzwischen nach Serbien zurückgekehrt war, wurde Paschtsch wegen angeblicher Teilnahme an einem unaufgeklärten Anschlag gegen den Exkönig zu 5 Jahren Kerker verurteilt, aber vom König Alexander auf Grund einer feierlichen Ergebenheitserklärung sogleich begnadigt. Er lebte jedoch abermals im Ausland und wirkte von dort an der Beseitigung der Obrenowitsch mit. Seine eigentliche Laufbahn begann nach der Ermordung Alexanders 1903. Er war von 1904 bis 1906 Minister des Äußern, dann mit wenigen Unterbrechungen Ministerpräsident, als solcher Träger der antiösterreichischen Politik, der Verbindung mit Rußland und der großserbischen Pläne, deren Verwirklichung der Weltkrieg gebracht hat. Er überlebte seine große Zeit. 1918 bis 1921 mußte er sich bereits aus der äußern Führerstellung zurückziehen. Trotzdem blieb sein Einfluß bedeutend. 1921 wurde er abermals Ministerpräsident. Aber die serbisch-kroatische Einigung brachte seinen endgültigen Sturz. In den letzten Jahren traten die persönlichen Kämpfe, die durch seine äußeren Erfolge gedämpft worden waren, wieder stärker hervor. Obwohl seine Stellung dadurch erschüttert war, sollte Paschtsch doch den Ausweg aus den politischen Wirren des Jahres 1926 finden. Aber unmittelbar vor seiner Betrauung starb er. Er war ein reiner Politiker, Meister der Technik und Taktik. Schon 1901 lösten sich die entschiedenen Elemente als Jungradikale von seiner Partei ab, die allmählich durch ihre dauernde parlamentarische Machtstellung zur rücksichtslosen Hüterin zentralistischer Autorität und Ord-

nung wurde. Seine großen Erfolge liegen auf außenpolitischem Gebiet. Das eigentliche Problem seines Staates, den wahren serbisch-kroatischen Ausgleich, konnte der serbische Zentralist nicht lösen.

Deutschland Keine andere Entwicklung einer innenpolitischen Frage hat einen so seltsamen Verlauf genommen wie die Fürstenabfindung. 12½ Millionen Eintragungen im Volksbegehren, 14½ Millionen Jastimmen im Volksentscheid; und statt Verwirklichung dieses Willens schließlich das preußische Gesetz vom 15. Oktober 1926 über den Vertrag mit dem Hause Hohenzollern, das trotz manchen Verbesserungen im ganzen das Gegenteil dessen bedeutet, was die öffentliche Meinung, soweit sie sich im Abstimmungsakt überhaupt aktiv geäußert hat, als ihre Forderung ausdrückte. Die Reichsregierung hatte wenigstens nachträglich die Führung wieder übernommen, indem sie dem Reichstag von sich aus den Kompromißentwurf wieder vorlegte, auf den sich die Regierungsparteien bereits geeinigt hatten, um Volksbegehren und Volksentscheid zu vermeiden. Aber die sozialdemokratische Fraktion lehnte es am 1. Juli mit 73 gegen 38 Stimmen ab diesem Gesetz zuzustimmen. Man darf bei diesem Beschluß die Stimmen auch wägen: Die Mehrheit der Parteiführung gehörte zur Minderheit. Ein Vierteljahr später stimmte die Fraktion im Landtag dem preußischen Vergleich zu, der, ganz abgesehen von seinen materiellen Wirkungen, schon in seiner Form ein unvergleichlicher Erfolg des frühern Königshauses gegenüber dem Freistaat Preußen ist. Die Fraktion hatte rechtzeitig der Reichstagsfraktion gegenüber geltend gemacht, daß sie sich dazu werde entschließen müssen. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in dieser Frage ist einer der wichtigsten Gründe für das Scheitern der Großen Koalition, vielleicht weniger im Bewußtsein der handelnden Politiker als im Unterbewußtsein aller Beteiligten. Die Verhandlungen über diese Frage, deren Bedeutung trotz den im Streit stehenden Summen materiell sehr übertrieben wurde, bewiesen jedenfalls eindringlich, auf wie schwachen Füßen die Reichsregierung stand. Eigentümlicherweise wurde das aber in seiner grundsätzlichen Bedeutung erst bei einem viel harmloseren Anlaß erkannt, als nämlich die beiden großen Oppositionsparteien sich Anfang November 1926 gegen die von der Regierung vorgeschlagene Höhe der Erwerbslosenunterstützung aussprachen, und

ein Antrag der Sozialdemokraten mit den Stimmen der Rechten gegen die Regierung angenommen wurde. Das gab dann Veranlassung zu Versuchen der Regierungsmehrheit zu sichern. Es wurden entsprechende Abreden mit den Sozialdemokraten getroffen. Aber gerade sie wurden der Ausgangspunkt der Regierungskrise, die in ihrer Lösung wieder davon abhängig war, daß inzwischen der Konflikt über die Frage der Fürstenvermögen durch die preußische Entscheidung im wesentlichen beigelegt war.

Reichspräsident Auch in anderer Hinsicht bedarf es zu Beginn eines Rückblicks auf die Innenpolitik der letzten Monate der Erinnerung an den Volksentscheid: nämlich für das Verständnis der Rolle, die der Reichspräsident darin gespielt hat. In einem Punkt sind die 14½ Millionen Stimmen sicher sehr eindeutig zu beurteilen: Sie sind eine Absage an den Reichspräsidenten, die dadurch noch nachdrücklicher wird, daß sie fast genau die selbe Zahl aufgebracht hat, mit der er vor 14 Monaten gewählt worden war (14 440 770 gegen 14 655 766). Denn der Reichspräsident hatte sich ausdrücklich gegen den Volksentscheid ausgesprochen. Die unbedingte Autorität, die er am Anfang seiner Amtszeit überall, nicht am wenigsten bei seinen Wahlgegnern, genoß, war durch einige Maßnahmen schon vor dieser Äußerung beeinträchtigt worden. Der an sich nicht weiter wichtige Widerstand gegen das Duellgesetz mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Damals hatte der Reichspräsident als Grund seiner Haltung angegeben, das Gesetz sei nicht verfassungsmäßig zustande gekommen; natürlich lagen da begreifliche persönliche Hemmungen vor. Das selbe Gesetz ist dann aber anstandslos verkündet worden, als es inhaltlich durch ein gleichzeitig erlassenes anderes gegenstandslos geworden war. Dadurch geriet der Reichspräsident in der öffentlichen Meinung in eine schiefe Stellung. Auch in der Flaggenfrage war er schlecht beraten, als er in seinem Brief an den Reichskanzler vom 10. Mai 1926 die Regierung stützte und sich selbst dabei gewissermaßen entschuldigte, so daß die allgemeine Ablehnung des Plans in der Öffentlichkeit unvermeidlich gegen ihn wirken mußte. Am empfindlichsten war aber der Eingriff in den Volksentscheid. Indem der Reichspräsident seinem Wahlmacher von Loebell wunschgemäß einen ihm vorgelegten Briefentwurf unterschrieb, der in scharfen Wendungen ge-

gen das sogenannte Enteignungsgesetz Stellung nimmt, verletzte er zwar kein geschriebenes Gesetz, er brach aber mit der Tradition, die Ebert unter ehrlicher Selbstverleugnung geschaffen hatte. Auch in der Krise, die durch das Scheitern des Abfindungsgesetzes im Reichstag entstand, griff der Reichspräsident ein, freilich veranlaßt durch die Haltung der Reichsregierung, die erwogen hatte den Reichstag aufzulösen oder zu demissionieren. Der Reichspräsident versagte im voraus die Reichstagsauflösung und bat die Reichsregierung gleichzeitig ihre Rücktrittsabsichten aufzugeben. Damit war dem Kabinett ein übliches politisches Druckmittel genommen, das es während der Verhandlungen über das Gesetz noch wirksam hätte verwenden können. Auch in der spätern Krise beeinflusste der Reichspräsident die möglichen politisch-parlamentarischen Konstellationen von sich aus nachdrücklich, indem er seine Aufträge in entscheidenden Punkten einschränkte oder von vornherein auf ein bestimmtes Ergebnis abstellte. Zweifellos entspricht das einer starken, in der Umgebung des Reichspräsidenten besonders wirksamen Tendenz dessen verfassungsmäßige Stellung gegenüber dem Parlament und der Regierung zu verstärken. Das war ja auch einer der Programmpunkte der Deutschen in der Opposition. Dem entsprach der Brief des Reichspräsidenten vom 20. Januar 1927 an den Reichskanzler Marx, der die Regierungsbildung schließlich in unerwarteter Form dekretierte, was, von der sachlichen Richtigkeit seiner politischen Prämissen ganz abgesehen, von der Rechten geradezu begeistert begrüßt wurde. Aber gleichzeitig äußert sich doch auch in der Art der Regierungsbildung, wie sie die letzte Krise kennzeichnete, einfach der Umstand, daß der Reichspräsident selbst die eigentlichen Vorverhandlungen zur Klärung der politischen Kräfteverhältnisse nicht persönlich führen kann, vielmehr auch dafür bereits besondere Beauftragte braucht. Sicherlich ist deren Auswahl und Anweisung sehr wesentlich. Aber andererseits handelt es sich doch um Maßnahmen, die mehr persönlich als sachlich begründet sind und deshalb nicht überschätzt werden sollten. Schließlich ist vielleicht keine Frage des Verfassungslebens so sehr wie die Stärkung der Stellung des Staatsoberhaupts davon abhängig, auf welche Persönlichkeit sie sich im konkreten Fall bezieht. Außerdem leuchten Forderungen jener Art der Opposition mehr ein als den Regierungsparteien. Denn Verschiebungen inner-

halb der Machtverteilung der Regierungsorgane treffen zunächst einmal die Parteien, die in der Regierung sind, die also gegen solche Veränderungen naturgemäß etwas vorsichtig werden.

Deutschland: Die Bemühungen die Basis der Reichsregierung zu erweitern begannen sogleich, nachdem die Krise wegen der Fürstenabfindung abgesagt worden war. Zunächst ging die Initiative von der Rechten aus, deren erstes Ziel eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei war, die von der bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaft im Preußischen Staatsrat ausgehen sollte. Aber die darauf gerichteten Bestrebungen hatten wenig Erfolg. Tatsächlich war ja dieser Weg ungeeignet; denn eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung ist, die andere nicht, ist unmöglich. Das hat sich auch neuerdings gezeigt: Die Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei kamen sogleich ans Ziel, als beide Parteien gemeinsam in der Regierung saßen. Inzwischen erleichterten es manche Umstände den Deutschnationalen auch ohne die Vorstufe einer solchen Zusammenarbeit in die Regierung zu gehen. Ihr Parteitag vom September 1926 war sorgsam bedacht den Weg dahin offen zu halten. Hatte doch die Völkerbundstagung in Genf Deutschland eine so unerwartete internationale Stellung verschafft und bestätigt, daß es auch außenpolitisch wieder Reiz hatte an der Macht zu sein. Auch die Deutsche Volkspartei vermied es auf ihrem Parteitag im Oktober 1926 sich etwa zuungunsten der Deutschnationalen oder gar zugunsten der Sozialdemokraten festzulegen. Aber auf beiden Seiten fehlte es noch an deutlichen Erklärungen. So konnte es im Anschluß an die Übereinstimmung der Regierung in der Frage der Krisenfürsorge noch einmal zu einer provisorischen Regelung kommen, nachdem die Sozialdemokraten in der Stellung freundlicher Neutralität, die sie besonders außenpolitisch nicht verlassen hatten, dadurch gestärkt wurden, daß ihnen ein wenig Mitregierung, Heranziehung zu Vorbesprechungen, Rücksicht auf besondere Wünsche versprochen wurden. Aber die Richtung dieser Übereinkunft war bereits mehr durch den aktuellen Anlaß, ein sozialpolitisches Problem, als durch die allgemeine Tendenz bestimmt. Sie hielt auch bereits bei den leidenschaftlich geführten Verhandlungen über

das Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz- und Schund nicht stand. Das Gesetz wurde am 3. Dezember 1926 mit 250 gegen 158 Stimmen angenommen. Dabei taten sich die kulturpolitischen Gegensätze besonders zwischen Sozialdemokratie und Zentrum sehr weit auf, während sich das gegenseitige Verständnigerade zwischen Zentrum und Deutschnationalen als weiter wirksam erwies. Das Gesetz selbst ist, wie es manchen Akten der Legislative geht, in der öffentlichen Polemik nach seinen guten wie bösen Folgen maßlos überschätzt worden. Seine wesentliche Bedeutung dürfte darin liegen, daß es die stärkste innere Ursache zur Krise wurde, für die wieder der äußere Anlaß, nämlich die berühmte Insterburger Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei vom 5. Dezember 1926, weit überbewertet wurde, weil die Sozialdemokratische Partei sie taktisch zum Ausgangspunkt dafür nahm aus den unklaren Mehrheitsverhältnissen herauszukommen. Sachlich richtig hat die Partei diese Bemühungen dadurch verstärkt, daß sie im Lauf der Verhandlungen über die Große Koalition die Neubildung des Kabinetts und dazu den Rücktritt der Reichsregierung forderte. Taktisch freilich muß man diesen Beschluß anders beurteilen; er hat zu so starken Verstimmungen geführt, daß seine besänftigende Wirkung auf die Opposition in der Partei dadurch aufgewogen wurde. Dazu kam dann die Rede Scheidemanns über die Reichswehr, ein unglücklicher Versuch durch nachträglichen Tadel zu ersetzen, was an rechtzeitigen politischen Gegenmaßnahmen gefehlt hat. Kurz, die Große Koalition war totmanövriert, ehe sie noch offiziell Gegenstand der Verhandlungen war. Offenbar aus einem allgemeinen Gefühl heraus, daß die eigentliche Entscheidung schon gefallen sei, wurde die Regierungskrise mit bemerkenswerter Behaglichkeit erledigt. Am 17. Dezember 1926 wurde das sozialdemokratische Mißtrauensvotum mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen. Am 27. Januar 1927 wurden die neuen Minister vom Reichspräsidenten ernannt. Wirklich wichtig ist in den 1½ Monaten der Krise nur das Verhalten des Zentrums, von dem man sagen darf, daß die durch die Umstände gegebene glänzende Rolle politisch trefflich besetzt gewesen ist. Denn die Bedingungen, unter denen die Deutschnationalen in die Regierung eintraten, 2 Jahre nachdem sie schon einmal ohne Bedingungen in die Regierung eingetreten waren, sind das Maximum

dessen, was von einer Oppositionspartei, die zur Mitarbeit übergeht, überhaupt zugestanden werden kann. Es ist ein Verdienst des Zentrums, daß es den Wandel der Deutschnationalen von einer staatsfeindlichen zu einer staatsstreuen Opposition, von reaktionären Royalisten zu republikanischen Konservativen, der sich im Lauf der letzten Jahre schon vorbereitet hatte, mit so viel Zähigkeit und Geschick im entscheidenden Augenblick zu einem weit sichtbaren großen Auftritt auf der politischen Bühne gemacht hat. Seine Stellung in der neuen Koalition bleibt unvergleichlich stark. Besonders wenn die Verbindung mit der Bayerischen Volkspartei nicht zu eng wird. Denn dann bleibt das Kennzeichen der innenpolitischen Lage, daß die Koalition nach links genau so gut möglich ist wie die nach rechts. Darauf hat das Zentrum in den Verhandlungen und erst recht in seinen ersten Erklärungen zur neuen Regierung höchst geschickt Rücksicht genommen. Gerade die taktischen Fehler der letzten Monate haben nur deutlicher werden lassen, daß eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob in Deutschland mit einer Mehrheit nach rechts oder nach links regiert werden muß, nicht gefallen ist. Fest steht nur wieder, daß es keine Regierung ohne Mitte gibt, also keine Koalition ohne ausschlaggebenden Einfluß des Zentrums. Es war daher auch im innern Sinn richtig, daß das Zentrum den Posten des Reichskanzlers besetzte.

Das Kabinett kam nicht ohne personelle Schwierigkeiten zustande. Seine endgültige Form ist folgende: Präsidium Wilhelm Marx (Zentrum), Äußeres Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei), Inneres Walter von Keudell (Deutschnationale Volkspartei), Finanzen Heinrich Köhler (Zentrum), Wirtschaft Julius Curtius (Deutsche Volkspartei), Arbeit Heinrich Brauns (Zentrum), Justiz Oskar Hergt (Deutschnationale Volkspartei), Wehrmacht Otto Geßler (parteilos), Post Georg Schätzel (Bayerische Volkspartei), Verkehr Wilhelm Koch (Deutschnationale Volkspartei), Ernährung Martin Schiele (Deutschnationale Volkspartei).

Es ist immerhin bemerkenswert, daß dieses Kabinett das vollständigste und verständigste Regierungsprogramm aufstellt hat, das bisher von der Reichstagstribüne herab verkündet worden ist. Über Taten ist noch nichts zu berichten. Einige Tatsachen sind aber anzumerken, deren Klärung als Folge der Regierungsbildung zu begrüßen ist. Die Deutsche Volkspartei ist aus der Rolle, die sie

taktisch eine Weile zu spielen vermochte, an den ihr innerlich und äußerlich zukommenden Platz verdrängt worden. Sie unterscheidet sich heute im Mangel an selbständigem Programm, natürlichem oder ideologischem Zusammenhalt kaum mehr von der Wirtschafspartei. Der Reichsminister Geßler ist aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgetreten. Die Opposition, zu der sich die Demokratische Partei der Regierung gegenüber entschloß, wird dadurch erleichtert; aber auch hier ist noch nichts über Taten zu berichten.

Severing

Am 6. Oktober 1926 trat Carl Severing aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amt als preußischer Innenminister zurück. Glücklicherweise hat er inzwischen seine politische Tätigkeit wieder aufgenommen, so daß man ihm als Politiker nicht (wie es mancher allzu gern gesehen hätte) einen Nachruf zu schreiben braucht. Wohl aber verlangt der Abschnitt der preußischen politischen Entwicklung, der durch seinen Namen gekennzeichnet ist, einen Rückblick. Seit dem 29. März 1920 war Severing, nur mit Unterbrechung von April bis November 1921, wo im Kabinett Stegerwald Dominicus Innenminister war, dauernd im Amt. Er hat sich allgemeine Achtung erworben, ohne je seinen Standpunkt als Staatspolitiker der Linken verlassen zu haben. In den Respekt seiner Gegner mischten sich darum auch Furcht und Zorn, die als Echo eines lebendigen Willens nie ausbleiben dürfen. Die großen Aufgaben des preußischen Innenministers waren die Umstellung der Verwaltung bei Wahrung und Festigung der Staatssicherheit und Staatsmacht und die möglichst weitgehende gegenseitige Anpassung der Staatsgewalt Preußens und des Reichs. Zur Lösung der ersten Aufgabe bedurfte es großer personeller Veränderungen. Daß dabei nicht immer alle Erwartungen erfüllt werden konnten, was niemand besser wußte als Severing selbst, ist eine Folge jahrzehntelanger Entwicklung. Für manchen Mißerfolg linksgerichteter Verwaltungsbeamten wird man Parteiinstanzen, für die Schwierigkeit des Personalproblems überhaupt die Selbstsucht der Bureaucratie des alten Systems und den Dresdener Parteitag von 1903 verantwortlich machen können, aber nicht den Minister Severing; denn niemand hat einen Fall zu nennen gewußt, wo der schlechte Mann genommen worden wäre, während ein besserer zu haben war. Den Aufgaben

dieser Personalpolitik konnte jedenfalls nur ein Mann gewachsen sein, dessen unbedingte Selbstlosigkeit ebenso fest steht wie seine Fähigkeit den Ausgleich widerstreitender Interessen zu finden. Wie wenig im ganzen durch diese Verbindlichkeit die Energie und Eindeutigkeit der Entschlüsse beeinträchtigt wurde, zeigt beispielsweise der Aufbau der Schutzpolizei, die in den selben Jahren, in denen sich die Reichswehr immer mehr von der allgemeinen Entwicklung abschloß, zu einem unmilitarisierten, aber disziplinierten Machtmittel der preußischen Staatsregierung geworden ist und auch dem Reich als wichtiger Rückhalt zur Verfügung steht. Daß die Schonung traditioneller Interessen auch bedenklich sein kann, zeigt andererseits die Nachsicht den preußischen Kreisblättern gegenüber, deren bedenklicher Einfluß auf die preußische Innenpolitik unbestreitbar ist. Was aber den Mangel an Erfolgen gegenüber der Reichswehr betrifft, so liegen die tieferen Gründe hierfür außerhalb des Persönlichen, während die Erfolge, die aufzuzählen angesichts der Lage der Dinge unnötig ist, zurechenbares persönliches Verdienst bleiben.

Reichswehr Man hat es mit Recht als einen Beweis für die Stärke des neuen Staates erklärt, daß er 2 Ereignisse wie den Rücktritt Severings und die Entlassung Seeckts ohne Erschütterung überstanden hat. Aber zugleich hat sich die bedenkliche Schwäche der Konstruktion, die der Chef der Heeresleitung geschaffen hat, im Gegensatz zu der Stärke der preußischen Staatsverwaltung doch deutlich gezeigt. Zunächst mag die Kritik an der Reichswehr dadurch geweckt worden sein, daß niemand verstehen wollte, warum der Reichswehrminister, der sich so oft schwach gezeigt hatte, eigentlich nicht immer stark sein konnte, wenn er es in diesem Fall war, gleichgültig ob aus eigener Kraft. Aber tatsächlich ist eine Flut von Mißbegehren und berechtigtem Mißtrauen frei geworden, als durch die Verabschiedung Seeckts die Bindung fortfiel, die aus den Tagen des Lüttwitzputsches für die Parteien der Linken und der Mitte diesem General gegenüber bestand. Man kann in wenigen Zügen nachzeichnen, daß die Entwicklung zu diesem Zustand nicht immer ganz so klug gewollt war wie es die Zivilisten den überschätzten Generalstäblern zutrauen. Es sind Fehler auf beiden Seiten gemacht worden; aber sie konnten nur so wirken, weil sie auf besondere Voraussetzungen trafen. Die gesamte

Organisation der Nebentruppe, die in den verschiedensten Formen bestanden hat und mit dem Namen Schwarze Reichswehr bezeichnet worden ist, hat von der wichtigen und notwendigen Arbeit der Waffenerfassung ihren Ausgang genommen. Dafür kamen aber, wenn einmal der Reichswehr diese Aufgabe übertragen war, nur rechtsgerichtete Helfer in Betracht; denn Waffenvorräte waren nach der einseitig durchgeführten Entwaffnungsaktion des Staatskommissars Peters im wesentlichen nur noch auf dem Land und in den Händen rechtsstehender Personen, die sie freiwillig nur ihren Gesinnungsgenossen auslieferten. Dadurch war aber die Richtung dieser Organisationen gegeben; alles andere, nicht zuletzt die Beziehungen der Rechtsverbände zu den Werbeoffizieren, hängt unmittelbar damit zusammen. Andererseits helfen alle Reformmaßnahmen nichts, wenn es nicht gelingt auch Anhänger der Linksparteien so zahlreich in die Reichswehr zu bringen, daß sie dort nicht isoliert sind. Das ist nicht einmal versucht worden. Es wäre eine Aufgabe für das Reichsbanner geeignete Bewerber zu präsentieren und zu unterstützen. Freilich fehlt es inzwischen an den nötigen Freistellen. Damit stößt man auf die außenpolitischen Gründe des ganzen Zustands, die in dieser Rundschau nicht zur Erörterung stehen.

Totenliste Am 21. Juni 1926 starb in Berlin *Richard Fischer*, 71 Jahre alt. Was er für die Sozialdemokratische Partei und die Parteipolitik bedeutete, ist hier schon ausführlich beschrieben worden. In der allgemeinen Politik trat er weniger hervor. Doch war und blieb er seit 1893, wo der 2. Berliner Wahlkreis ihn zum erstenmal in den Reichstag entsandte, einer der deutschen Parlamentarier. Nach dem Novemberumsturz gehörte er auch der Nationalversammlung und dann dem Reichstag der Republik an.

In der Nacht zum 6. November starb der frühere schwedische Minister *Carl Swartz*, im Alter von 68 Jahren. Er war eine führende Persönlichkeit des politischen wie des kulturellen Lebens Schwedens. Besondere Verdienste erwarb er sich vor allem im Jahr 1917 als schwedischer Ministerpräsident.

Am 24. Dezember starb der 122. Kaiser von Japan, *Joschihito Taischo*. Er war am 31. August 1879 geboren, kam 1912 nach dem Tod seines berühmten Vaters Mutsuhito auf den Thron, mußte aber 1921 wegen schwerer Erkrankung seinen Sohn Hirohito als Regenten einsetzen.

Kurze Chronik Am 31. Oktober 1926 fanden in *Sachsen* die Landtagswahlen statt. Das Ergebnis ist folgendes: Von 2 358 263 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 758 005 (31 Mandate), die Kommunistische Partei 342 382 (14), die Deutschnationale Volkspartei 341 153 (14), die Deutsche Volkspartei 292 085 (12), die Wirtschaftspartei 237 626 (10), die Deutsche Demokratische Partei 111 467 (5), die Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 98 479 (4), die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens 97 885 (4), die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 37 725 (2), das Zentrum 24 089 (0), die Völkisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft 10 356 (0); zersplittert waren 7014 Stimmen. Nach verschiedenen, durch die Zahlenverhältnisse bedingten vergeblichen Wahlgängen wurde der alsozialdemokratische Abgeordnete Heldt wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Er ernannte den bisherigen Finanzminister Dehne zum Minister des Innern und zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten, den Abgeordneten Weber zum Finanzminister und den Abgeordneten Wilhelm zum Wirtschaftsminister und bestätigte die Minister Bünger, Kaiser und Elsner in ihren bisherigen Ämtern. ◊ Am 30. Januar 1927 wurde in *Thüringen* zum Landtag gewählt. Auf die Einheitsliste entfielen dabei 270 526 (bei der letzten Wahl 333 530) Stimmen, auf die Sozialdemokratische Partei 253 753 (250 364), auf die Kommunistische Partei 113 470 (107 830), auf die Wirtschaftspartei 75 500 (34 416), auf die Nationalsozialisten 27 918, auf die Demokraten 25 126 (43 118), auf die Aufwertungspartei 22 156, auf die Völkischen 9147. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Einheitspartei 19, Sozialdemokraten 18, Kommunisten 8, Wirtschaftspartei 5, Nationalsozialisten 2, Demokraten 2, Aufwertungspartei 1, Völkische 1. Es ist bemerkenswert, daß dabei die Völkischen auf Grund der Zurechnung von Reststimmen aus der Listenverbindung mit den übrigen Rechtsparteien einen Sitz erhielten, ohne einen aus eigener Kraft aufgebracht zu haben. Zum Landtagspräsidenten wurde der Sozialdemokrat Leber gewählt. ◊ Am 5. Februar fand in *Hessen* der Volksentscheid über die Auflösung des hessischen Landtags statt. Das Ergebnis war die Ablehnung des Antrags mit 219 453 Stimmen der Weimarer Parteien gegen 202 657 Stimmen des Wirtschafts- und Ordnungsblocks und der Kommunisten. Das Stimmenverhältnis bei

der letzten Landtagswahl für die gleichen Gruppen war 373 793 gegen 251 339. ◊ In der *Schweiz* wurde der bisherige Vizepräsident des Bundesrats Giuseppe Motta für das Jahr 1927 zum Bundespräsidenten gewählt. Vizepräsident wurde der Bundesrat Schultheß. ◊ In *Italien* wurde der 28. Oktober, der Jahrestag des Marsches der Fascisten auf Rom unter der Führung Mussolinis, als amtlicher Feiertag bestimmt. ◊ In *Griechenland* fanden am 7. November 1926 die Wahlen für die Kammer statt. Sie stellten den Versuch des Generals Kondylis, der den Diktator Pangalos stürzte, dar die seit Ende 1924 in Griechenland bestehende Diktatur zu beseitigen und das Land wieder zur Demokratie zurückzuführen. Der Wahlkampf spielte sich zwischen den Royalisten und den Republikanern ab, ging also um die Staatsform. Das Ergebnis war der Sieg der Republikaner. Das neue Kabinett, das am 4. Dezember vereidigt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium Saimis, Außenminister Michalakopulos, Inneres Zaldaris, Finanzen Kafandaris, Landwirtschaft Papanastasiu, Wohlfahrt Merkuris, Unterricht Argeros, Krieg General Masarakis, Marine Kanaris, Verkehr Matary. ◊ Am 22. Februar 1927 blickte das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* auf 3 Jahre des Bestehens zurück. Das Ereignis wurde im ganzen Reich durch eine Werbeweche und öffentliche Veranstaltungen gefeiert, deren Verlauf bewies, daß selbst die Trennung der am Reichsbanner beteiligten Parteien in Regierungs- und Oppositionsgruppen die Einheit des Reichsbanners nicht zu zerstören vermocht hat, so stark die Schwierigkeiten in einzelnen Fällen auch sein mögen. Dies ist dem vorsichtigen und verständigen Verhalten des Reichsbannervorsitzenden zu verdanken, beruht aber auch auf der Tatsache, daß die Angehörigen der Parteien sich mit den Entscheidungen ihrer Vertreter im Parlament durchaus nicht identifizieren, auch wenn sie, wenigstens solange das Listenwahlrecht besteht, bei Neuwahlen nach den Parolen der Parteileitung abstimmen müssen.

Literatur

Von der Verantwortung der Wissenschaft für das politische Schicksal Deutschlands nennt *Ernst Schuster* eine Rede, die erstaunlicherweise in die Sammlung *Philosophie und Geschichte* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ aufgenommen ist, obwohl weder ihr bombastischer Vortrag noch ihre verschwommenen Unfertigkeiten die Überlieferung über eine gegebene Gelegenheit hinaus rechtfertigen können.

Sozialistische Bewegung / Karl Thieme

Internationale Die Tagung der Leitung der Internationale in Paris vom 11. bis zum 13. Februar stand organisationstechnisch im Zeichen der endgültigen Liquidation der sogenannten Zweieinhalbten Internationale; zum erstenmal nahmen die Schweizer Genossen wieder an der gemeinsamen Tagung teil. Ein Aufnahmegesuch der isländischen Sozialdemokratie wurde genehmigt. Die Tagung war vor allem darauf bedacht zu verhindern, daß der Bolschewismus die Begeisterung der Arbeitermassen Europas für den chinesischen Befreiungskampf dazu ausnutzt, um Wasser auf seine Mühlen zu leiten. So forderte ein Manifest, das die Tagung herausgab, vor allem andern »Rückberufung der fremden Truppen und Kriegsschiffe, uneingeschränkte Souveränität für das chinesische Volk, Aufhebung aller ungleichen Verträge, Aufhebung der Konzessionen und der Exterritorialitätsprivilegien, Unabhängigkeit des chinesischen Zoll- und Preisregimes«. Der chinesische Sozialdemokrat Jang Kantao hatte übrigens die Erklärung abgegeben, daß von einer Bolschewisierung Chinas keine Rede sein könne. War man also hier einig, so zeigte sich die schon früher beobachtete Schwierigkeit in europäischen Fragen zusammenzugehen (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 500) vor allem in der Behandlung der deutsch-polnischen Differenzen. Zwar wurde natürlich die »Herstellung friedlicher wirtschaftlicher und politischer Beziehungen« zwischen Deutschland und Polen als allgemeine Forderung aufgestellt, aber irgendeine konkrete Stellungnahme zum Konflikt zwischen den beiden Staaten vermißt man. Leicht war aber die Einigung gegen den Fascismus und alles, was mit ihm in einen Topf geworfen wird. Die Ereignisse in Litauen, die monarchistische Bewegung in Ungarn, die außerordentlich verschiedenartigen Bewegungen in Albanien und Rumänien, sie alle werden als fascistisch bekämpft, zusammen mit dem italienischen Fascismus, von dem gesagt wird, daß sein »terroristischer Raubbau alle Schrecken des russischen Zarismus der Vorkriegszeit bei weitem übertrifft«; die Schrecken des bolschewistischen Regimes wurden, wie gewöhnlich, mit Still-schweigen übergangen. Schließlich nahm man für die »Arbeiter- und Bauernregierung« Mexicos gegen den amerikanischen Erdölkapitalismus Stellung. Das Manifest gipfelt in den Worten: »Nieder mit den Kriegsrüstungen! Nieder mit dem

raubgierigen Imperialismus! Nieder mit der fascistischen Gewaltherrschaft! Es lebe der internationale Sozialismus!« Dieser bekundet aber keinen besonders starken Zusammenhang in einem Augenblick, da er sich auf solche allgemeinen Forderungen beschränken muß.

Sachsen und Thüringen Die letzten Wahlen in Sachsen und Thüringen haben den wirren Verlauf der sozialistischen Bewegung in Mitteldeutschland für einen Augenblick schlaglichtartig beleuchtet; aber nur wenige haben das seltsame Bild, das sich da bot, zu deuten verstanden. Auszugehen ist zunächst von den folgenden Zahlen: Für das Volksbegehren brachte Sachsen 1 541 066, Thüringen 422 680 Stimmen auf, beim Volksentscheid beide noch etwas mehr; bei den Landtagswahlen Sachsen am 31. Oktober 1926 758 005 sozialdemokratische, 342 382 kommunistische, 97 885 altsozialdemokratische Stimmen, Thüringen am 30. Januar 1927 253 753 sozialdemokratische und 113 470 kommunistische Stimmen, also 12 % weniger als für das Volksbegehren, während in Sachsen sogar 20 % Differenz vorliegen. Wer die sächsischen Verhältnisse kennt, dem besagen diese Zahlen außerordentlich viel, besonders wenn er noch dazu weiß, daß bei der Landtagswahl ein Gesamt-rückgang der sozialdemokratischen Stimmen um fast 76 500 gegenüber der Reichstagswahl im Dezember 1924 zu verzeichnen war. In der sächsischen Arbeiterschaft ist eine ungeheure Übersättigung gegenüber dem Phrasenschwall der sogenannten Radikalen vorhanden; aber die »staatspolitischen« Altsozialdemokraten zeigten auch keine politische Linie und versagten im Psychologisch-Taktischen, waren daher nicht imstande das Gros der Verärgerten auf neue Wege zu leiten, veranlaßten vielmehr gerade viele der Besten zur demonstrativen Stimmenthaltung. Die Geschichte des sächsischen Konflikts ist lang und unerquicklich. Hauptetappen waren die verfehlte Politik Erich Zeigners im Jahr 1923 in der Koalition mit den Kommunisten; der Reichswehreinmarsch; das Interregnum Heinze; der erfolgreiche Versuch dieser Diktatur durch eine Regierung der Großen Koalition ein Ende zu machen, Ministerium Heldt; die Abspaltung einer »radikalen« Fraktionsminderheit, die die Presse und damit die Massen in ihre Hände bekam; der Heidelberger Einigungsbeschluß, der die Fraktionsmehrheit verpflichtete einer vorzeitigen Auflösung des Landtags zu-

zustimmen, wenn politische Gründe sich dafür ergäben; der Versuch der Fraktionsminderheit solche politischen Gründe durch Agitationsanträge, die abgelehnt werden mußten, in die Welt zu setzen; die Ablehnung der Fraktionsmehrheit solches unschöne Spiel mitzumachen; der Bruch. Im Frühjahr 1926 begann die Fraktionsmehrheit, die auf offiziellen Parteiversammlungen längst nicht mehr unabhängige Redefreiheit besessen hatte, eigene Versammlungen abzuhalten, ein Mitteilungsblatt und bald darauf eine Zeitung Der Volksstaat herauszugeben. Zum Redakteur wählten sie nun einen Vertreter jenes Linksnationalismus, dessen kurzfristige, vermeintlich nationale Politik hier schon in der Rundschau Nationale Bewegung (1926 Seite 709 und folgende) beleuchtet worden ist. Dieser Schritt ließ offenbar werden, daß die Leitung der neuen Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens weder Feingefühl für die Stimmung der Massen besaß noch taktische Gewandtheit hatte. Daß sich trotzdem bei den Landtagswahlen nahezu 100 000 Stimmen für diese Partei zusammenfanden, zeigt erst, wie tief die Verstimmung gegen die Scheinradikalen gerade bei alten wirklichen Parteigenossen eingewurzelt war (es haben fast keine Frauen altsozialdemokratisch gewählt, wie in verschiedenen Wahllokalen festgestellt wurde). Bei den 14 Tage später vorgenommenen Gemeindevahlen ging die Stimmenzahl der Alten Sozialdemokratischen Partei auf knapp 50 000 zurück. Unter solchen Umständen ist es fraglich, ob und wie lange sie überhaupt ein Gegengewicht gegen den sächsischen Pseudoradikalismus bilden kann. Jedenfalls muß sie ihre geistigen und taktischen Ungeschicklichkeiten schleunigst wieder gutmachen, wenn sie weiterhin noch eine Rolle in der sächsischen Politik und im sächsischen Sozialismus spielen will. Die thüringischen Wahlen zeigen eine beträchtlich günstigere Zahlenbewegung und doch auch nicht eine so positive, wie man sie in weiten Kreisen erwartet hatte. Auch hier hat man noch für Sünden eines "Radikalismus" von 1923 zu büßen, die hoffentlich in der Arbeit einer Großen Koalition verschwinden werden.

Belgien Anfang Juni 1926 tagte in Brüssel der 37. Parteitag der belgischen Arbeiterpartei. Die Mitgliederzahl der Partei ist seit dem vorigen Jahr etwas zurückgegangen, allerdings nur in den wallonischen Landesteilen; sie beträgt jetzt etwa 599 000, gegen 626 000 im Jahr 1925. Die belgi-

sche Partei ist eigentümlich organisiert: Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen gehören ihr als Kollektivmitgliedern an. Dadurch rechnen oft Männer zur Partei, die politisch den Klerikalen, Kommunisten usw. anhängen. Es wurde auf dem Parteitag beschlossen, daß Parteivorstand und Gewerkschaftskommission dem nächsten Kongreß Änderungsansätze unterbreiten sollen, durch die die hieraus resultierenden Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Eng verbunden mit dem Organisationsproblem ist das der Parteidisziplin, das ebenfalls erörtert wurde. In nächster Zeit soll ein besonderer außerordentlicher Parteitag zum Zweck der Programmdiskussion einberufen werden, da das Programm dringend einer Erneuerung bedarf. In einer großen Rede erklärte Vandervelde, daß die Partei trotz den reaktionären Bestrebungen der kapitalistischen, besonders der Bankkreise, die die Währungssanierung zu Fall gebracht hätten, an der neuen Regierung teilgenommen habe, um weitere Inflation zu verhindern. Auch in Belgien gibt es natürlich "radikale" Gruppen in der Partei, die den Rücktritt der Sozialisten aus der Regierung fordern. Diese Forderung wurde im August akut, als zum Zweck der Währungssanierung ein Ermächtigungsgesetz dem Ministerium außerordentliche Vollmachten verleihen sollte. Die Linke verlangte Ablehnung dieses Gesetzes respektive Rücktritt der sozialistischen Minister. Ein Parteibeschuß sollte entscheiden. Daraufhin erklärte Vandervelde, falls er durch solchen Beschluß gezwungen werden sollte sein Ministeramt niederzulegen, trete er zugleich von seinem Abgeordnetenmandat zurück, das er seit 30 Jahren innehatte. Die nun zunächst für 8 Tage verschobene Parteiabstimmung fiel, unter dem Druck dieser Drohung, dann in seinem Sinn aus. So konnte Vandervelde beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf seine langjährige ministerielle Arbeit im Interesse des Friedens hinweisen.

Jugendinternationale Vom 26. bis zum 28. Mai 1926 tagte in Amsterdam der 2. Internationale Sozialistische Jugendkongreß, den 16 Länder

beschickt hatten, darunter Rußland durch einen jungen Genossen, der erst kürzlich aus der Gefangenschaft dort entflohen war. Man sprach vor allem über die Bedeutung der Kulturarbeit in der sozialistischen Jugendbewegung. Der Referent Ollenauer betonte, daß jetzt die Zeit sei den neuen Menschen zu for-

men, der den Sozialismus möglich machen sollte. Die Jugendbewegung müsse Wege für das Erleben des Sozialismus schon in der gegenwärtigen Generation finden. Daß dies innerhalb unserer Gesellschaft möglich sei, wird von einigen Rednern bezweifelt. Kimml /Wien/ referierte über internationalen und nationalen Kampf für unser Jugendschutzprogramm. Es handle sich dabei im wesentlichen um Ausbau der Berufsberatung, gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden, Erringung eines Erholungsurlaubs für Jugendliche und Kontrolle des Lehrlingswesens durch Arbeiterjugendinspektoren. Pitt-Voogd sprach im Anschluß daran über Berufsschulwesen; er forderte obligatorischen Besuch der Berufsschule und deren Ausgestaltung, Einrechnung der Pflichtschulzeit in die Arbeitszeit. Dann wendete sich die Diskussion wieder geistigen Fragen zu. Lindström /Stockholm/ erörterte die Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit der Jugend als Mittel sozialistischer Friedenspolitik. Die Jugend müsse durch Vertiefung ihres weltpolitischen Verständnisses die Friedensarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft unterstützen, die einer der Hauptfaktoren zur Wahrung des Weltfriedens geworden sei. Das zeige sich auch darin, daß Rußland und Amerika, wo die sozialistische Bewegung einflußlos ist, noch jetzt dem Völkerbund fernstehen. Tetley /England/ machte einige praktische Vorschläge zur Stärkung der Verbindung zwischen den nationalen Organisationen. Westphal /Deutschland/ sprach über das Verhältnis der sozialistischen Jugendverbände zu den sonstigen Jugendpflegeorganisationen. In dem Reichsausschuß der deutschen Jugend, einer Art Jugendparlament, haben diese Verbände ebenso wie an anderen, praktische Ziele anstrebenden Vereinigungen teilgenommen und dort die Aufstellung eines sozialpolitischen Jugendprogramms durchgesetzt. In gleicher Weise beteiligten sich die jungen Sozialisten an der Jugendwohlfahrtspflege, Filmprüfung usw. De Graeve /Belgien/ ist zwar auch für Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, wo sie praktisch nützlich sein könne, will aber die geistige Selbständigkeit gewahrt wissen, so in den Erziehungsfragen. In den zum Schluß angenommenen Resolutionen wird der russischen und italienischen sozialistischen Jugend im Kampf für ihre Befreiung von Bolschewismus und Fascismus jede Unterstützung zugesichert. Die Jugendinternationale soll einmal im

Jahr an einem bestimmten Tag in der ganzen Welt für den Völkerfrieden demonstrieren. Die nächste Aussprache der Führer soll im Frühjahr 1927 in Kopenhagen, der nächste Kongreß 1929 in Wien stattfinden. Heinz /Österreich/ wurde an Stelle Pitt-Voogts, dem besondere Ehrungen zuteil werden, zum Vorsitzenden gewählt.

Zugleich mit der Arbeiterjugend hatten die sozialistischen Studenten in Amsterdam eine Konferenz veranstaltet. Man will eine engere Verbindung der beiden Organisationen schaffen, zu der hier die Vorarbeit geleistet wurde. Die größte Anzahl unter den sozialistischen Studenten weist Österreich mit 1800 Mitgliedern auf, dann folgt Deutschland mit 800. Ein besonderes Referat galt den Beziehungen zwischen der Studentenorganisation, die künftig Internationale Sozialistische Studentische Föderation heißen wird, und der schon länger existierenden Confédération Internationale des Etudiants. Bahmann /Österreich/ referierte über sozialistische Hochschulpolitik. Zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees wurde Otto Friedländer /Deutschland/ gewählt.

Auf den jungen Sozialisten der verschiedenen Richtungen ruht unsere größte Zukunftshoffnung. Ist die Bewegung auch noch schwankend in ihren Zielen, so scheinen sich doch aus ihrer Mitte glaubensfreudige, suchende und wollende Kräfte zu lösen, für die der Sozialismus noch ein lebendiges Ideal bedeutet. Gerade für die Jugend, deren Geist noch nicht in festgelegten Programmen erstarrt ist, ist auch der internationale Zusammenschluß von höchstem Wert, da er eine gegenseitige Befruchtung durch die verschiedenen Temperamente der Nationen bewirken und aus der Enge hergebrachter Vorurteile befreien kann.

Totenliste Am 5. Mai 1926 starb in Stockholm, im Alter von 60 Jahren, *Fredrik Wilhelm Thorsson*, nach Branting der bedeutendste unter den schwedischen Sozialisten. Er war ursprünglich Schuhmacher, zeichnete sich schon als junger Mensch durch seine Intelligenz und Entschlossenheit aus. Er stieg bald in der Partei zu den höchsten Würden, bis er in dem sozialistischen Kabinett Finanzminister wurde und sich da als Finanzmann von Qualität erwies. Es gelang ihm Schwedens Finanzverhältnisse zu sanieren und die Goldwährung wieder einzuführen. Nun sind die beiden Begründer der schwedischen Sozialdemokratie: Branting und Thorsson, dahingegangen.

In Moskau starb am 20. Juli, 49 Jahre alt, *Felix Dzierzinski*, der Leiter der abgekürzt Tscheka genannten Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution (die jetzt Politische Staatsverwaltung heißt), und seit einigen Jahren Präsident des Obersten Volkswirtschaftsrats der sogenannten Sowjetunion. An Dzierzinskis Namen knüpfen sich die grauenvollsten Erinnerungen der Bolschewistenherrschaft. Die Tscheka hat nächst Spekulanten und Verbrechern, die sich zu Tausenden in das bolschewistische Beamtentum drängten, Scharen der besten, ehrlichsten Freiheitsfreunde, die erprobten Kämpfer des russischen Sozialismus getötet, in den bolschewistischen Kerkern verderben und sterben lassen, in die Verbannung verschickt. Sie war im wahrsten Sinn das Grab der russischen Freiheit. Dzierzinski war Pole, trat schon früh in die russische sozialdemokratische Bewegung ein, in der er stets auf dem bolschewistischen Flügel stand, und brachte Jahre seines Lebens in zaristischen Gefängnissen zu. Er war ein unermüdlicher Arbeiter und Organisator. Deshalb wurde er ausersehen die zerstörte Wirtschaft wiederaufzubauen, eine Aufgabe, die nicht gelingen konnte. Die letzte, in der Prawda veröffentlichte Rede Dzierzinskis legte in schärfsten Worten den jammervollen Zustand der russischen Wirtschaft bloß. Die Regierung veranstaltete bei seiner Leichenfeier das übliche Gepränge. Er wurde hinter dem Leninmausoleum beigesetzt.

Am 18. November starb *Paul Lensch* in Berlin, im Alter von 53 Jahren. Er leitete vor dem Krieg, als einer der "Radikalsten", die Leipziger Volkszeitung, kämpfte gegen den Revisionismus, war der schärfste Gegner der Sozialistischen Monatshefte. Beim Kriegsausbruch wollte, er noch die Kriegskredite verweigert sehen. Wenige Tage später machte er eine radikale Schwenkung, wurde extremer Nationalist, trat, in sicherer Erwartung eines deutschen Sieges, für deutsche Annexionen ein, verhöhnnte die »Flause« des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, wollte erst recht nichts von dem Recht der Elsässer und Lothringer wissen und wurde schließlich, wie dann so viele Intellektuelle, von Oswald Spengler fasziniert. Nach dem Krieg redigierte er, von Stinnes gewonnen, die Deutsche Allgemeine Zeitung, ohne sich übrigens offiziell von der Sozialdemokratischen Partei loszusagen. Es wäre verfehlt Lensch mit dem einfachen Schlagwort des Renegaten abzutun. Handelte es sich bei seinen Wandlungen doch um Vorgänge auf

geistigem Gebiet, die daher auch nur geistig, allenfalls psychologisch, aber nicht durch Beweggründe materieller Interessiertheit zu erklären sind. Es liegt kein Anlaß vor die Ehrlichkeit seiner Überzeugungen in Zweifel zu ziehen.

Der Tod *Richard Fischers* am 29. November hat hier bereits zu einer aufrührlichen Würdigung der Persönlichkeit und der Leistung des Verstorbenen durch Eduard Bernstein Anlaß gegeben (*Richard Fischer zum Gedächtnis*, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 671 und folgende). Was Fischer noch besonders auszeichnete, war seine enge Verbundenheit mit Ignaz Auer, dem unersetzten und unersetzlichen Führer unserer Partei, den er fast 20 Jahre überlebt, und dem er stets und überall die Treue bewahrt hat.

Am 27. Dezember starb *Fritz Zubeil*, im Alter von 79 Jahren. Seine große Zeit war die Jugendperiode der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Seit 1893 war er Mitglied des Reichstags. Er gehörte zur Gattung der unentwegten "Radikalen", die, theoretisch unbeschwert, es gewohnt waren reformistische Politik zu verurteilen und vor ihren Gefahren auch dann noch warnten, als die Partei lange ihre Oppositionunschuld verloren hatte, und jede Prophezeiung gegenstandslos geworden war. Es war aber immer durchaus ehrliche Überzeugung, die Zubeil 4 Jahrzehnte hindurch das nämliche vertreten ließ.

Am 24. Januar 1927 starb in Berlin, fast 54 Jahre alt, *Richard Strehl*, lange Zeit Expedient des Vorwärts. Er war das 16. Kind eines Hauswebers in Hartha in Sachsen, erlernte das Tischlerhandwerk und kam früh in die sozialistische Bewegung. Jede Arbeit, vor die er da gestellt wurde, vollführte er mit dem starken Gefühl einer sachlichen Hingabe an das zu Leistende. In der Parteitätigkeit gewann er Weite des Blicks und mutiges Urteil, das er zu verteidigen wußte.

In Offenbach am Main starb am 29. Januar, 65 Jahre alt, *Julius Bruhns*, Parteimitglied von Jugend auf, Redakteur in Bremen, Breslau und Offenbach, zeitweise Reichstagsabgeordneter, aber vor allem Kommunalpolitiker. Er ist in früheren Jahren auch als Publizist mehrfach hervorgetreten, hat namentlich an den Sozialistischen Monatsheften in wertvollster Weise mitgearbeitet. Seine letzte Arbeit Es klingt im Sturm ein altes Lied / Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger / war ein schöner Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Die Bedeutung *Heinrich Brauns*, der am 8. Februar starb, ist hier bereits in der Rundschau Sozialwissenschaften (in diesem Band Seite 150) skizziert worden. In dieser Rundschau wäre noch nachzutragen, daß Braun in der Sozialdemokratischen Partei auf der Seite eines gemäßigten Reformismus stand, der aber, in der Meinung dadurch der Partei praktische Politik schmackhaft zu machen, die parteiradikale Terminologie tolerierte, namentlich auch einen Trennungsstrich gegen den konsequenten Revisionismus zog. Eine schöpferische Aktivität konnte aus solcher Haltung ebensowenig kommen wie der Versuch einer neuen Grundlegung der Theorie und konstruktiver Neugestaltung der sozialistischen Praxis. Deshalb war auch die Wochenschrift *Die Neue Gesellschaft*, die Braun von 1903 bis 1907 herausgab und mit gewohntem redaktionellen Geschick leitete, nicht geeignet der Partei und ihrer Politik neue Wege zu weisen. Doch muß man das starke Bemühen Brauns anerkennen das Feld der Parteibewegung zu erweitern und namentlich den geistig Interessierten außerhalb der Arbeiterklasse den Sozialismus nahe zu bringen. Er hat mit nicht erlahmendem Eifer, später in der Stille, bis zu seinem Tod auf dieses Ziel hingearbeitet.

Kurze Chronik Zahlreiche *Gemeindewahlen* in allen Gegenden Deutschlands brachten der sozialistischen Bewegung im allgemeinen schöne Erfolge. So wurden in Leipzig, Chemnitz und Dresden am 19. November 1926 dank sehr geschickter Wahlpropaganda sozialistische Mehrheiten in den Stadtparlamenten errungen, ebenso in Lübeck; in Oberschlesien wurde die außerordentlich schwache Position der Sozialdemokratie beträchtlich verbessert, so daß sie jetzt nahe an die dort gerade sehr starke Kommunistische Partei, freilich nie an die des Zentrums, heranreicht. Dagegen haben die Wahlen in Baden bei außerordentlich schwacher Beteiligung auch vielerorts einen prozentual stärkern Stimmenverlust der Sozialdemokratie gebracht. ◊ In *Schweden* vermehrten sich bei der Wahlmännerkammer für das Oberhaus die sozialdemokratischen Stimmen um 36 %. ◊ Die Wahlen zum *dänischen* Storting ergaben einen bescheidenen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie, allerdings auch einen Mandatsverlust. ◊ Die *polnischen* Gemeindewahlen brachten der Sozialdemokratie Erfolge. ◊ Die *englischen* Gemeindewahlen brachten einen ausgeprägten Sieg

der Labour Party, der an vielen Orten noch durch erfolgreiche Nachwahlen ins Parlament unterstrichen wurde. ◊ Vor einem Jahr tagte in Port Elizabeth der Parteitag der Arbeiterpartei *Südafrikas*, die zusammen mit der Nationalpartei der Buren die südafrikanische Regierung bildet. Der sozialistische Minister für Landesverteidigung, Creswell, berichtete über den Plan einer Truppenherabsetzung. Weitere farbige Arbeiter sollen in den Bergwerken nicht zugelassen werden; ebenso sprach man sich gegen die Ansprüche der indischen Ansiedler aus. Mitglieder des Parlaments dürfen künftig nicht mehr als ein Drittel des Parteivorstands bilden.

Literatur

Dem überaus starken Bedürfnis nach sozialistischer Werbeliteratur für Intellektuelle kommen Arbeiten aus dem Kreis der Blätter für religiösen Sozialismus entgegen. Die sehr lesenswerte Schrift *Carl Mennickes* Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe /Berlin, Quäkerverlag/ unterscheidet zunächst wirtschaftliche Interessenbewegung, sozialpsychologisch-politisch bestimmte Massenbewegung und revolutionäre Kulturbewegung am Sozialismus, die alle heute im Krisenzustand begriffen, weil vor die Aufgabe der Realisierung gestellt seien. Diese wird letzters als Überwindung des religiös, um seiner Sinnentleertheit willen, unerträglichen proletarischen Arbeiterschicksals gesehen. In den praktischen Hinweisen am Schluß der Arbeit werden die Gedanken der Konsumregulierung und der Wirtschaftsdemokratie stark betont. ◊ Von einer andern Seite geht *Eduard Heimann* (Die sittliche Idee des Klassenkampfes und die Entartung des Kapitalismus /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/) an seine Aufgabe. Indem er von einem innerkapitalistischen Interessenkampf der Arbeitsverkäufer ausgeht, legt er dar, daß Marx an ein Umschlagen dieses Kriegs letztlich aller gegen alle in eine solidarische überkapitalistische Geistesrevolution geglaubt habe, die nach Heimann ihre eigenen seelischen Wurzeln hat. Die Genossenschaftsbewegung kommt bei ihm etwas zu schlecht weg, so daß man seiner Schrift Ergänzung durch Karl Renners Heftchen *Was ist Klassenkampf?* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ wünschen möchte. Doch wird man auch Heimanns Broschüre gern weiterempfehlen, besonders auch wegen ihres 2. Teils, der den Monopolkapitalismus der deutschen Nachkriegsjahre beleuchtet.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Deutschland Die andauernd wieder stärker werdende Stellung der deutschen Gewerkschaften zeigt sich in ihrer Bewertung im öffentlichen Leben Deutschlands wie in dem Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Sozialpolitik ausüben. Hierfür sind 2 Tatsachen charakteristisch, die besonders registriert werden müssen.

Am 12. Januar rief der damals mit der Regierungsbildung im Reich beauftragte Wirtschaftsminister Curtius, bevor er noch mit den politischen Parteien Fühlung nahm, die Vertreter der Gewerkschaften zu sich, um ihre Wünsche und Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet kennenzulernen. Diese Tatsache, daß zum erstenmal vor einer Regierungsbildung Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen gehört wurden, erregte in der gesamten Presse Aufsehen. Die Deutsche Bergwerkszeitung forderte, daß in Zukunft ähnliche Aktionen unterlassen, und die Gewerkschaften »endlich auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt werden, die der jetzigen Behandlung keineswegs entspricht«. Die Gewerkschaftspresse verlangte hingegen mit allem Nachdruck, daß auch in Zukunft keine wichtige politische Maßnahme ohne Fühlungnahme mit den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommen würde.

Das erneute Anwachsen der Arbeitslosenzahlen, auf der andern Seite die Zunahme der Überstundenarbeit hat die Gewerkschaften aller Richtungen aufs neue zu der bereits im November 1926 erhobenen Forderung einer Wiederherstellung des Achtstundentags veranlaßt. In der Tat kann die deutsche Wirtschaft heute auf die Überzeitarbeit verzichten, deren sie zu ihrem Wiederaufbau nach der Zerstörung durch die Kriegs-, Nachkriegs- und Inflationsjahre teilweise bedurfte. Bezeichnend für die neue Situation ist der Ende Februar für die 150 000 ausgesperrten sächsischen Metallarbeiter gefällte Schiedsspruch. Er bringt die offizielle Anerkennung der 48 Stunden-Woche. Nur »im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung« darf die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden verlängert werden. Auf diese drei Stunden Mehrarbeit muß ein Zuschlag von 10 % gezahlt werden. Jede weitere Überstundenarbeit darf nur mit Einwilligung der Betriebsvertretung geleistet werden und wird mit gestaffelten, bis zu 50 % ansteigenden Zuschlägen versehen. Die sächsischen Metallarbeiter waren klug genug mit einer aller-

dings geringen Mehrheit diesen Schiedsspruch anzunehmen. Man darf hoffen, daß die Kämpfe der gesamten Gewerkschaften um eine befriedigende Regelung der Arbeitszeit auch sonst, namentlich bei der Gestaltung des Arbeitszeitgesetzes, von Erfolg gekrönt sein werden.

Wirtschaft und Gewerkschaft Die Spitzenverbände der Gewerkschaften Deutschlands haben der Regierung, dem

Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat eine Reihe von Forderungen zur Kartell- und Monopolfrage unterbreitet. In die Geschäftsleitung aller Kartelle oder kartellähnlichen Organisationen sollen Arbeitnehmer mit den gleichen Rechten wie die übrigen Mitglieder aufgenommen werden. Ein Kontrollamt soll errichtet werden, das ein öffentliches Kartellregister zu führen und Untersuchungen, vor allem über die Grundlagen der Preispolitik, vorzunehmen habe, darüber hinaus aber Beschlüsse und Vereinbarungen, die eine Verletzung der Interessen der Gesamtwirtschaft darstellen, aufheben oder abändern dürfe. Die Kontrolle internationaler Kartelle soll in der Unterwerfung ihrer Mitglieder unter die in allen Ländern anzustrebende Kontrollgesetzgebung erfolgen.

Die Forderungen zeigen den Willen der Gewerkschaften immer mehr auf die Führung der Wirtschaft Einfluß zu gewinnen. Allerdings, die Forderung Arbeitnehmer an der Leitung verantwortlich zu beteiligen dürfte nach den bisherigen Erfahrungen die Gesamtwirtschaft nicht fördern, und man darf sich von solcher Maßnahme nicht zu viel versprechen. Solange die für solche Vertretung in Frage kommenden Arbeitervertreter nicht wirklich wirtschaftlich geschult sind, werden sie notwendig nur allzuoft versagen müssen. Viel ernster zu nehmen ist dagegen die Forderung des Kontrollamts, vor allem auch die geforderte Unterwerfung aller Mitglieder internationaler Kartelle und Trusts unter die nationale Kontrolle des Staates. Solange nicht eine internationale Kontrolle mit entsprechenden Machtbefugnissen existiert, ist das der einzige Weg. Die Arbeiterklasse hat das stärkste Interesse den Primat des Staates über die Wirtschaft nachdrücklich zu fordern. Freilich erwächst hieraus auch die Forderung an sie viel stärker als bisher Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Das kann sie aber nur, wenn sie sich selber zur Trägerin des Staatsgedankens im Sinn einer Verpflichtung zu produktiver Leistung, damit einer Intensivierung der nationalen Gesamtarbeit, macht.

Presse

Im Gewerkschaftsarchiv hat Julius Fries die Gewerkschaftspresse unter dem Titel Die Gewerkschaftspresse eine Großmacht? eingehend kritisiert. Jacob Altmaier hat in der Zeitschrift Die Arbeit diese Kritik fortgesetzt. Unabhängig davon hat Alexander Knoll in der Gewerkschaftszeitung im Zusammenhang mit einer Besprechung der sich ständig ausbreitenden Werkszeitungen die Frage gestellt, ob die heutige Gewerkschaftspresse allen Anforderungen genügt. Alle 3 Kritiker kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Weder rein drucktechnisch noch inhaltlich kann der größte Teil der gewerkschaftlichen Zeitungen genügen. Altmaier hat mit Recht die doppelte Aufgabe der Gewerkschaftszeitung hervorgehoben: Sie muß einmal Fachorgan im engern Sinn sein, zum andern aber über den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder hinaus erziehen und werben. Schon im einen genügt die heutige Zeitung durch ihre allzu ledernen und trockenen Berichte nicht. Ganz und gar versagt sie aber im andern. Sehr beachtlich erscheinen hier die Ausführungen Knolls über die Werkszeitungen. Gerade sie verstehen es durch einen außerordentlich guten Unterhaltungsteil, durch Belehrungen über hauswirtschaftliche, gartenbauliche und andere praktische Fragen die Unentschiedenen, vor allem aber auch die Angehörigen der Arbeiter zu packen. Den gleichen Zweck erfüllt auch eine gute Bilderbeilage. Hier versagt die Gewerkschaftspresse völlig. So kommen Altmaier und Knoll dazu einen stärkern Ausbau des Unterhaltungsteils zu fordern; daneben aber sollen auch wirtschaftliche Berichte und die Behandlung beruflicher Fragen weniger trocken und ledern gestaltet werden.

Die Kritiken haben in der Gewerkschaftspresse allenthalben schon lebhaften Widerhall gefunden. Man muß wünschen, daß bei der überaus großen Bedeutung dieser Frage die Diskussion zu wirklich positiven Ergebnissen führt.

Italien

Das Hauptereignis der internationalen Gewerkschaftsbewegung bildete der Übertritt namhafter italienischer Gewerkschaftsführer zu den fascistischen Organisationen. Nach einer Tagung des Organisationsausschusses der Gewerkschaften in Mailand haben die Gewerkschaftsführer Azimonti, Calda, Colombina, Maglione, Reina und Rigola in einem besondern Manifest die Tatsache anerkannt, daß die fascistische Gewerkschaftsgesetzgebung (siehe hierzu die

Rundschau Staatssozialismus, in diesem Band Seite 48 und folgende) wesentliche Forderungen der italienischen freien Gewerkschaften erfülle, und daß man sich in Widerspruch mit früher vertretenen Grundsätzen stelle, wenn man sich nicht in sachlicher Arbeit und Kritik am guten Gelingen dieser Gesetzgebung beteiligen wollte. Das Manifest schließt mit den Worten: »Wir werden unsere Tatkraft in den Dienst der nationalen Gemeinschaft stellen, und zwar durch Schaffung einer Verbandszentrale und durch kulturelle Unterstützung.« Es ist für den deutschen Beobachter außerordentlich schwer zu diesem Schritt um die Gewerkschaftsbewegung hochverdienter Genossen Stellung zu nehmen. Immer aber ist dabei zu bedenken, daß es sich um Führer der Gewerkschaften handelt, nicht um Führer der politischen Partei. Die Arbeit der Gewerkschaften wird von außen her bestimmt, ihre Hauptaufgabe bleibt: um die Verbesserung der tatsächlichen Lage der Arbeiterschaft zu kämpfen. Nach der fascistischen Gesetzgebung können nun wohl die freien Gewerkschaften weiter bestehen, das ausschließliche Recht auf die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen haben aber nur die durch Königlichen Erlaß auf Vorschlag des zuständigen Ministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern anerkannten nationalen Gewerkschaften. Neben verschiedenen Erfordernissen müssen sie ihr »politisches Wohlverhalten in nationaler Hinsicht« nachweisen. Schließen sich auch nur 10 % der Angehörigen eines Berufs zu einer solchen Gewerkschaft zusammen, so haben sie das ausschließliche Recht auf Vertretung aller Berufsgenossen. Der Schritt der italienischen Gewerkschaftsführer, der nach langen Verhandlungen mit Rossoni und Mussolini erfolgt ist, muß daher rein realpolitisch betrachtet werden. Sowohl die fascistische Regierung wie auch die italienischen Gewerkschaftsführer hatten ein Interesse an einer friedlichen Regelung, diese, weil sie bei dem Fehlen der Führer die Durchbildung ihres Werks gefährdet sahen, jene aber, weil sie nicht irgendwelchen unerfahrenen Leuten das Wohl und Wehe der gesamten Arbeiterschaft anvertrauen wollten. Wir haben daher gar keinen Grund in das Verratsgeschrei der Bolschewisten und der Halbbolschewisten einzustimmen (die als Parteigänger eines Gewaltregimes am allerwenigsten legitimiert sind über ein Gewaltssystem als solches zu klagen). Theodor Leipart hat mit Recht gesagt, es sei nicht angebracht über die in langen Jahrzehnten bewährten Führer der

Gewerkschaften »voreilig den Stab zu brechen«. Es muß noch hinzugefügt werden, daß das Urteil darüber, ob die italienischen Gewerkschafter richtig und zweckmäßig gehandelt haben, ganz wesentlich von der Beantwortung der Frage abhängt, wie das fascistische Regime auf die Gesamtwirtschaft des Landes einwirkt, die die Grundlage für den Aufstieg der Arbeiterklasse darstellt.

**Vereinigte
Staaten von
Amerika**

In der spannend und lebendig geschriebenen Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ sind für uns hier von besonderem Interesse die Schilderungen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Sie entstammen Fritz Tarnow und lassen die großen Unterschiede zwischen den amerikanischen und den europäischen Gewerkschaften recht plastisch hervortreten. Will man das Wesen der amerikanischen Gewerkschaften verstehen, so muß man den Charakter der Wirtschaft der Vereinigten Staaten begreifen. Amerika ist wirtschaftlich nicht mit Überlieferungen belastet; seine Geld- und Kapitalwirtschaft entstand auf kolonialem Boden, der nicht mit den Ruinen früherer ökonomischer und sozialer Zustände bedeckt war und meist von einer fremden eingewanderten Bevölkerung unter Kultur genommen wurde. Die Besiedelung eines riesenhaften, mit reichen natürlichen Kräften ausgestatteten Wirtschaftsgebiets vollzog sich fast märchenhaft schnell. Die Aufstiegsmöglichkeiten der gelernten Arbeiter waren oft groß, die Bindungen dieser Arbeiter an eine unveränderliche Klassenlage stellten sich als verhältnismäßig locker und weitgeknüpft dar. Der Arbeiter verwandelte sich leicht in einen selbständigen Betriebsleiter oder in einen kaufmännischen Agenten. Das kapitalistische Herrtum, das in Europa, namentlich im mittlern und östlichen, noch häufig mit den charakteristischen Zügen eines feudalen Unterordnungs- und Knechtschaftsverhältnisses ausgestattet war, erhielt eine andere Prägung, die sofort in den Umgangsformen von Unternehmer und Arbeiter erkennbar wurde. Das Wort Arbeiter wurde oft zum Ehrentitel, den sich bei öffentlichen Wahlen der emporgewommene Großkapitalist anhängte. Vom Zeitungsjungen zum Millionär; das ließen die Multimillionäre von sich gern rühmend verkünden. Die Vorstellung Paria zu sein und dies zeitlebens zu bleiben kam bei den großen Schichten

der gelernten Arbeiter, die eine im Sturmschritt fortschreitende Wirtschaft ständig erheischte, nicht auf. Der Arbeiter als Klassenmensch entstand nicht und damit auch nicht das proletarische Klassenbewußtsein. Den proletarischen Sozialismus brachte der Einwanderer aus früheren Unterordnungsverhältnissen wohl mit nach Amerika, aber dieser Sozialismus verflüchtigte sich gar bald bei ihm. Der gelernte Arbeiter hatte in der Wirtschaft, die seiner so dringend benötigte, eine Monopolstellung, und diese suchte er durch seine gewerkschaftliche Organisation zu behaupten und zu befestigen. Die gewerkschaftliche Organisation schließt sich, um die Zahl der Bewerber für die offenen Stellen nicht zu vermehren, oft nach außen hin ab. Sie hält nicht, wie die europäische Gewerkschaft, den Zugang zur Organisation offen, sondern sie verschließt ihn. Harte Bedingungen wurden den Kandidaten, die sich zum Eintritt meldeten, auferlegt, zum Beispiel ein hohes Eintrittsgeld und die Ablegung einer scharfen Prüfung über die beruflichen Fähigkeiten. Man ging sogar so weit die Mitgliederliste auf bestimmte und unbestimmte Zeit zu schließen. Manche Lokalunionen bedienen sich in diesem Zusammenhang auch noch des Permitsystems. Aus dem Bestreben sich ihre Monopolstellung zu sichern ist auch die Einwanderungspolitik der Gewerkschaften geboren.

Der Oberschicht der gelernten Arbeiter steht die Masse der ungelerten Arbeiter gegenüber. Unter diesen hebt sich der große Kern rein proletarischer Existenzen deutlich ab. Neger und Eingewanderte leben massenhaft unter der sogenannten Zivilisationslinie. Die ungelerten Erwerbstätigen zählen mindestens 13 Millionen. Unter ihnen sind nur schwache Organisationsansätze. Die International Workers of the World, eine syndikalistisch-revolutionäre Gewerkschaft, zählen etwa 60 000 Mitglieder, die als Transportarbeiter, Farmtagelöhner, Holzfäller, Hüttenarbeiter ein armseliges Leben führen. Aber selbst die Lebenslage der eingewanderten ungelerten Arbeiter ist in Amerika bedeutend gehoben gegenüber ihrer Situation in ihren Heimatländern. Im ganzen verfügen die Vereinigten Staaten etwa über 41 Millionen Erwerbstätiger, und die Ungelernten bilden vielleicht ein Drittel dieser Erwerbstätigen.

Wenn man die Verhältnisse der amerikanischen Arbeiterbevölkerung, nament-

lich ihre Stellung zur Politik, richtig beurteilen will, dann darf man nicht vergessen, daß der Reallohn der amerikanischen Arbeiter oft 3½mal so groß ist wie der des deutschen Arbeiters.

Eigenpublikationen Die Frage der *Rationalisierung* beschäftigt im Zusammenhang mit der augenblicklichen Wirtschaftslage alle Kreise der Arbeiterschaft. Auf der Betriebsrätekongress in Berlin hat Wilhelm Eggert vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über das Thema Rationalisierung und Arbeiterschaft gesprochen. Es ist zu begrüßen, daß der aufschlußreiche und klare Vortrag nunmehr als Broschüre veröffentlicht /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ und der gesamten Arbeiterschaft zugänglich gemacht ist. Eggert weist die Unabwendbarkeit und die von den Gewerkschaften für die deutsche Wirtschaft schon früh erkannte Notwendigkeit der Rationalisierung nach. Die Broschüre bildet eine kurze zusammenfassende Darstellung der heutigen Wirtschaftslage, wozu auch das wenige, aber gut und mit Vorsicht ausgewählte Zahlenmaterial beiträgt.

Von großem praktischen Wert ist die im Gewerkschaftsauftrag von Paul Hertz und Erich Rinner bearbeitete Aufklärungsschrift zur Frage der *Lohnsteuer* (Wie ermäßigt man die Lohnsteuer? /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/). Wenn man bedenkt, daß im Jahr 1926 4 Millionen Anträge gestellt und 60 Millionen Mark Lohnsteuerbeträge zurückvergütet wurden, und daß bei der augenblicklichen Lage der Arbeiterschaft noch beträchtlich größere Summen zurückgefordert werden können, wird der Wert dieser Broschüre noch besonders deutlich. An klaren, für die verschiedenen Berufe und Fälle konstruierten Beispielen wird eine genaue Anweisung für die Stellung und Begründung der Anträge gegeben.

Das Protokoll der 25., in Saarbrücken vom 4. bis zum 8. Juli 1926 abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der *Bergarbeiter* Deutschlands /Bochum, Verlag des Verbandes/ bietet in dem Referat des Vorsitzenden Friedrich Husemann sehr aufschlußreiches Material über die Entwicklung des Kohlen-, des Erz- und Kalibergbaus. Die Mitgliederzahlen sind nicht allzu zufriedenstellend: Vom 1. Quartal 1924 bis zum 1. Quartal 1926 ist die Anzahl der Mitglieder um 61 997, von 249 640 auf 187 643, gesun-

ken. Ende 1925 ist die Kommunistische Union, die bei den Betriebsrätewahlen Anfang 1925 noch 100 000 Stimmen auf sich vereinigte, zum Bergarbeiterverband übergetreten. Sie zählte bei ihrem Übertritt allerdings nur noch 9000 Mitglieder, von denen offiziell sogar nur 3799 übertraten; so blieb auch die Opposition auf dem Kongress in Saarbrücken einflußlos. Ausführlich wird der Not der Saararbeiter gedacht. Ein sozialpolitisches Referat Hugo Sinzheimers über die Grundrechte und -pflichten aus den Tarifverträgen gibt dem Protokoll erhöhten Wert. Der Bericht über die Verhandlungen der 1. Konferenz der *Straßenwärter* am 20. und 21. November in Braunschweig /Berlin, Verlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter/ bringt neben der Diskussion sozialpolitischer Fragen 2 fachliche Referate über Fahrbahnbefestigungen und Automobilversuchsstraßen und über Baumpflege und Baumkultur beziehungsweise Bekämpfung der Baum-schädlinge der Obstbäume der Landstraßen. Sie zeigen das hohe fachwissenschaftliche Interesse des Verbandes.

Totenliste Am 1. November 1926 starb bei seiner Rückkehr aus Mexico auf hoher See an einem Herzschlag der 1. Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes *Robert Dißmann*. Er wurde am 1. August 1878 in Hülsenbusch im Rheinland geboren. Als Maschinenbauer war er schon im Alter von 22 Jahren Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Elberfeld-Barmen. 1905 wurde er in der gleichen Stellung nach Frankfurt am Main berufen. Schon damals gehörte er zur radikalen Opposition in diesem Verband. 1908 war er Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei in Hanau, 1912 Bezirkssekretär in Frankfurt. Während des Krieges schloß er sich bald der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an und wurde deren Wortführer in gewerkschaftlichen Fragen. Auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Leipzig /1919/ gelang es ihm als Führer der Opposition die damalige gemäßigte Richtung im Metallarbeiterverband zu stürzen und selbst die Führung zu erlangen. In den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über die Frage "Berufs- oder Industrierverband?" vertrat er den Industrieverbandsgedanken. Durch seinen Tod verlor die deutsche Arbeiterbewegung eine der markantesten Persönlichkeiten ihrer Nachkriegsepoche. Ende Dezember starb der Sekretär des Internationalen Verbandes der Stein-drucker und Lithographen *François*

Poels, im Alter von 45 Jahren. Schon vor dem Krieg war er Sekretär des belgischen Verbands. Bei dem Wiederaufbau der internationalen Organisation verstand er sich schnell das Vertrauen auch der Deutschen zu erwerben, auf deren Vorschlag er im September 1926 wiederum zum Sekretär des Internationalen Verbands gewählt wurde. Am 18. Januar 1927 starb *Samu Jaszay*, der langjährige Vorsitzende der ungarischen Gewerkschaften, an deren Spitze er seit 1903 stand. Neben seiner Organisationsarbeit betätigte er sich auch publizistisch; 1925 ließ er eine Geschichte der ungarischen Gewerkschaften in magyarischer Sprache erscheinen.

Kurze Chronik Nach den großen Mißerfolgen, zu der die von kommunistischer Seite inszenierten Streiks der Mantelmacher und Pelzarbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika geführt haben, hat eine starke antikommunistische Bewegung, vor allem auch in den sehr links orientierten Verbänden, begonnen. Es ist zu diesem Zweck ein *Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaftsbewegung* gebildet worden, mit dem ausdrücklichen Ziel Pläne zur völligen Verdrängung der Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuarbeiten. Das Komitee umfaßt bereits 150 Gewerkschaften aus 17 Berufen mit insgesamt 300 000 Mitgliedern. Ferner hat der Bergarbeiterverband auf seinem letzten Kongreß beschlossen die Kommunisten aus seinen Reihen auszuschließen. ◊ Das in der holländischen katholischen Presse lebhaft erörterte Gerücht, die Bildung selbständiger *katholischer Gewerkschaften* stehe in England bevor, wird von namhaften Gewerkschaftsführern, so vor allem von Citrine, energisch demütiert: Gerade die katholischen Gewerkschaftsführer gehörten zu den loyalsten und tätigsten Mitgliedern der englischen Gewerkschaften. ◊ Mit dem Wiederanschluß des 200 000 Mitglieder zählenden Verbands der *Staatsbeamten Frankreichs*, der im Jahr 1922 autonom geworden war, an die *Confédération Générale du Travail* wird diese beträchtlich gestärkt. ◊ Am 1. Januar sind die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei dem *Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund* beigetreten. Dieser zählt nunmehr über 600 000 Mitglieder. ◊ Unter der Führung *Tom Shaws* bereiste eine europäische Textilarbeiterdelegation *Indien*. In allen größeren Städten, die die Kommission besuchte, fanden äußerst stark besuchte Versammlungen statt.

Literatur

Im Verlag H. Meyer in Halberstadt hat *Jeanette Cassau* ein kleines Büchlein *Die Arbeitergewerkschaften* erscheinen lassen. Es ist als Einführung für den Studenten wie den jungen Arbeiter gedacht und erfüllt diesen Zweck in ausgezeichnete Weise. Eine kurze Geschichte der verschiedenen Gewerkschaften enthält in großen Zügen alles Wesentliche. Lebendig ist der Aufbau der Gewerkschaften und ihr Tätigkeitsgebiet geschildert. Ein abschließender Teil führt den Leser in die wichtigsten Probleme ein, die heute die Diskussion der Gewerkschaften beherrschen, so in die Fragen nach Industrie- und Berufsverband, Masse und Führer, Gewerkschaften und Wirtschaft. Auf 30 Seiten vervollständig eine klare und unter Vermeidung alles Überflüssigen zusammengestellte Statistik das Bild. Gerade bei dem großen Mangel an einfachen, leicht und anregend geschriebenen Darstellungen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet muß das Werkchen *Cassaus* aufs wärmste begrüßt werden. ◊ Das Buch des Professors *Paul Arndt* *Lohngesetz und Lohntarif* / Frankfurt, Blacek & Bergmann/ gibt zuerst einen schnellen Überblick über die volkswirtschaftlichen Gesetze und polemisiert dann besonders eingehend gegen das *Eherne Lohngesetz Lassalles* und gegen die *Marxsche Theorie* von der industriellen Reservearmee. Diese verweist er in das Gebiet der Fabel. Er vergift, daß *Marx* seine "Gesetze" über die Akkumulation des Kapitals und über die Reservearmee mit Tatsachen aus der sozialen Geschichte des Englands der Jahre 1846 bis 1866 belegt. Der Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe und der allgemeinen Produktivität der Arbeit, den *Arndt* besonders unterstreicht, ist den deutschen Sozialdemokraten nicht entgangen. *Arndt* ist so gerecht diese Tatsache ohne weiteres anzuerkennen. Er zitiert auf einigen Seiten seines Werkes die Ausführungen der Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte: der *Schippel*, *Lindemann*, *Cohen*, über die Abhängigkeit der sozialen Lohnpolitik von der allgemeinen Produktivität der Arbeit. Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Gestaltung der Lohnverhältnisse wertet er aber nicht richtig. Gerade weil die Gewerkschaften bestimmte Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Massen schaffen, sind sie von so gewaltiger Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Kultur des Volkes überhaupt.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Hausteин

Lebensdauer Das Bewußtsein der Endlichkeit alles individuellen Seins löst in den Menschen eine Furcht vor dem Ende, vor dem Tod aus. Und doch ist der Tod eine Erscheinung, die das Leben ständig begleitet, indem sich beim Stoffwechsel lebendige Substanz fortwährend in tote verwandelt, in diesem Sinn also der Tod das Leben überhaupt erst möglich macht. Aber die Furcht vor dem Tod kann mehr sein als bloße egozentrische Angst um die Erhaltung des eigenen Seins. Sie kann an den Sinn des Lebens überhaupt rühren, dem eine Unterbrechung seiner Aufgabe vor der Vollendung unerträglich scheint. Während einem als erfüllt empfundenen Leben, wie bei den biblischen Patriarchen, die des Lebens satt ins Grab sinken, solche Furcht fremd ist. Das Widerstreben gegen den Gedanken eines sinnlosen Lebensendes hat bei den Menschen seit jeher den Wunsch rege werden lassen auf Mittel und Wege zur Verlängerung des individuellen Lebens zu sinnen. Bis in die neuere Zeit waren diese als Verlängerungsmittel des Lebens gedachten Vorschriften jedoch nur auf die äußeren Lebensbedingungen gerichtet, wie sie etwa Christoph Wilhelm Hufeland 1796 in seiner Makrobiotik zusammenfaßte; ein Buch, das in alle europäischen Sprachen und sogar ins Chinesische übertragen und noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts neu aufgelegt wurde. Im Gegensatz zu der Hufelandschen Auffassung suchen wir heute dieses Problem der Lebensverlängerung nicht nur von der exogenen sondern vor allem auch von der endogenen Seite aus einer Lösung näher zu führen. Dies war natürlich erst dadurch möglich, daß unsere Kenntnisse über die inneren Bedingungen des Alterns sowie unser Wissen um die Ursachen des Todes erweitert wurden. Aber auch heute wissen wir noch recht wenig über die normale Lebensdauer des Menschen und ebenso der Tiere, selbst derjenigen, die wir gewöhnt sind, als Haustiere zu betrachten. Wir können zwar mit Hilfe der Absterbeordnung die mittlere Lebensdauer der Menschen berechnen, aber die Berechnungen für die Jahre 1871 bis 1880, 1881 bis 1890, 1891 bis 1900 und 1901 bis 1910, bei denen rund 35,58, 37,17 40,56 und 44,82 Jahre für das männliche Geschlecht und 38,45, 40,25, 43,97 und 48,34 Jahre für das weibliche Geschlecht festgestellt wur-

den, zeigen schon für diesen kurzen Zeitabschnitt eine deutliche Änderung in den Zahlenwerten; könnten wir sie gar für frühere Jahrhunderte anstellen, in denen die Seuchensterblichkeit außerordentlich groß war, so fänden wir eine ganz niedrige mittlere Lebensdauer. Diese Zahlen bringen uns also in der Begriffsbestimmung der Lebensdauer des Menschen nicht weiter. Näher kommt der Bestimmung der normalen Lebensdauer schon der Begriff des typischen Lebensalters, des Alters, das nach der Absterbeordnung die meisten Todesfälle liefert und meist zwischen dem 70. und dem 75. Lebensjahr liegt. Fragen wir uns, wie alt der Mensch überhaupt werden kann, so sehen wir ihn heute 70, seltener 80, in wenigen Fällen 90, ganz ausnahmsweise 100 Jahre erreichen. Dadurch, daß leider unsere Kenntnisse von der Lebensdauer der Säugetiere, selbst unserer nächsten Verwandten, nur recht bescheiden sind, ist uns tiefere biologische Einsicht in die Bedingungen der Lebensdauer ziemlich verwehrt. Unser fragmentarisches Wissen erlaubt noch nicht irgendwelche Gesetzmäßigkeiten in den Beziehungen von Körpermasse, Wachstumsperiode, Entwicklungsphasen und Lebensdauer aufzustellen. Das Suchen nach solchen Beziehungen knüpft besonders an Buffon an, der Beziehungen zwischen der Dauer der Jugendperiode und der gesamten Lebensdauer untersuchte. Als Testmerkmal benutzte er die Ausbildung des Knochengerüsts, und er kam dabei zu der Feststellung, daß die Lebensdauer 6- bis 7mal so groß sei wie die Wachstums-, also die Jugendperiode, während Fleurens in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur die 5fache Zeit ermittelte. August Weismann konnte dagegen die Nichtallgemeingültigkeit dieser Annahmen erweisen, wenn wir auch tatsächlich bei Pflanzen und Tieren sehr häufig lange Lebensdauer und langsames Wachstum vereinigt finden. »Unter den Bäumen«, sagt Hans Friedenthal in seiner allgemeinen und speziellen Physiologie des Menschenwachstums /Berlin, Julius Springer/, »sind die langsam wachsende Eiche und der langsam wachsende Taxus bekannte Beispiele für Langlebigkeit; bei den Säugetieren Mensch und Elefant. Die Ausnahmen von dieser Regel sind so zahlreich, daß von einem Wachstumsgesetz in obigem Sinne ebenso wenig die Rede sein kann wie von einem energetischen Grundgesetz des Wachstums. Die äußerst rasch wachsende californische Riesenfichte erreicht nach Zählung der Jahresringe ein

Alter von über 1000 Jahren, der rasch wachsende Karpfen erreicht das für einen Fisch erstaunliche Alter von weit über 50 Jahren, die rasch wachsenden Papageien werden weit älter als die langsamer wachsenden Hühnervögel. Immer wachsende Tiere und Pflanzen sind keine Seltenheit. Es gibt also keine konstante Beziehung zwischen Länge der Wachstumszeit und absoluter Lebensdauer, auch nicht zwischen Wachstum und Gesamtlebensarbeit. Ebenso wenig wie zwischen Länge der Wachstumsperiode und absoluter individueller Lebensdauer besteht eine ganz feste Beziehung zwischen der Fruchtbarkeit, also der Masse der durch Wachstum erzeugten Fortpflanzungsprodukte und Langlebigkeit. Man hat darauf aufmerksam gemacht, daß viele langlebige Tiere wenig Junge zur Welt bringen, während kurzlebige Tiere durch zahlreiche Nachkommenschaft sich auszeichnen sollen. Es lassen sich für solche Regel wohl einige Beispiele anführen, doch ebenso viele Beispiele dagegen.«

Tod Sind uns so die inneren Beziehungen verschlossen, die zu verschiedener Lebensdauer der einzelnen Klassen und Arten führen, so können wir doch auf Grund unserer Erfahrungen annehmen, daß selbst den vor allen äußeren Schädlichkeiten des Lebens bewahrten Individuen bis jetzt nur eine bis zu einem gewissen Maximum reichende Lebensdauer beschieden war. In diesen Fällen tritt der Tod aus Altersschwäche ein, den wir mit Alexander Lipschütz (Allgemeine Physiologie des Todes /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/ als den Tod, der aus den inneren Lebensbedingungen selbst erwächst, definieren können. »Alle Veränderungen der inneren Lebensbedingungen des Individuums, die nicht erst sekundär aus Veränderungen der äußeren Lebensbedingungen entstanden sind, nennen wir Entwicklung. Alle ontogenetische Entwicklung ist Veränderung der inneren Lebensbedingungen, und der Tod ist nur die letzte Phase dieser Entwicklung. Die einzelnen Partialprozesse des Stoffwechsels verändern sich allmählich dermaßen, daß sie nicht mehr harmonisch ineinandergreifen können; dann erleidet die Kette der ineinandergreifenden Prozesse an irgendeiner Stelle eine Unterbrechung, das System entwickelt sich tot. Das Problem des Todes aus Altersschwäche ist nichts anderes als das Problem des Todes, der eine Phase in der Entwicklungsgeschichte des Individu-

ums darstellt.« Überhaupt: »Was wir Altersveränderungen nennen, das ist nur der Höhepunkt jener Veränderungen, die sich, nach den Worten Charles S. Minots, von den ersten Stadien der Keimesentwicklung an bis zur Reife und zum Alter abgespielt haben.« Dieser für die Metazoen allgemein gültige Satz gilt nun nicht unbedingt auch für die Protozoen. Bei ihnen scheint es nicht unbedingt einen zum Leben gehörenden Tod zu geben. Besonders August Weismann (Über die Dauer des Lebens /Jena, Gustav Fischer/) vertrat die Anschauung, daß die Protisten unsterblich in dem Sinn seien, daß ein »aus inneren Ursachen eintretender Tod« bei ihnen nicht vorhanden sei. Er berief sich dabei auf die Tatsache, daß bei den Einzellern das individuelle Leben der Teilung entspringe, daß die Mutterzelle sich unter Aufgabe ihrer Individualität in 2 Tochterzellen teile, und die Tochterzellen nach dem Heranwachsen sich wiederum teilten. Bei ihnen kann also von einem eigentlichen Tod des Individuums nicht die Rede sein. Demgemäß nahm Weismann auch an, daß der Tod sich erst bei den Metazoen herausgebildet habe, bei denen sich besondere Fortpflanzungszellen differenziert haben, die der Fortdauer der Art dienen, während die Körperzellen nach begrenzter Zeitspanne zugrunde gehen. Diese Ansicht über die Unsterblichkeit der Protozoen ist durch die Experimente Lorande Loss Woodruffs vollauf bestätigt worden. Bei der Züchtung von *Paramecium aurelia* erhielt man in 7 Jahren 4473 Generationen, ohne daß an den Individuen Zeichen einer Degeneration wahrzunehmen waren. Im Gegensatz zu Woodruff hatten E. Maupas, N. Cary Calkins und Richard Hertwig bei ihren zeitlich zurückliegenden Züchtungsversuchen gefunden, daß nach einer mehr oder weniger großen Anzahl von Generationen (zwischen 90 und 170 nach Calkins' Versuchen) Degenerationsmerkmale auftraten, die den physischen Tod schließlich bedingten. Den Gegensatz zwischen den Befunden dieser Autoren und seinen eigenen konnte Woodruff dadurch erklären, daß eine Degeneration und damit das Eintreten des Todes nur von dem verwandten Kulturmedium abhänge. Er konnte auch nachweisen, daß die schädigenden Stoffe solche waren, die im Stoffwechsel der Zellen entstehen und nach außen abgegeben werden und eine Lähmung in der Phase der Assimilation hervorrufen. Damit ist die Lehre von der Unsterblichkeit der Einzelligen ein gesicherter Besitz geworden.

So wichtig diese Erkenntnis ist, so finden wir in der freien Natur doch kaum so günstige Bedingungen wie im Experiment, die selbst den Protozoen unbegrenzte Fortpflanzung ohne weiteres erlaubten. Es findet sich in der Natur wie auch im Experiment, daß alternde und degenerierende Einzellige die drohende Vernichtung durch einen Akt aufhalten, der als Konjugation bezeichnet wird und die paarweise Vereinigung von Individuen unter Kernaustausch darstellt. Da hierdurch die Degenerationserscheinungen behoben werden, und die Tiere in einen normalen guten Zustand kommen, kann man diesen Vorgang als einen Akt der Verjüngung ansprechen, der ihnen neue Lebensenergie gibt und sie zu erneuter Teilungsfähigkeit anregt. Wichtig ist vor allem, daß bei der Konjugation eine vollständige Umwandlung des Kernapparats stattfindet, der mit Vernichtung und Neubildung erheblicher Teile verbunden ist. Wir finden also schon bei den Einzelligen, wie mit dem Aufblühen neuen Lebens Partialtod verbunden ist, und zwar im besondern des Makronucleus, der dem generativen Mikronucleus gegenüber als somatisch betrachtet wird; eine wichtige Parallele zu den Befunden bei den Metazoen. Gegenüber den einzeln lebenden zeigen die in Kolonien lebenden Protozoen Unterschiede zwischen den Einzelindividuen, die sich durch Arbeitsteilung herausdifferenziert haben. Wir können bei ihnen also schon gewissermaßen somatische Zellen und Geschlechtszellen unterscheiden. Im Gegensatz zu diesen sind jene durch eine beschränkte Teilungsfähigkeit, indem sie allmählich der Abnutzung verfallen, dem Untergang geweiht; während die Keimzellen die Fortdauer garantieren. Zeigen schon die Schwämme, die niedersten Vertreter der Metazoen, einen recht komplizierten Körperbau mit weitgehender Differenzierung der Gewebe, so findet sich bei Hinaufsteigen der Tierreihe eine immer zunehmende Spezialisierung des Körperbaus. Damit ist eine Übernahme besonderer Funktionen verbunden, und die Zellen dieser Gewebe verlieren unter Umständen völlig die Fähigkeit zur Vermehrung durch Teilung, oder aber diese Fähigkeit tritt zurück. Handelt es sich dabei um intensiv tätige Zellen, und findet dabei eine starke Abnutzung statt, so ist ihr Ersatz aus sich selbst bedeutend herabgemindert oder nicht mehr möglich, und dadurch tritt der Tod des Organs ein, das, falls es lebenswichtig ist, den Tod des Gesamtorganismus nach sich ziehen kann. Abgesehen von so eingreifenden Vorgängen

findet schon eine Rückbildung oder ein Untergang von Zellen und Organen beim normalen Lebensprozeß statt. Erinnert sei an das Häuten der Schlangen, die Mauser der Vögel, das massenhafte Zugrundegehen der Oberhautzellen beim Menschen sowie an die nur begrenzte Lebensdauer besitzenden roten Blutkörperchen, die zur Erhaltung des Lebens dauernd ersetzt werden müssen. Auch während der Entwicklungsperiode finden wir bisweilen den völligen Untergang von Zellkomplexen oder Organteilen. So bei den Insekten, bei denen das fertige Tier und die Larve in Gestalt wie Lebensweise extrem verschieden sind. Bei ihnen werden während der Puppenruhe beträchtliche Teile der Larvenorgane zerstört und so erst für den Aufbau der neuen Organe Material und Platz geschaffen. Und selbst bei den höheren Tieren werden Rückbildungen oder Umwandlungen von Organteilen während der normalen Entwicklung gefunden. Auch diese Beispiele, deren Mechanismus außerordentlich klar und übersichtlich von Eugen Korschelt in seinem Buch Lebensdauer, Altern und Tod /Jena, Gustav Fischer/ dargestellt ist, zeigen demnach, daß das Leben in recht bedeutendem Maß mit Absterbererscheinungen verbunden ist.

Um nun auf das Problem des Todes der Metazoen zurückzukommen, so muß zuerst die Frage nach dem Zustandekommen der Altersveränderungen der Organe beantwortet werden. Diese bestehen in einer Verkleinerung und Verhärtung der Organe, die durch eine Atrophie der Zellen bedingt ist, die körnig und körnig-fettig degenerieren, während das Bindegewebe sich verdichtet und dadurch noch stärker zu einer Verdrängung der hochwertigen, die spezielle Funktion tragenden Zellelemente beiträgt. An sämtlichen Organen des Körpers kann diese Verkleinerung und Sklerosierung festgestellt werden. Diese Form der Atrophie kann als eine Pigmentatrophie aufgefaßt werden, die eine spezifische Altersveränderung darstellt. Sie wird als Folge einer ungenügenden Ausschwemmung von Stoffwechselprodukten aufgefaßt, ganz in dem Sinn des Zugrundegehens der Einzelligen durch ihre Stoffwechselprodukte. So ist der Tod der Metazoen die Folge einer Änderung ihrer inneren Lebensbedingungen, die Folge einer Überladung der Körperflüssigkeiten und damit der Zellen mit Stoffwechselprodukten. Wie Lipschütz es ausdrückt: »Dadurch, daß im Körper der Metazoen die Körperflüssigkeiten als eine innere Lebensbedingung zwischen

Zelle und Außenwelt getreten sind, ohne daß die Geschwindigkeit der Entfernung der Stoffwechselprodukte der Geschwindigkeit ihrer Bildung entspricht, konnte ein Tod aus Altersschwäche, ein Tod als physiologische Erscheinung entstehen. Aus dem Zusammenleben der Zellen im vielzelligen Organismus resultiert der Tod aus Altersschwäche.«

Verjüngung Diesen Tod hinauszuschieben und mit der Lebensverlängerung gleichzeitig auch eine Verjüngung hervorzurufen war also von jeher ein menschlicher Wunschgedanke. Die Möglichkeit der Lösung dieses Problems schien lange unwahrscheinlich, bis Charles Edouard Brown-Séquard 1889 seine nach Überschreiten des 7. Lebensjahrzehnts vorgenommenen Selbstversuche bekannt gab, die in der subkutanen Injektion von Hodenextrakten (Hund und Meerschweinchen) bestanden. Er hob die dadurch erzielte erhebliche Auffrischung der Körperkräfte und der körperlichen wie geistigen Leistungsfähigkeit hervor. Das Aufsehen, das diese Mitteilung über seine gelungene Verjüngung bewirkte, versteht man, wenn diese Verjüngung auch nicht von Dauer war, und die damals auf diese Methode gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllten. Dieser Versuch Brown-Séquards war wohl der erste einer biologischen Altersbekämpfung, dessen Gelingen deshalb so unwahrscheinlich erschien, weil dadurch ein physiologischer Prozeß rückgängig gemacht zu werden schien. Den Ausgangspunkt der experimentellen Untersuchung dieses scheinbar physiologischen, also unaufhaltbaren Prozesses auf die Möglichkeit der Reversibilität hin bildeten dann die Forschungen Eugen Steinachs über die morphogenetische Dynamik der Hodeninkretion beim Organismus. Als Arbeitsmethode wurde dabei die Totalkastration angewandt. Zur Bekämpfung von Ausfallserscheinungen wurde die Transplantation von Hoden angewendet, Experimente, bei denen die Abhängigkeit der Vollreife und Aktivität eines Wesens vom Vorhandensein einer funktionstüchtigen Keimdrüse erwiesen wurde. »Bei der sehr augenfälligen teilweisen Analogie mancher morphologischen und funktionellen Phänomene bei einem kastrierten und einem senilen Tier lag«, wie Peter Schmidt in einem ausführlichen Bericht über die biologische Altersbekämpfung Ende 1926 in der Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Konstitutionsforschung in Berlin ausführte, »der Gedanke nahe auch die Altersinvolution

als eine Ausfallserscheinung der Keimdrüsen zu betrachten und einen Versuch zu deren Behebung durch Substitution zu machen.« In der Tat spricht vieles dafür, daß der Altersprozeß durch Verlust der Keimdrüseninkrete mit herbeigeführt wird. Es sei nur an das Nachlassen des Tonus der Haut und der Muskulatur, die Trägheit des Stoffwechsels mit folgender Schlackenablagerung und das Nachlassen psychischer wie sexualpsychischer Aktivität erinnert.

Bei dieser biologischen Therapie handelt es sich natürlich nicht nur darum die Sexualfunktion (deren Versiegen nur eins der Signale des Altersprozesses ist) greiser Menschen zu heben sondern um den Versuch einer Allgemeinregeneration. Es ist auffallend, welchen Abbruch jene schiefe Auffassung der biologischen Altersbekämpfung getan hat. Peter Schmidt gibt dafür folgende Erklärung: »Die heutige Gesellschaftsmoral kämpft trotz aller scheinbaren Freizügigkeit immer noch einen stillen und verzweifelten Kampf gegen die Herrscherstellung der Keimdrüse, kann und darf diese nicht kennen und anerkennen, wenn anders sie sich nicht ihre Grundvesten selbst zerschlagen wollte. So und nur so ist die erbitterte Opposition gegen den Gedanken der Altersbekämpfung auf dem Wege über die Keimdrüsen zu erklären, eine Opposition, die bis in die Kreise reiner Forschung reicht.«

Die zuerst von Steinach angewandte Methode der isoplastischen Hodentransplantation konnte trotz guten Erfolgen naturgemäß nur in seltenen Fällen angewendet werden. Anders die Methode der einseitigen Unterbindung des Samenstrangs. Eine Methode, die aus der gleichsinnigen Beobachtung wirksamer Hodentransplantate und vasoligierter Hoden ausging. Bei beiden konnte man eine weitgehende Schädigung des Kanälchenepithels, dagegen eine Hypertrophie des Zwischengewebes feststellen, was Steinach in Anlehnung an P. Bouin und P. A. Ancel dazu führte das Zwischengewebe als Inkretproduzenten zu betrachten. So ist diese Methode heute die Methode der Wahl geworden. Die Tierexperimente wie auch Versuche am Menschen haben erwiesen, daß in der Tat diese Methode als eine biologische anzusehen ist. Damit wird eine der fundamentalsten Erscheinungen beim Altersprozeß des Menschen, die Hypertension des arteriellen Systems, zum Absinken gebracht, und die hervorgerufene Tonisierung der Arterienwand hat vor allem außer der bessern Blutzufuhr zu den Organen

noch eine sehr wichtige Folgeerscheinung: die bessere Auswaschung der Schlacken. Othmar Wilhelm konnte bei seinen Serienuntersuchungen an Tieren zeigen, daß die zellularen Alterserscheinungen in den Ganglien des Zentralnervensystems bei vasoligierten alten Tieren bedeutend geringer waren als bei nicht operierten Brudertieren. Auch die Arbeiten Wladislaw Ruzickas und seiner Schule über Protoplasmahysterese sprechen dafür, daß bei jüngsten Tieren der Prozeß der Dissimilation den der Assimilation übertrifft, also für die Reversibilität des Altersprozesses der Zelle und damit für die Tatsache der Gewebs- und Organverjüngung. So stellt diese Methode kein widernatürliches Aufpeitschungsmittel dar, sondern sie dient zur Wiederherstellung physiologischer Bedingungen und Beseitigung von Altersschädigungen.

Besonders beweisend für die Wirksamkeit der Vasoligatur sind die Experimente, die Peter Schmidt zusammen mit R. N. Mackinstry, dem Anstaltsarzt des englischen Munizipalgefängnisses in Schanghai, 1924 - 1925 an chinesischen Gefängnisinsassen ausführte. »Diese Arbeit diente dazu 2 Einwände zu entkräften, die seitens der Opposition seit Jahren gegen die Altersbekämpfung erhoben wurden: nämlich das Moment der Suggestion und das des veränderten äußern oder innern Lebensmilieus. Beide Fehlerquellen waren hier mit Sicherheit ausgeschaltet... Bei allen Fällen dieser Serie aber traten deutliche Restitutionserscheinungen im Sinne einer Verjüngung ein. Die Leute wurden wieder tüchtige, brauchbare Arbeiter.«

Von sonstigen Methoden der Altersbekämpfung sei die Sergej Woronows /Paris/ hervorgehoben, der die Hoden anthropoider Affen, also artfremdes Material, als Energiequelle benutzt. Das glatte Einheilen der anthropoiden Hoden beim Menschen widerspricht den bisher gemachten Erfahrungen und wird deshalb angezweifelt. Ein abschließendes Urteil sei daher zurückgestellt.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich die Annahme der Möglichkeit andauernder Erneuerung der lebendigen Substanz aus sich selbst heraus und damit unbegrenzter Lebensdauer. Als besonders zur Degeneration, also zum Altern führend wurden Stoffwechselprodukte erkannt, ebenso für die Protozoen wie für die Metazoen. Ihre Fortschaffung ergab bei den Protozoen sogar unter sehr günstigen Lebensbedingungen die Möglichkeit der Unsterblichkeit, bei den Metazoen, so auch beim Menschen, die

Behebung von Alterserscheinungen und die Verlängerung des Einzellebens. Bei den Metazoen kann dies durch Keimdrüsenanregung erreicht werden, womit man den Verjüngungsvorgang bei alternen Protozoen mittels des Kernaustausches, also mit Hilfe eines Geschlechtsvorgangs, in Parallele setzen kann. Dieser ist nun auch bei den Metazoen die Form, unter der ihnen die Unsterblichkeit gesichert ist. Denn wenn auch das Einzelindividuum zugrunde geht, so verbürgt die Keimbahn doch die unbegrenzte Generationsfolge der Art. Aus dieser Wahrung der Kontinuität des Lebens auf der Erde kann das Individuum die Tatsache eines überindividuellen Sinns des eigenen und alles Seins entnehmen. Über dessen Inhalt ist damit freilich noch nichts ausgesagt. Und solange das Individuum gerade diesem nicht in bestimmter Weise nahe kommt, wird es sich auch mit seiner eigenen Endlichkeit nicht abfinden, da es nur in ihm einen zureichenden Grund für sie finden könnte. Und darum hat das Streben nach individueller Unsterblichkeit eine Bedeutung, die über das Interesse am eigenen Selbst hinausgeht.

Gemeinverständliche Schriften

Dem außerordentlich fühlbaren Mangel an einem geeigneten Buch zur Einführung der Kinder in die Biologie der *Entstehung des Lebens* hilft in vorbildlicher Art das Bilderbuch Germaine Montreuil-Straus' Maman, dis-moi /Paris, Librairie Stock Delamain & Boutelleau/ ab. Der dem kindlichen Verständnis, schon für das vorschulpflichtige Alter, angepaßte Text ist von Andrée Karpelès in farbenfrohen, künstlerisch wertvollen Aquarellen auf das glücklichste unterstützt und führt vom Werden der Schmetterlinge über Goldfische, Huhn und Katze bis zur menschlichen Mutter. Werden, Ernährung und Pflege aller jungen Wesen beleuchtend soll dieses Bilderbuch schon das Kleinkind zu einer bewußten Erfassung der biologischen Zusammengehörigkeit und der sich darauf aufbauenden tiefen innern Bindung zwischen Mutter und Kind führen. Über das Leben der einzelnen Tiergruppen nachdenken zu lassen und Anregungen zu geben, die zu weiteren Studien führen sollen, bezweckt die Freie Lehrervereinigung für Kunstpflege, die in Berlin, im Verlag Werner Kube, Tierbücher herausgibt, die eine Auswahl der schönsten Tiergeschichten aus der Feder von Zoologen, Forschungsreisenden, Jägern wie Dichtern bringen. Bisher sind erschienen: 1. Elefanten (Otto Winter),

2. Löwen (Paul Schneider), 3. Bären (Otto Winter), 4. Wölfe (Walter Kublank), 5. Menschenaffen (Alexander Troll), 6. Igel, Maulwurf, Marder, Hermelin und Dachs (Karl Meyer), 7. Büffel (Josef Galle), 8. Raubvögel (Gerhard Krügel), 9. Wale (Otto Winter), 10. Giftschlangen (Otto Riedrich), 11. Hunde (Otto Winter), 12. Edelhirsche (Walter Kublank), 13. Pferde (Franz Etzin), 14. Füchse (Hans Würzt). Bei ihrem niedrigen Preis kann diesen anziehenden Büchern nur die weiteste Verbreitung gewünscht werden. Die Wiedergabe eigener Erlebnisse und Beobachtungen hat Alwin Rath in seinem Buch *Tiere! Liebeshelden und Erdkreaturen* /Dresden, Alwin Huhle/ mit vielem Geschick unternommen. Es seien besonders die Schilderungen aus dem Leben des Hirsches hervorgehoben.

In die Biochemie des Menschen führt Felix Boenheim, in der Sammlung *Wissenschaftliche Elementarbücher* /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/ ein. Diese Bücher wendet sich an die Arbeiter, sie setzt der bürgerlichen Betrachtungsweise die marxistische entgegen und versucht natur- und gesellschaftswissenschaftliche Themen, die für die arbeitenden Männer und Frauen von Lebenswichtigkeit sind, im Sinn des Proletariats möglichst leichtverständlich und doch wissenschaftlich zu behandeln. Das Heftchen über die *Biochemie*, das sich in kritischer Weise mit der Biochemie als Behandlungsverfahren und der Laienbehandlung auseinandersetzt und in dem Abschnitt über die Biochemie als Wissenschaft einen kurzen und doch verständlichen Abriss der Physiologie des Menschen gibt, ist bestimmt mit vielen unklaren Vorstellungen aufzuräumen, die von eifrigen "biochemischen Propagandisten" verbreitet wurden.

Kurze Chronik Der 10. *Internationale Zoologenkongress*, der erste seit 1913, wird vom 4. bis zum 9. September in Budapest tagen. Auf Anregung Giuseppe Levis /Turin/ und Rhoda Erdmanns /Berlin/ haben die Zellforscher keine eigene Gesellschaft gegründet sondern sich als Sektion für experimentelle Zellforschung angeschlossen. ◊ Eine kleine Herde von *Wisenten* tauchte um die Jahreswende plötzlich am Schwarzen Meer auf. Es wurden sogleich Maßregeln ergriffen, um sie vor Jägern zu schützen. ◊ Der Rostocker Professor *Hans Winterstein* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Physiologie an der Universität Breslau als Nachfolger *Carl Hürthles*. ◊ Dem Züricher Pro-

fessor *Alfred Fleisch* wurde das Doppter Ordinariat für Physiologie und physiologische Chemie übertragen. ◊ Der Leiter des Mendelinstituts in Eisgrub in Mähren Franz Frimmel *habilitierte* sich an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn für Pflanzenzüchtung. ◊ Der Biologe an der Universität Oxford J. B. S. Haldane hat die Goldene Medaille der Royal Society of Medicine erhalten. Seine Gedanken über Wissenschaft und Zukunft sind neulich in dieser Rundschau (1926 Seite 868) wiedergegeben worden.

Literatur

In der Reihe der schönen Bücher der Gartenschönheit /Berlin, Verlag der Gartenschönheit/ brachte *Karl Foerster*, der unvergleichliche Gärtner aus Bornim, im Verein mit Camillo Schneider ein mit schönen schwarzen wie bunten Tafeln ausgestattetes Dahlienbuch heraus. Es wird Pflanzzüchtern großen Nutzen, allen Blumenfreunden viele Freude bringen. ◊ In das Leben der afrikanischen Tierwelt gibt einen herrlichen Einblick das neue Buch *Bengt Bergs* Abu Markub, mit der Filmkamera unter Elefanten und Riesenstörchen /Berlin, Dietrich Reimer/. Den eigenartigen Riesenvogel Abu Markub für das Reichsmuseum Schwedens zu erjagen war Berg ausgezogen, aber es glückte ihm nicht allein sein Vorhaben auszuführen, sondern er hat außer dieser prächtigen Schilderung, die sich seinen anderen Büchern Mit den Zugvögeln nach Afrika und Mein Freund der Regenpfeifer würdig anreihet, noch 12 000 Meter Film mitgebracht, die vor unseren Augen neben der glänzenden Schilderung lebendig das afrikanische Tierleben erstehen lassen. Noch nie vorher sind so wundervolle Aufnahmen über das Leben der Elefantenherde geglückt, und auch die übrigen Bilder, von denen der seltene Nilbock, der Abu Markub und die Riesenstörche hervorgehoben seien, sind ungewöhnlich schön. ◊ Die seltsame Tierwelt des Galapagosarchipels, der am Aquator im Stillen Ozean, 950 Kilometer von der Küste Ecuadors entfernt, liegt, verlebendigt mit außerordentlicher Geschicklichkeit, unterstützt von guten Aufnahmen und bunten Tafeln *William Beebe* in seinem Buch *Galapagos*, das Ende der Welt /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Der Verfasser hat da der Öffentlichkeit ein Werk geschenkt, das in ungemein anregender Form ein fesselndes Bild von dem Leben und den Lebensbedingungen der Vögel, Kriechtiere und Insekten dieser so unbekanntem Inselgruppe vermittelt.

Psychologie / Rudolf Arnheim

Couéismus Dieser Tage wäre Emile Coué 70 Jahre alt geworden. Noch immer herrscht keine rechte Klarheit darüber, wie hoch denn eigentlich das Verdienst dieses Mannes einzuschätzen, und auf welchem Gebiet es zu suchen ist. Bei einer Methode, die im wesentlichen auf die Psyche des einfachen Menschen einwirken will und muß, wird man nicht mit falschen wissenschaftlichen Maßstäben eine Sache be- oder gar verurteilen dürfen, deren Schwerpunkt gerade im Untheoretischen, in der praktischen Anwendung liegt. Ebenso steht es mit der wissenschaftlichen Fundierung, die Coué selber seinem System gegeben hat. Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Apotheker, der sich »beglückwünscht nicht viel über Psychologie gelesen zu haben«, in seinem Buch *La maîtrise de soi-même par l'autosuggestion consciente*, das auch bei Carl Reißner in Dresden deutsch herauskam, mancherlei sagt, was der Fachmann nur mit Kopfschütteln liest. Ein ziemlich willkürliches und widerspruchsvolles Schalten mit sehr ungefähr gefaßten psychologischen Begriffen. Und doch muß man im Couéismus mehr sehen als eine brauchbare neue Therapie. Daß der innere Zustand des beschauenden Subjekts irgendetwas für die wahrgenommene Sinnenwelt bedeuten könne, ist eine Erkenntnis des Zeitalters, in dem die systematische Psychologie entstanden ist. Dem gesunden Menschenverstand war und ist es selbstverständlich, daß eine Farbe, ein Schmerzgefühl, der Charakter eines Menschen objektive Dinge sind, von deren Existenz wir durch die Sinne erfahren; diese tun eigentlich nicht mehr als zu registrieren, was vorhanden ist. Was behauptet hingegen Coué? Daß es genüge einem Menschen die Überzeugung zu verschaffen, seine Krankheit sei vorüber, damit sie auch wirklich verschwände. Nicht der Wille zur Überwindung wird gepredigt, sondern die Einbildungskraft, und dies mit gutem Recht. Denn der willensmäßige Zwang über die Krankheit hinwegkommen zu wollen setzt selbstverständlich eine Bejahung des Krankheitszustands voraus. Es gilt vielmehr umgekehrt die Krankheit zu ignorieren, indem man "sich einbildet", sie existiere gar nicht mehr. Und dieses Wegleugnen eines tatsächlichen Faktums, sagt Coué, hat auch die Kraft dessen Existenz zu vernichten. Nicht nur psychische sondern auch körperliche Symptome sollen so beseitigt werden: Nicht mehr wird

die körperliche Krankheit "körperlich" behandelt, sondern dort, wo sie psychisch existent ist, im Bewußtsein, setzt der Heilungsprozeß an.

Coué zog die praktischen Konsequenzen aus einer Erkenntnis, zu der sich jeder wirkliche Psychologe gedrängt sieht. Ihm wurde sie durch die besonders eindringlichen Phänomene der Hypnose vermittelt, die ja in seiner Heimat Nancy von der Liébeault-Bernheim-Schule besonders studiert wurden. Schon diese erste Nancyer Schule stellte den Satz auf: »Toute idée que l'on a dans l'esprit tend à devenir une réalité.« Diese Beeinflussbarkeit des Realen wurde das treibende Grunderlebnis für Coués Lebensarbeit. Auch die Behandlung seiner Patienten begann er immer damit, daß er ihnen zeigte, wie ganz körperliche Dinge durch Suggestion verändert werden können. Und wenn er dann bei ihnen auf diese Weise guten Willen und Gläubigkeit geschaffen hatte, erzeugte er in dem Kranken den psychischen Zustand der Gesundheit, einfach indem er ihn immer sich selbst versichern ließ: »Ich bin gesund. Ich bin gesund.« (»Ça passe!«) Wie weit diese genial einfache Methode praktisch zureicht, soll hier gar nicht diskutiert werden. Es geht nur um das wichtige, charakteristische Prinzip, das den Primat des Psychischen statuiert (und dann das Interesse an dem eigenen Leid als wesenlos erscheinen läßt, damit von dem Ich zu den Dingen hinüberleitet).

Wie wenig selbstverständlich es ist, daß dem Couéismus ein ganz neues, psychologisch fundiertes Weltbild latent zugrunde liegt, zeigt zum Beispiel Hans Blüthers Traktat über die Heilkunde, insbesondere die Neurosenlehre /Jena, Eugen Diederichs/. Wenn Blüher hier die Suggestion auf Gesundsein verurteilt, weil sie gegenüber der tatsächlich doch existierenden Krankheit eine Lüge sei, so benutzt er eben einen unadäquat gewordenen Wahrheitsbegriff. »Der Satz "Ich bin nicht krank" ist die nur logische Negation der Krankheit aus der Autorität des Menschen her; er ist kein medizinisches Äquivalent gegenüber dem Phänomen, denn er berührt den pathologischen Ort nicht.« Daß der Angriffspunkt der Therapie gerade ins Psychische verlegt werden soll, findet also gar kein Verständnis.

Eine Übersicht über die Grundzüge der Lehre Coués und seiner Nachfolger hat Otto Seeling in seiner Broschüre *Der Couéismus in seiner psychologischen und pädagogischen Bedeutung* /Halle, Carl Marhold/ gegeben.

Erkenntniskritik Die Einsicht in die Abhängigkeit des Realen von der geistigen Stellung zu ihm führte Coué zu dem Versuch durch psychische Beeinflussung dieses Realen in einem für die Menschheit heilsamen Sinn zu ändern, Gesundheit an Stelle von Krankheit zu setzen. Die selbe Einsicht trieb einen weniger positiv gerichteten Menschen, *Alfred Seidel*, mit 29 Jahren zum Selbstmord. Sein nachgelassenes, von Hans Prinzhorn herausgegebenes Werk heißt *Das Bewußtsein als Verhängnis* /Bonn, Friedrich Cohen/ und behandelt im wesentlichen 2 Fragen: Welchen funktionellen Wert hat die bewußtseinsmäßige Erkenntnis für die Gesamtpersönlichkeit des Menschen? Welchen Grad von Sicherheit und Objektivität besitzt die Erkenntnis?

Seidel nimmt, einigermaßen zufällig, von der Psychoanalyse seinen Ausgang und sagt sich: Nach Freud kann eine psychische Situation, die durch unbewußte Verdrängungsakte geschaffen wurde, wieder aufgelöst werden, indem man den Patienten über die Mechanismen dieser Verdrängung aufklärt, ihm seinen Zustand bewußt macht. Eine unbewußt produzierte Leistung kann so durch Bewußtmachen kraftlos, zerlegt werden. Ist nun aber nicht ein Kunstwerk, eine Gemeinschaft zwischen Menschen eine ebensolche unbewußt produzierte Leistung, und wird es nicht also der Endeffekt der wissenschaftlichen Analyse sein, daß jede schöpferische Tat schließlich unmöglich wird? Man sieht, wie sich hier die Bewertung des Strebens nach Wahrheit charakteristisch verschiebt. Während bisher die Erkenntnis der Naturvorgänge und gar die Selbsterkenntnis unangefochten als eine besonders hohe Beschäftigung galt, nun plötzlich die Frage, »ob die Erkenntnis der sozialen und psychischen Vorgänge nicht gerade ihre Beeinflussung unmöglich macht, zumindest hemmt«. Ferner: Der modernen Psychologie, besonders der Psychoanalyse, scheint es zu gelingen Weltanschauungen, Theoriebildungen usw. als subjektiv vom Charakter des Autors bedingt zu erweisen. Nicht also nur, was an »objektiven« Tatbeständen vorhanden, sondern auch welcher Art das aufnehmende Organ ist, bestimmt Erkenntnis und Weltbild. Seidel selbst versucht sich an einer »Ideologienlehre«, in der nachgewiesen werden soll, daß jede Weltanschauung weniger aus dem objektiv Gegebenen als aus der Charakteranlage des Urhebers zu erklären ist, sei es als »Ausdrucksideologie«, indem das eigene Wesen als Ideal

in das Weltbild projiziert wird, sei es als »Kontrastideologie«, indem in Verneinung der eigenen Anlage das Gegenteil als Weltprinzip aufgestellt wird. »Nietzsche, als Mensch kränklich, überdifferenziert, mitleidsvoll und empfindsam, bejaht aus dem Leiden unter seinem Wesen und aus der Sehnsucht nach der fehlenden Gesundheit und Skrupellosigkeit den robusten Machtmenschen, die blonde Bestie, die er selber so wenig war.« Weiter ist nach der Psychoanalyse der Antrieb zur Erforschung der Wahrheit sexuellen, also ganz unsachlichen Ursprungs, und daraus folgt für Seidel notwendig ein »Ekel über die Brutalität und Niedrigkeit der menschlichen Motive«.

Der Wert der Erkenntnis also scheint herabgesetzt, weil ihr unedle Motive zugrunde liegen, weil sie durch subjektive Faktoren verunreinigt ist, und weil sie geeignet ist die höchsten menschlichen Schöpfungen zu hemmen.

Es scheint nicht notwendig diese Lage so pessimistisch aufzufassen. Gewiß wird die Psychologie des Erkennens und des Erkennenden eine Relativierung des Existenzbegriffs mit sich bringen, aber gerade dadurch wird man der Wahrheit einen Schritt näher kommen. Denn sobald die subjektiven Faktoren einigermaßen bekannt sind, hat man auch die Möglichkeit sie in Rechnung zu setzen, sie als »persönliche Gleichung« abzustreichen, und während man bisher die Begründung etwa für ein philosophisches System doch immer nur in der Wirklichkeit suchen konnte, kann man jetzt vielleicht bald zeigen, wieviel daran sich aus persönlichem Gedankenschatz und persönlicher Gedankenrichtung erklärt.

Mit seinem Mißtrauen gegen das Bewußtsein findet Seidel Vorgänger in Ludwig Klages, Nietzsche, ja auch in Goethe. Näheres bringt die Arbeit Ludwig Klages' *Die psychologischen Errungenschaften Nietzsches*, im Jahrbuch der Charakterologie, herausgegeben von Emil Utitz /Berlin, Panverlag Rolf Heise/, auch Hans Prinzhorns neues Gespräch über Psychoanalyse /Celle, Niels Kampmann/. Auch hier liegen die Dinge wohl nicht so hoffnungslos wie Seidel sie sieht. Es wird erlaubt sein seine Anschauungen ein wenig als »Kontrastideologie« und ihre reale Verbindlichkeit entsprechend gering zu werten. Aber sein Buch ist ein Symptom dafür, wie allmählich als Reaktion auf die Selbstherrlichkeit des analysierenden Intellekts ein Gefühl für die Unerquicklichkeit dieser Geisteshaltung entsteht.

Internationaler Psychologenkongreß Vom 6. bis zum 11. September 1926 fand in Groningen der 8. Internationale Psychologenkongreß statt. Der ausführliche 3sprachige Bericht ist jetzt in Groningen, bei P. Noordhoff, herausgekommen. Die einzelnen Referate hatten sich zum Teil zu Gruppen zusammenfassen lassen; so wurden Sitzungen über Intensität der Empfindungen, Religionspsychologie, Verstehen und Erklären in der Psychologie, Gestaltwahrnehmung, Psychologie der Primitiven abgehalten. Mit Ausnahme des Themas Verstehen und Erklären, zu dem übrigens nur Deutsche Beiträge lieferten, beschäftigte man sich also mit den Ergebnissen der konkreten Einzelforschung. Es ist interessant zu sehen, wie fast auf allen Gebieten das Problem Teil und Ganzheit diskutiert wurde. Überall wird die analytische Betrachtung zurückgewiesen und als eine bloße Konstruktion gegenüber der Wirklichkeit bezeichnet. Das geschieht auf ziemlich verschiedene Weise. Die Ansichten der Gestalttheorie entwickelte Kurt Koffka /Gießen/ in einem Referat über die Psychologie der Wahrnehmung: Nimmt man als Elemente der Sinnenwelt die Empfindungen an, so stellt sich heraus, daß die Wahrnehmungswelt mehr ist als die Summe der Empfindungen, sie ist zum Beispiel dinglich gegliedert. 2 Zusatzhypothesen sind es, mit deren Hilfe man die Wahrnehmungswelt aus der Empfindungswelt abzuleiten suchte. Die mechanistische Theorie »erklärt das Mehr im wesentlichen aus dem Gedächtnis, das heißt dem Prinzip der Wiederkehr des Gleichen«, während die vitalistische annimmt, daß Form und Ordnung von einer besonders seelischen Funktion produziert werden. Nun kann man aber überhaupt darauf verzichten von einer Empfindungswelt als Grundlage auszugehen und bei der Wahrnehmung als einem elementaren Phänomen beginnen. Die Gestalttheorie betont hierbei die folgenden Punkte: Die Sonderung des Wahrnehmungsfelds in Dinge ist bedingt von sachlichen Eigenschaften der physikalischen Reize (man sieht den Gegensatz zur mechanistischen und vitalistischen Theorie). Als Bedingungen für den Zusammenschluß zu einer Figur können Geschlossenheit und Fortsetzung in richtiger Kurve gelten. Jede Gliederung wird so "gut" wie möglich (Prägnanzformel). Neben den Reizbedingungen bestimmt vor allem die innere Situation des aufnehmenden Subjekts die Wahrnehmung: Frische, Müdigkeit, Aufmerksamkeit, subjektive Einstellungen usw.

Während so die Gestalttheorie Regeln für Art und Entstehung ganzheitlicher Gebilde aufzustellen sucht, führt die Abkehr vom Analytischen einen Forscher wie Rubin /Kopenhagen/ dazu sich ganz auf die individuelle Erscheinung einzustellen, jedes Ding für sich zu studieren, weil es wirklichkeitswidrig sei, zu generalisieren, zu simplifizieren, zu formalisieren; das Psychische sei eine Welt der Mannigfaltigkeit von unreduzierbaren Qualitäten. So ruft die Gewohnheit sehr wirklichkeitsferner Konstruktion als Reaktion den Drang zur bloßen Anschauung hervor. Hierbei kann es natürlich nicht bleiben. Denn umfassende Systembildung gehört gleichwohl nach wie vor zum Wesen jeder Wissenschaft. Nur wird man vom Wesen eines Systems mit der Zeit eine andere Vorstellung bekommen als die bis jetzt herrschende. Charles S. Myers /London/ betonte: »All psychologists worthy of the name recognize that sensations themselves are mere artifacts from real experience.« Und Heinz Werner /Hamburg/ stimmt ihm darin bei, daß die primäre Form des Intensitätserlebnisses die »komplexe Intensität« mit ihren gefühlsmäßigen und gegenständlichen Komponenten sei, nicht also die reine Intensität der Empfindung. So finden wir allenthalben die "Krisis in der Psychologie" darin, daß man die analytische Anschauungsweise als veraltet und unzureichend erkannt hat und sich nun wieder, möglichst unvoreingenommen, auf das Erfahrungsmaterial selber wirft, sei es, daß man neue, adäquatere Systeme aufzustellen sucht, sei es, daß man es zunächst bei der bloßen Anschauung bewenden läßt.

Der Fortschritt in der wissenschaftlichen Psychologie zeigt sich darin, daß immer mehr Gebiete des menschlichen Seelenlebens, die bisher isoliert behandelt wurden, ihre Sonderstellung verlieren und sich dem Ganzen einordnen. Ernest Jones /London/ führte aus, wie sich die heutige Religionspsychologie nicht mehr dabei beruhigt eine besondere »akrosankte« »religious faculty« anzunehmen, die uns von Gott als ein Elementarphänomen eingepflanzt ist, sondern auch die Religiosität auf »primary emotions« zurückführen will. Er entwickelte die psychoanalytischen Theorien über diese Dinge, wonach zum Beispiel Religiosität eine Übertragung der Kind-Eltern-Situation darstellt und in Beziehung zum Minderwertigkeitskomplex steht. Richard Meyer-Groß /Heidelberg/ lehnte die Annahme einer psychischen Eigenart der Naturvölker ab, und Alfred Storch /Tü-

bingen/ wies Beziehungen zwischen dem primitiv mythischen Denken und psychopathologischen Phänomenen auf. Auch hier also arbeitet man an einer Einordnung in die allgemeine Psychologie.

Kurze Chronik Die *Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie* in München baut sich ein neues

Institut. Die Rockefellerstiftung stellte ihr dafür schon früher 250 000 Dollars und jetzt wieder 55 000 Dollars zur Verfügung. ◊ Der Leipziger Philosophieprofessor *Hans Driesch* wurde von der Britischen Gesellschaft für psychische Forschung wiederum, wie schon früher einmal, zum Ehrenpräsidenten gewählt. Driesch präsiidierte 1925-1926 der seit 40 Jahren bestehenden Gesellschaft, die sich die exakte Erforschung okkultur Phänomene zur Aufgabe gestellt hat. ◊ An der Universität Jena *habilitierte* sich *Annelies Argelander*; ihre Antrittsvorlesung handelte von dem Einfluß der Umwelt auf die geistige Entwicklung. Sie gibt, zusammen mit Wilhelm Peters und Otto Scheibner, die Jenaer Beiträge für Jugend- und Erziehungspsychologie heraus. ◊ Am 13. Februar wurde *Georg Runze* 75 Jahre alt. Er war der erste, der, im Jahre 1880, ein religionspsychologisches Kolleg an der Berliner Universität gehalten hat; er hatte sich in jenem Jahr dort für spekulative Theologie und Religionspsychologie habilitiert. Die Religionspsychologie blieb sein besonderes Fach, in dem er nahezu ein halbes Jahrhundert hindurch gearbeitet hat.

Literatur

Ein Buch *Hanns Reichardt* Die Früherinnerung als Trägerin kindlicher Selbstbeobachtungen in den ersten Lebensjahren /Halle, Carl Marhold/ benutzt ein Material von mehr als 2000 Selbstbiographien zur systematischen Bearbeitung der frühesten Kindheitserlebnisse. Die Gefühls- und Sinneserlebnisse und das Verhältnis des Kindes zur Umwelt (Verwandte und Bekannte, Spielzeug, wichtige Begebenheiten usw.) werden in besonderen Kapiteln eingehend erörtert. ◊ Die neueste Schrift *Sigmund Freuds* behandelt die Frage der Laienanalyse /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/. Darin wird die Ansicht vertreten, die Psychoanalyse sei ein Studium, das von der sonstigen ärztlichen Ausbildung unabhängig sein könne und solle. Freud schlägt eine weitgehende Trennung der Arbeitsgebiete vor und verfißt gegenüber dem österreichischen Kurpfuschergesetz die Ausübung der psychoanalytischen Praxis durch Nichtärzte.

Hygiene / Georg Welfl

Eugenik

Schon in seinen früheren Schriften *Soziale Pathologie*, *Geburtenrückgang* und *Geburtenregelung* hat *Alfred Grotjahn* auf die große Bedeutung der Eugenik für die Probleme der sozialen Hygiene hingewiesen. Jedem Weitersehenden leuchtet in der Tat sofort ein, daß für die Gesunderhaltung einer Bevölkerung nicht nur die Fürsorge für die lebende, sondern vielleicht in noch höherem Maß die Sorge um die kommende Generation von Bedeutung ist. Deshalb muß die eugenische; das heißt an den Ergebnissen der Vererbungswissenschaft orientierte Betrachtung die Forderungen der sozialen Hygiene im Interesse von Individuum und Gesellschaft ergänzen. Diesem Problem widmet Grotjahn seine jüngste Monographie *Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung* /Berlin, Urban & Schwarzenberg/, aber nicht so sehr vom Standpunkt des reinen Biologen oder Zoologen, die freilich die Grundlagen der Vererbungswissenschaft geschaffen haben, als vielmehr vom Standpunkt des Hygienikers der menschlichen Gesellschaft unter Berücksichtigung aller sozial, kulturell und auch politisch wichtigen Momente. Nach den Verwüstungen des Weltkriegs durch Dezimierung der kräftigsten männlichen Jahrgänge, durch einen psychisch bedingten Geburtenrückgang, dessen Ende auch heute noch nicht abzusehen ist, wird dieses biologisch-hygienische Problem für alle Völker des westeuropäischen Kulturkreises von aktuellster Bedeutung bleiben. Die Bestandhaltung des Volkes wird erst verbürgt, wenn auf die einzelne Familie durchschnittlich 3 lebende Kinder entfallen; die nur statistisch genau zu eruiierende Zahl unter Berücksichtigung der unverheiratet bleibenden und der vor dem Generationsalter sterbenden Mitglieder der Gesellschaft liegt noch etwas höher. Mehr als eine Bestandhaltung des Volkes kann heute bei den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen und dem dadurch eingengten Nahrungsspielraum natürlich nicht erwartet werden. Nun kommt es aber nicht darauf allein an diese quantitativen Grundlagen des Bevölkerungsbestandes zu sichern, mindestens ebenso wichtig ist es die Erbanlagen zu erhalten oder womöglich zu verbessern, das heißt die Qualität des Nachwuchses zu sichern. Mit diesem Problem beschäftigt sich die Eugenik. Sie wurde von Francis Galton begründet, der ganz unter dem Einfluß

der Selektionstheorie stand. Auch heute hat England in dem Nachfolger Galtons, dem durch seine mathematisch-methodologischen Arbeiten berühmten Vererbungsstatistiker Karl Pearson, der einen eigenen Lehrstuhl für Eugenik an der Londoner Universität hat, einen sehr markanten Vertreter. Doch wurden die vererbungsstatistischen Grundlagen nicht hier sondern im Verborgenen von dem Augustinerpater Gregor Mendel in Brünn gefunden und als die sogenannten Mendelschen Regeln später von anderen Botanikern bestätigt und zur Grundlage der heutigen Vererbungswissenschaft gemacht. Auch für die Biologie des Menschen ließ sich daraus entnehmen, daß die Anlagen des Menschen weitgehend durch Erbfaktoren bestimmt sind. Diese vererbungsbiologische Erkenntnis ist nun auch für die menschliche Hygiene von größter Bedeutung. Gerade die soziale Hygiene erstrebt es durch eine weitgehende Fürsorge nach Möglichkeit alle Menschen, auch die schwächlichen und minderwertigen, am Leben zu erhalten; dadurch werden sie auch der Fortpflanzung entgegengeführt und können nun ihre "minderwertigen" Erbanlagen wiederum auf ihre Nachkommenschaft übertragen. Es ist bekannt, daß Astheniker, Trunkenbolde, Leichtschwachsinnige und dergleichen oft viele Kinder in die Welt setzen, während die wirtschaftlich und sozial höher stehenden Menschen sich immer größere Beschränkung auferlegen. Dadurch mußte also zahlenmäßig eine Verschlechterung der Erbmasse eintreten, und das ist der Grund, warum die Vertreter der Vererbungsbiologie die moderne Hygiene und Fürsorge mit Bedenken ansehen.

Es bleibt Grotjahns großes Verdienst diesem Problem der menschlichen Fortpflanzungshygiene von allen Seiten und allen Wissensgebieten nachgegangen zu sein. Er verschließt sich keineswegs den Bedenken der Vererbungswissenschaft gegen eine Arterhaltung der minderwertigen Elemente; nur will er diese nicht ohne Schutz der sozialen Fürsorge verkümmern und verelenden und damit zu neuen Krankheitsquellen werden lassen. Seine Vorschläge gipfeln vielmehr darin, daß er einmal auf Grund der jetzigen Erkenntnisse der Vererbungswissenschaft minderwertige Personen, schwere Psychopathen, Schwachsinnige, tuberkulös belastete Astheniker von der Fortpflanzung ausschließen möchte. Nach Möglichkeit soll die unerwünschte Nachkommenschaft durch Anordnung eines Präventivverkehrs (Eheberatungsstellen) vermieden werden; wenn es sein muß,

aber auch durch Zwangssterilisierung, die in einigen Staaten Nordamerikas seit einigen Jahren schon bei Schwachsinnigen und Geisteskranken durch eine Operation ausgeführt wird, in Deutschland auf private Initiative (Böters /Zwickau/) auch schon in einer ganzen Reihe von Fällen. Diese Seite der Angelegenheit sei in dieser Rundschau nicht weiter erörtert. Ganz abgesehen davon, daß zum Beispiel die Tuberkulose schwerlich durch Verbesserung der Erbanlage wirksam bekämpft werden kann, handelt es sich hier um eine ethische Frage, die zudem noch das Gebiet der Metaphysik streift; um die Frage nach dem Sinn der "Minderwertigkeit" und der Existenz der "Minderwertigen" und nach dem Recht des Menschen aus Erwägungen einer jeweilig bestimmten "Zweckmäßigkeit" heraus in die Selbstbestimmung des Menschen einzugreifen, deren Bedeutung rational freilich nicht faßbar ist. Diese mehr negativen Maßnahmen einer Ausmerzung der schlechten Erbanlagen können hier um so eher beiseite bleiben, als Grotjahn selber ihnen als positive Maßnahmen vor allem wirtschaftlich-soziale Vorschläge gegenüberstellt, die in dem Entwurf zu einem Elternschaftsversicherungsgesetz gipfeln. Sie sollen vor allem die Fortpflanzungslust der normalen "vollwertigen" Elternpaare durch eine merkbare materielle Unterstützung anfangen, in Form von Versicherungsprämien, deren Beiträge von den Ledigen, den kinderlosen und kinderarmen Ehepaaren nach bestimmter Staffelung aufgebracht werden. Ähnliche Maßnahmen haben in Frankreich bereits Erfolg gehabt; es ist immerhin bemerkenswert, daß die Geburtenzahl in Paris heute erheblich höher als diejenige Berlins ist, das zurzeit von allen europäischen Hauptstädten am schlechtesten abschnidet. Es wäre zu wünschen, daß die sachlichen und doch schon präzisierten Vorschläge Grotjahns weitere Beachtung finden und seine in bevölkerungshygienischer und -politischer Hinsicht recht durchdachten Ausführungen von allen gelesen werden, die an diesem wichtigen Gegenwartsproblem interessiert sind. Henriette Fürth behandelt in einem kleinen Büchlein Das Bevölkerungsproblem in Deutschland /Jena, Gustav Fischer/ den selben Gegenstand, ohne allerdings die Probleme genügend zu erschöpfen; als eine erste Einführung in sie erfüllt die Schrift ihren Zweck. In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die Abhandlung Fritz Dehnows. Die neuere Entwicklung der Eugenik /Berlin, Carl Heymann/ hingewiesen... Sie

setzt sich mit den nordischen "Rasse-theoretikern" auseinander und kommt im übrigen zu dem selben Ergebnis wie Grotjahn, daß es Aufgabe der Eugenik sei die Ziele der individuellen und sozialen Hygiene durch richtige Auswahl der zur Fortpflanzung geeigneten Rasenelemente zu ergänzen, aber nicht gegen Fürsorge Sturm zu laufen.

Sexualhygiene Steht bei Grotjahn das sozialhygienische und bevölkerungspolitische Problem

der Gesamtheit bei weitem im Vordergrund seiner Ausführungen, so behandelt der Frauenarzt und frühere Direktor der Frauenklinik in Haarlem *Theodor Hendrik van de Velde* in seinem Buch *Die vollkommene Ehe* /Leipzig, Benno Konegen/ das Fortpflanzungsproblem ganz vom Standpunkt der individuellen Hygiene. Die vorliegende Arbeit bildet den 1. Teil einer Trilogie und beschäftigt sich mit der Physiologie der ehelichen Beziehungen; ein 2. Band soll die psychologischen Seiten des ehelichen Lebens, ein 3. schließlich auch das Problem der Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit der Ehe behandeln. Mit diesem letzten wird sich der Verfasser der sozialen und bevölkerungspolitischen Seite des Problems nähern, in dessen Brennpunkt die Fruchtbarkeit der Ehe stets stehen muß. Im 1. Band bespricht er als erfahrener Frauenarzt und Berater der Ehemänner die Technik der Einzel-ehe, ihre Physiologie und Hygiene. Er schildert in klarer, schöner und sachlicher Form die Physiologie der geschlechtlichen Beziehungen in allen Einzelheiten, die Technik des Geschlechtsverkehrs und die körperliche Hygiene des ehelichen Verkehrs. Alles Sexualpathologische läßt er mit Recht fort; es gehört nach seiner Ansicht in eine Physiologie der Ehe, die er zu einer »Hoch-ehe« gestalten will, nicht hinein. Das Buch gehört in die Hände aller Ehepartner, die das Glück der Sexualität in der Ehe zu erhöhen suchen.

Von dem Handbuch der gesamten Sexualwissenschaft, das *Iwan Bloch* 1912 mit dem 1. Band über die Prostitution begann, liegt jetzt der 2. Band vor /Berlin, Louis Marcus/, dessen 1. Hälfte das Problem vom ersten Auftreten der Syphilis in Europa um die Mitte des 16. Jahrhunderts bis zu den Ansätzen einer staatlich-kommunalen Regelung der Prostitution im 18. Jahrhundert behandelt. Der 1. Band umfaßte die Prostitution bei den Naturvölkern, den Völkern des Altertums und des Mittelalters und war noch von Bloch allein

mit einer ungeheuren Beherrschung des Quellenmaterials aus aller Herren Länder verfaßt. Er hat auch noch den 2. Band begonnen, konnte ihn aber in den 10 Jahren bis zu seinem Tod nicht mehr zu Ende bringen. Es ist das kein Wunder, wenn man sieht, welches erstaunlich vielseitige und umfangreiche Material auch zu diesem Band wieder textkritisch benutzt wurde. *Georg Loewenstein* unternahm es das Werk unter möglicher Anlehnung an die Aufzeichnungen und Methoden Blochs, aber doch unter selbständiger Gedankenführung und weiterer Heranziehung des gewaltigen Quellenmaterials auf diesem Gebiet weiterzuführen. Denn das Problem der Prostitution erfordert in vielfacher Hinsicht die Beachtung aller Gesellschaftswissenschaften. Es ist in hygienischer Hinsicht wegen der damit verbundenen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von größter praktischer Bedeutung und rührt kulturell und soziologisch an die letzten Ursachen abnormer Gesellschafts- und Sittenentwicklung. Man wird dem angekündigten Schlußband über die Prostitution in der neuesten Zeit mit besonderer Spannung entgegensehen und von hygienischem Gesichtspunkt wünschen, daß er noch rechtzeitig für den neuen deutschen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, mit dem die Regelung der Prostituiertenüberwachung nach modernen Prinzipien untrennbar verbunden ist, erscheint. Im Zusammenhang damit sei auf die kleine Schrift *Karl F. Kocmatas Die Prostitution in Wien* hingewiesen, die im Verlag für Volksaufklärung in Wien als 1. Band einer Sammlung Großstadt- und Menschheitsdokumente erschien. Sie gibt eine lebendige Schilderung persönlicher Erfahrungen und ist durch einige wertvolle Zahlen aus der amtlichen Prostituiertenstatistik belegt.

Abtreibung Im Auftrag des Deutschen Ärztevereinsbundes verfaßte *Siegmund Vollmann*, der Herausgeber des Ärztlichen Vereinsblatts, eine kurze Schrift *Die Frucht-abtreibung als Volkskrankheit* /Leipzig, Georg Thieme/. Das gesamte Problem wird ruhig und ohne Polemik im Zusammenhang mit dem allgemeinem des Geburtenrückgangs behandelt. Der Autor kommt darin freilich zu einer Ablehnung der Straffreiheit der Abtreibung und auch zu einer Ablehnung des Vorschlags auf Straflosigkeit der Abtreibung innerhalb der ersten 3 Monate, während er für Milderung und den jeweiligen Um-

ständen angepaßte Auslegung des Abtreibungsparagraphen eintritt und sich damit den von Grotjahn und Wygodzinski verfochtenen Ansichten nähert.

Weiter als er geht *Julian Marcuse* in seiner ebenfalls von hoher soziologischer Warte geschriebenen Abhandlung *Die Fruchtabtreibung in Gesetzgebung und ärztlichem Handeln* /München, Richard Pflaum/, indem er für eine Abänderung des künftigen Strafgesetzes die entsprechenden Bestimmungen folgendermaßen formuliert: »1. Die Tötung der Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung ist straffrei, wenn sie innerhalb der ersten 3 Monate der Schwangerschaft durch einen approbierten Arzt erfolgt. [Die Strafbarkeit der Schwangeren, wenn auch mit geringeren Strafen, soll aber beibehalten werden, wenn sie selbst die Abtreibung vornimmt oder sie durch einen Pfuschler ausführen läßt.] 2. Bei Gefährdung von Leben und Gesundheit der Schwangeren durch die Schwangerschaft ist die Unterbrechung derselben auf Grund eines Gutachtens zweier approbierter Ärzte jederzeit straffrei.«

Totenliste Als im Juli 1926 durch die Zeitungen die Nachricht vom Tod *Emile Coués* ging, da konnte man aus einigen der Nachrufe und Würdigungen fast etwas wie einen Unterton leichter Genugtuung heraushören, daß dieser Mann, der manchen wie ein Prädentent ewigen Lebens auf dieser Erde erschienen war, nun doch dem Schicksal seinen Tribut hatte entrichten müssen. Welch ein Mißverstehen, auch dabei, dieses Menschen, dessen Leben gerade darin bestand, daß es nicht in seinem eigenen Leben zentriert war. Das Neue und Schöpferische an seinem Werk ist noch nicht ausgedeutet und, da sein Wesen nicht aus seiner Begründung und namentlich nicht aus seiner Terminologie erfaßt werden kann, auch von seinen eigenen Anhängern und publizistischen Verfechtern kaum begriffen worden (siehe auch die Rundschau *Psychologie*, in diesem Band Seite 230). Coué hat, wie Arnold Zweig in seinem schönen Nachruf in der *Vossischen Zeitung* vom 6. Juli 1926 schrieb, »das Reich des Geistes vergrößert, die Bildbarkeit und den Gehorsam des Körpers erwiesen«. Und sein Leben stellt dazu noch den »Sieg des französischen Geistes über den Amerikanismus« dar: »Ein Mensch heilt Hunderte; er lindert täglich die Leiden von Hunderten; er wird umlagert von aller Welt. Aber; er wird kein "Meister". Und; er scheffelt kein Geld. Er kann helfen und hilft: basta.

Dies ist Coués persönliche Größe, die Probe seines Charakters, die innere Beständigkeit eines Ideals der Bedürfnislosigkeit. Und dies ist eine Art und Haltung, die Anatole France geliebt und anerkannt hätte, eine echt französische Haltung von seiten eines Laien. Die Brüder der Bettelorden, die großen armen Rabbiner des Ostens, die Büsser der indischen Landstraßen, bairagi und baghats: sie hätten hier einen Bruder gefunden, ohne Feierlichkeit, ohne Gelübde, ohne Rüstzeug von Ordensregeln, einen französischen Rentner, der aus der Muße die Freiheit zog Besuchern zu helfen: 1926, ohne Entgelt.« Coué ist 69 Jahre alt geworden. Wenn nichts von ihm übrig bliebe als die Erinnerung an sein Wirken, so wäre auch das noch von großem allgemeinen Wert, vielleicht von größerem als bloße wissenschaftliche Erkenntnis. Doch wird auch diese ihm noch nachzufolgen haben.

Als Lehrer wie als Chirurg hochgeschätzt starb im selben Monat, kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahrs, *Otto Madelung* in Göttingen, wohin er sich nach der Rückgabe Straßburgs, seines letzten Wirkungskreises, an Frankreich zurückgezogen hatte. Seine Arbeiten galten den verschiedensten Gebieten der Chirurgie. Während des Krieges hat er an der Ausbildung und dem Fortschritt der Kriegschirurgie mit Eifer und Erfolg mitgearbeitet.

Als ein weiteres Opfer der dauernden Beschäftigung mit den Röntgenstrahlen starb *Maxime Ménard* in Paris. Es seien hier die Sätze wiedergegeben, die die *Wiener Arbeiterzeitung* über sein Leiden und Sterben schrieb: »Nach seinen Fachgenossen Infroit, Vaillant, Bergonié ist jetzt auch Maxime Ménard, der Leiter des Röntgeninstituts im Hospital Cochin in Paris, als Märtyrer der Wissenschaft gestorben. Die Röntgenstrahlen, deren Heilwirkung er seit seinem 22. Lebensjahr erforscht hat, die er unermüdlich zur Bekämpfung von Krankheiten verwendet hat, haben ihn getötet, sie haben ihn buchstäblich zerfressen, so daß der 1,8 Meter große Mann auf seinem Totenbette nur 47 Kilogramm wog. Dieses sind die Leidensstationen Ménards: Juni 1914 Amputation des rechten, September 1916 Amputation des linken Zeigefingers, April 1917 teilweise Entfernung des untern Lides des rechten Auges, Ende 1923 Amputation des linken Goldfingers, Oktober 1924 Radiumbehandlung der Oberlippe, Mai 1925 Entfernung des linken Auges. Die linke Seite des Gesichts ist nur noch eine einzige offene Wunde. Die Beine werden

lahm, das Fleisch verschwindet langsam. Am 29. Juli 1926 ist die ganze rechte Körperseite gelähmt. Am 2. August rinnt Flüssigkeit aus der Nase. »Das ist das Ende«, sagt Ménard. Am 3. August phantasiert er, er verliert das Bewußtsein. Am 7. August um 1 Uhr morgens starb Maxime Ménard. Ménard hat sein Leiden, dessen Verlauf er voraussah, im Interesse der Wissenschaft von Tag zu Tag beobachtet... Sobald seine Schmerzen ihm einen Augenblick Ruhe ließen, dachte er an seine Kranken und an seine Forschungen, die in den letzten Jahren hauptsächlich den ultravioletten Strahlen gewidmet waren. Noch am 1. August, zwei Tage, bevor er das Bewußtsein verlor, erhob er sich von seinem Krankenbett, um einen Krebskranken zu behandeln... Maxime Ménard starb 53 Jahre alt in Armut.«

Am 23. August starb in Berlin *Raphael Silberstein*, dessen Verdienste hier Karl Kollwitz schon kurz geschildert hat (siehe die Rundschau Aus der Zeit, 1926 Seite 670). Seiner Energie dankt die gerade in Neukölln dicht wohnende Arbeiterbevölkerung mustergültige hygienische Einrichtungen. Als Mitglied der Ärztekammer und ihrer Vertragskommission hatte Silberstein auch die Möglichkeit die Interessen der Ärzte wirksam zu vertreten. Insbesondere hat er sich für die freie Arztwahl stets tatkräftig und oft erfolgreich eingesetzt.

Kurze Zeit nach dem Tod Bumms verlor die Berliner Universität ihren andern führenden Gynäkologen *Karl Franz*, der am 25. September im Alter von 56 Jahren starb. Eine ungewöhnliche manuelle Geschicklichkeit befähigte ihn das Gebiet der operativen Behandlung von Frauenkrankheiten besonders zu pflegen. Sein großes Werk Gynäkologische Operationen enthält das Ergebnis seiner Erfahrungen. In der vielumstrittenen Frage der Fruchtabtreibung neigte er einem modernern Standpunkt zu als man ihn heute bei gar so vielen Vertretern der zünftigen Medizin antrifft.

Der Aufschwung der Kinderheilkunde in Deutschland in den letzten Jahrzehnten ist in erster Reihe auf *Otto Heubner* zurückzuführen, der, in seinem 84. Lebensjahr, im Oktober in Dresden starb. Dort hat er seit seinem Ausscheiden aus der Berliner Lehrtätigkeit (1913) gewohnt. Seinem Wirken als Forscher, Arzt und Lehrer dankt die heutige Generation der führenden Kinderärzte ihre Ausbildung.

Der Kampf gegen die Tuberkulose als Volksseuche geht in Deutschland auf *Gotthold Pannwitz* zurück, der im No-

vember, 65 Jahre alt, in Oeynhausen starb. Pannwitz, ursprünglich Militärarzt, erkannte früh die Notwendigkeit der Fürsorge für die Tuberkulösen in den breiteren Volksmassen und wußte eine Bewegung ins Leben zu rufen, die durch Errichtung von Volkslungenheilstätten dieser Aufgabe zu dienen sucht.

Kurze Chronik Die *Bevölkerungsbewegung* war im Jahr 1926 Deutschland wieder recht günstig. Über die wichtigsten Tatsachen unterrichtet die nachstehende zahlenmäßige Übersicht über die deutschen Großstädte:

Jahr	Eheschließungen (in ‰)	Lebendgeburten (in ‰)	Todesfälle überhaupt (in ‰)	Todesfälle an Tuberkulose (in ‰)	Säuglingssterblichkeit (in ‰ der Lebendgeburten)
1926	8,5	14,1	10,3	0,99	9,1
1925	8,4	14,7	10,4	1,17	9,5
1924	7,7	14,1	10,7	1,34	10,1

Besondere Beachtung verdient der weitere Rückgang der Säuglings- und der Tuberkulosesterblichkeit. ◊ Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Neugestaltung der *Schulgesundheitspflege* in Berlin entsprechend der Magistratsvorlage mit großer Mehrheit genehmigt. Damit wird in Zukunft die Schulgesundheitspflege nur noch von hauptamtlichen Schulärzten durchgeführt werden, die sich dieser wichtigen Aufgabe der sozialhygienischen Fürsorge allein widmen können. ◊ Vor 100 Jahren starb in Paris *René Laënnec*, der Erfinder der ärztlichen Auskultation. Zu seinem Gedächtnis wurde im Dezember 1926 eine 3tägige Feier veranstaltet, an der auch führende deutsche Gelehrte teilnahmen. ◊ Als Nachfolger *Friedrich Kraus'* übernimmt *Gustav von Bergmann* aus Frankfurt den Lehrstuhl für innere Medizin an der 2. Medizinischen Klinik in Berlin. ◊ Mit einer Vorlesung über das Liquorbild in der Diagnose und Therapie der Nervensyphilis *habilitierte* sich in der Medizinischen Fakultät der Berliner Universität *Annelies Wittgenstein*. *Günther Fromolt* habilitierte sich dort mit einer Vorlesung über die Methode zur Prüfung der Tubendurchgängigkeit.

Literatur

Das als Quellenwerk wichtige Werk *Das Gesundheitswesen des preußischen Staates* in den Jahren 1923 und 1924, das, wie seine Vorgänger, in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ erscheint, zeigt neben dem erfreulichen Fortschreiten der sozialhygie-

nischen Fürsorgeeinrichtungen in Preußen die bedauerliche und besonders Außenstehenden meist unverständliche Tatsache, daß im größten Land des Deutschen Reichs noch immer eine obligatorische Besichtigung der Verstorbenen durch den Arzt nicht besteht, ja in den Jahren 1923 und 1924 in einer Reihe von Kreisen, Städten und Gemeinden sogar aus wirtschaftlichen Gründen aufgehoben werden mußte. ◊ Ebenfalls ein Quellenwerk und zugleich ein wichtiges Zeitdokument ist das von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden durch den Kinderarzt an der Wiener Universität Clemens Pirquet herausgegebene 2bändige Werk *Volksgesundheit im Krieg* /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. In einer Reihe von Einzelabhandlungen werden die wichtigsten Gebiete aus der Hygiene der Kriegs- und Nachkriegszeit behandelt. Die Ausstattung des Werks, das einen Abschnitt aus der universal angelegten Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs darstellt, ist mustergültig. ◊ Sodann sollen aus der Sammlung *Die Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellungen*, die der Verlag Felix Meiner in Leipzig unermüdlich fortsetzt, 2 weitere Bände angezeigt werden. Im 5. Band schildern der Zwickauer Chirurg Heinrich Braun, der Stockholmer Neurologe und Kliniker Salomon Eberhard Henschen, der Rostocker Augenarzt Albert Peters, der spanische Anatom und Nobelpreisträger Ramon y Cajal (nach einem Auszug aus seiner umfangreichen spanischen Autobiographie), ferner der Berner Internist Hermann Sahli ihr Leben und ihr Werk. Im 6. Band schließen sich Wladimir Bechterew und August Forel, dann der vielverkannte Berliner Chirurg und Otolaryngologe Themistocles Gluck, der Anatom und Bakteriologe Gustav Hauser in Erlangen und der ungarische Hygieniker Leo von Liebermann mit ihren Autoergographien an. Wie in den früheren Bänden atmen auch diese Darstellungen, mögen sie auch oft ungleichmäßig sein, den Hauch der Unmittelbarkeit. ◊ Der als Medizinhistoriker bekannte Chirurg *Eugen Holländer* ließ einen neuen Band Anekdoten aus der medizinischen Weltgeschichte erscheinen /Stuttgart, Ferdinand Enke/, die nach in der Literatur verstreuten Angaben von Hippokrates und Galen bis zu Laënnec und Ehrlich reichen. Sie sind unterhaltsam und lehrreich, auch im kulturhistorischen Sinn. Ausstattung und Druck des Werkes mit seinen zahlreichen Abbildungen wurden durch den Verlag mustergültig besorgt.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Monet † Am 5. Dezember 1926 starb Claude Monet, 85 Jahre alt, auf seiner Besitzung Giverny in der Vendée. Während der letzten Stunden weilte sein Altersgenosse, Gutsnachbar und Freund Georges Clemenceau an seinem Bett. Claude Monet ist nicht allein als Hauptmeister der von Frankreich aus die Welt erobernden Impressionistischen Schule zu bezeichnen, er ist eine Erscheinung, die auch einzigartig, absolut und ohne Abweichungen im Werk den Ausdruck impressionistischen Fühlens, Denkens und Wirkens verkörpert hat. Schon der Ausdruck Impressionismus geht auf ihn zurück. Er war es, der in jener berühmten Pariser Ausstellung von 1874 die ungeheure Entrüstung hervorrief und in der Folgezeit der europäischen Kunst neue Wege wies, ein Gemälde mit dem Titel *Impression: Soleil levant* zeigte, aus dem der ursprünglich verächtlich gemeinte Sammelbegriff Impressionismus erwuchs. Schon damals begann er in der Auswertung der neuen Darstellungsart über seinen Lehrer Edouard Manet hinauszugehen, der ursprünglich die Parole eines Arbeitens in der freien Natur, eine Abkehr von der erstickenden Ateliermalerei ausgegeben hatte. Während Manet indessen wesentlich auf die Eroberung der hellen Skala ausging und durch Einbeziehen einer konzentrierten Beobachtung auch gewissermaßen impressionistisch darstellen mußte, zielte Monet in seiner Darstellung stets auf das Spezifische der impressionistischen Idee: auf die Erfassung der Wirkung des Sonnenlichts, das seinerseits den Gegenstand bestimmt. Bezeichnenderweise beschränkte er sich dabei fast ausschließlich auf nur selten von Figuren durchsetzte Landschaften und auf Stilleben. Seine künstlerische Leidenschaft blieb die Darstellung der Wechselwirkung von Licht und Luft; von den frühen Bildern der Kathedrale von Rouen, den Seinelandschaften, den Heuschobern, den Londoner Nebelbildern bis zu den letzten Seerosenstücken ist dies immer das primäre und schon äußerlich das kennzeichnende Moment. Keineswegs wären damit aber, was angenommen werden könnte, das Wesen, die Wirkung und die innere Eigentümlichkeit der zahlreichen Werke Monets erschöpft. Vielmehr zeigt es sich, daß Monet trotz den vielen Nachfolgern, trotz dem Aufkommen neuer Anschau-

ungsweisen und Problemstellungen und trotz seinem Beharren in der impressionistischen Stilform, immer ein besonderer Wert blieb, an den selbst die Gemälde der ihm besonders verwandten Alfréd Sisley und Camille Pissarro nicht heranreichen. Der Grund hierfür ist nicht darin zu suchen, daß Monet als Hauptmeister des Impressionismus auf dem Kunstmarkt sehr geschätzt wird, sondern in der Tatsache, daß er seine Visionen völlig zu realisieren vermochte. Er meisterte stets seinen Vorwurf, er arbeitete eindeutig und klar auf ein bestimmt gesetztes Ziel hin, und gerade diese Bestimmtheit ließ mehr entstehen als nur impressionistische Bravour und pleinairistischen Charakter. Eine moderne Poesie wurde so Ereignis und oft auch eine neuartige, durchaus auf die moderne von Hirn und Nerven bestimmte Zeit gestellte Feierlichkeit.

Ein letztes schließlich ist die historische Rolle Monets. Deutschland, das so fruchtbar die impressionistischen Anregungen aus Frankreich verarbeitet hat, wurde erst verhältnismäßig spät mit Monet bekannt. Als er aber durch Hugo von Tschudi und Paul Cassirer in Deutschland bekannt gemacht wurde, da hatten schon längst französische Impressionisten mindern Ranges, wie besonders Bastien Lepage, auf die deutschen Maler eingewirkt und der deutschen Bewegung schon eine bestimmte Richtung gegeben. Monets Einfluß ist also nur indirekt gewesen, und vielleicht ist hierin der Grund für eine gewisse Unterschätzung des Meisters zu suchen. Sogar in Frankreich selbst nahm man lange Zeit eine Kampfstellung gegen ihn ein, so daß auch später noch keines seiner Werke von Staats wegen angekauft wurde; nur Schenkungen und Leihgaben hat man es zu danken, daß dieser große Künstler auch in den öffentlichen Sammlungen Frankreichs heute zu sehen ist.

Byzantinisch-russische Monumentalmalerei Innerhalb der europäischen Kunstgeschichte ist die byzantinisch-russische Monumentalmalerei auch heute noch wenig bekannt und in ihren Grundlagen erforscht. Eine besondere Abart, die Ikonmalerei, wurde, zumal für die Kunstbetrachtung, erst um 1900 neu entdeckt. Meist wurden diese sakralen Darstellungen von den Gläubigen versteckt gehalten. Zur Zeit Peters des Großen bestanden noch zahlreiche Schulen dieser Malerei, aber seine Kirchenreform brachte es zuwege, daß diese Kunstübung fast ganz aus der Öffentlichkeit schwand.

Nun sind etliche Versuche unternommen worden diese osteuropäische und stets in engem Kontakt mit Asien stehende Kunst aufzuhellen. Eine Zusammenstellung der bisherigen Ergebnisse und einen besondern Einblick in das Wesen dieser Kunst vermittelte neuerdings eine Ausstellung von Kopieen byzantinisch-russischer Monumentalmalerei, die von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Berlin veranstaltet wurde. Besonders die Heranziehung von Vergleichen, zumal der Fresken aus den byzantinischen Klöstern des Lathmos in Kleinasien, machte es möglich, daß die Fresken von Nowgorod und Staraja Ladoga genau auf ihre russische Eigenart hin erkannt werden konnten. Einen guten Überblick bekam man ferner über die Kunst des 12. Jahrhunderts, in der die Fresken der Neredikakirche in Nowgorod die bedeutendsten sind. Weniger sah man vom 13. Jahrhundert, während das 14. mit sehr spürbarem byzantinischen Einfluß in dem Griechen Theophanes, dem Schöpfer des Zyklus der 1374 errichteten Preobraschenskijkirche in Nowgorod, die erste greifbare Künstlerpersönlichkeit besitzt. Die Weiterentwicklung wird durch Proben aus dem Russischen Kunsthistorischen Institut teilweise vorzüglich illustriert. Die zeitlich anschließende Ikonmalerei, vertreten durch etwa 60 Originale aus deutschem Privatbesitz, mußte umfangreicher dargestellt werden. Immerhin erhielt man ein Bild von der miniaturnhaft arbeitenden Stroganowschule und den Ikonen des christlichen Orients.

Laienkunst

Der Physiker Wilhelm Ostwald hat in der Kunstaussstellung Der Sturm in Berlin Temperabilder ausgestellt und dabei die Gesichtspunkte klargelegt, die ihn bei der Entstehung seiner Bilder leiteten. Er führte seine bekannte Farbenorgel vor und betonte die Notwendigkeit ähnlich zweckmäßiger Grundlagen für die Malerei, wie sie in der Musik unabhängig von der jeweiligen Schöpferpersönlichkeit bestehen. Ein besonderes Augenmerk richtete er auf die mit Farbzusammenstellungen arbeitende Industrie, der durch den Gebrauch der mechanisch arbeitenden Farbenorgel die Möglichkeit gegeben ist grobe und oft peinliche Unstimmigkeiten zu vermeiden. Die eigenen Bilder interpretierte er als in dieser Weise entstanden. Sie wirkten psychologisch gesehen nur als Beispiele bestimmter Voraussetzungen, als Kunstäußerungen dagegen infolge ihrer inneren Leere unwesentlich.

Wirkliche Laienkunst fand man in einer Ausstellung des Namens Maler, die keine sind, die der Verlag Axel Juncker in Berlin veranstaltete. Allerdings, die durchweg sicheren und mit ihrer Eigenart überzeugenden Pastelle Arno Naldels können kaum noch als Arbeiten eines Laien bezeichnet werden. Und Else Lasker-Schüler war Malerin, ehe sie Dichterin wurde. Als Laienarbeiten zeigen sich in der Hauptsache Zeichnungen und Aquarelle Franz Bleis, Felix Langers und Walter Mehrings, die spontane oder fabulierende Äußerungen auf bildmäßiger Grundlage ohne handwerkliche Voraussetzungen darstellen. Sie sind irrelevant als Bildkunstwerte, reizvoll durch die immer besondere Art der Strich- und Pinselführung und der darin liegenden Empfindung und äußerst aufschlußreich im Hinblick auf die jeweilig hinter ihnen stehende und wirkende Persönlichkeit.

Bildromane Auch in Deutschland erscheinen jetzt die eigenartigen Holzschnittfolgen, die mit dem Namen *Frans Masereels* verknüpft sind. Es ist nicht allein das anklägerische Pathos, das diesen dramatischen Abfolgen und Bildromanen ohne Worte den Erfolg gesichert hat, sondern viel stärker die souveräne, an Félix Vallotton anknüpfende und dessen ruhige Art heftig übersteigernde Behandlung der Fläche. Wenn sich in seinen Büchern *Die Sonne*, *Mein Stundenbuch*, *Die Passion eines Menschen*, *Die Idee*, die der stets im Neuen eifrig vorangehende Verlag Kurt Wolff in München herausbrachte, die einzelnen Holzschnitte zu handlungshaften Folgen verbinden, so hat man den Eindruck einer faszinierenden Treffsicherheit. In der kraftvollen Abwägung von Schwarz und Weiß ohne artistische Spitzfindigkeiten, in der scheinbar simplen und doch immer das Wesentliche ausdrückenden Durchführung liegt die Wirkungskraft seiner Kunst, die durch die thematische Zusammenfassung einzelner Blätter sich ähnlich den mittelalterlichen *Biblia pauperum* zur allgemeinverständlichen und seelischer Tiefe nicht entratenden Handlung verdichten. Dabei sind sie durchaus ein Produkt unserer Zeit, der Frans Masereel positiv gegenübersteht, und die er gleichzeitig in seinen Bildern der Großstadt (eingeleitet von Romain Rolland /Dresden, Carl Reißner/) visionsvoll und schonungslos geißelt. Ein deutscher Nachfolger Masereels ist *Otto Nüchel*, der in einer »Geschichte in Bildern«, Schicksal betitelt /Mün-

chen, Delphinverlag/ gleiche Wege einschlägt. Er wendet den Bleischnitt an und versucht durch eine Folge auf unwechselbare Akzente eingestellter Situationen ähnliche Wirkungen wie Masereel zu erzielen. Zweifellos wird eine romanhafte Handlung erreicht, jedoch wird die Eintönigkeit darin nicht durch graphische Leidenschaftlichkeit kompensiert. Als Versuch und in einzelnen Blättern ist das Werk nicht ohne Reiz, weniger anspruchsvolle Themen indessen wären ergiebiger, zumal bei lyrischer Neigung.

Totenliste Am 21. Oktober 1926 starb in Königsberg in Preußen der Maler *Karl Albrecht*, 64 Jahre alt. Er war von Ludwig Dettmann 1906 nach Königsberg berufen worden und hat dort als Mitglied der Akademie gewirkt. Seiner Art lagen stille, zarte, anspruchslose Interieurs. Am 5. November starb *Albin Egger-Lienz* auf seinem Landsitz Sankt Justina bei Bozen, in seinem 58. Lebensjahr. Ursprünglich stand er unter dem Einfluß Defreggers. Erst später fand er die ihm eigentümliche, wenn auch nicht sehr abwandlungsreiche monumentale Form, die ihn zu einem Führer auf dem Gebiet der neuern Malerei machte. In seinen Riesenbildern versuchte er eine Heroisierung des Schlichten in formal vereinfachter Darstellung. Mitte Dezember starb in Saint-Clair der belgische Maler *Théo van Rysselberghe*, im Alter von 64 Jahren. Als einer der ersten Neoimpressionisten wurde er früher außerordentlich geschätzt. Seine pointillistischen Bilder haben einen großen dekorativen Reiz. Mitte Januar 1927 starb in Paris der Kunstschriftsteller *Théodore Duret*, im Alter von 89 Jahren. Er hat sich als einer der ersten Förderer der französischen Impressionisten verdient gemacht. Sein großes Werk über Manet erschien auch in deutscher Sprache bei Paul Cassirer in Berlin. Am 1. Februar starb in Berlin der Bildhauer *Martin Schaub*, im Alter von 60 Jahren. Er wurde durch seine Wachsplastiken bekannt, dann aber auch besonders durch sein Eingreifen in den Streit um die Florabüste im Berliner Kaiser Friedrich-Museum. In Oslo starb Anfang Februar der Maler *Gustav Wenzel*, im Alter von 67 Jahren. Er war ein Hauptvertreter der norwegischen Realistischen Schule. Seine Bedeutung liegt darin, daß er in den achtziger Jahren mit Fritz Thaulow und anderen eine Freiluftakademie zum Kampf gegen die alten Kunstregeln begründete.

Kurze Chronik Eine *Internationale Ausstellung asiatischer Kunst* fand im Oktober 1926 in Köln statt. Die Direktorin des Kölner Ostasiatischen Museums, Frieda Fischer-Wieruszowski, wies in ihrer Eröffnungsansprache an die zahlreichen Gäste des In- und Auslands auf die völkerversöhnende Nebenaufgabe dieser Kunstschau hin. Sie dankte vor allem auch dem französischen Ministerium der schönen Künste für sein besonderes Entgegenkommen in der Hergabe so vieler wertvoller Stücke aus Pariser Museumsbesitz zu dieser Ausstellung, zu der ebenfalls die Museen, Privatsammler und Kunsthändler zahlreicher Städte, wie München, Essen, Hamburg, Dresden, London, Haag, Antwerpen usw. ihre Schätze nach Köln entsandt hatten. Die Führung übernahm dann Alfred Salmony, dessen Werk die Ausstellung ist. Diese hatte alle asiatischen Kulturen, vor allem China, Japan, Korea, Indien, Siam, Birma, Java und andere, in ihren Interessenkreis gezogen. ◊ Englische Ausgrabungen in Ur in Chaldäa förderten unter anderm den Kopf einer Mondgöttin mit Lapislazuliaugen zutage, der als das schönste Beispiel *sumerischer Bildhauerkunst* bezeichnet wird. ◊ In Chicago veranstaltete der Kunstklub eine *Ausstellung gotischer Bildwerke*, bei der aus amerikanischem Besitz 22 Teppiche aus der Zeit zwischen 1420 und 1520 beigeuert wurden. Der Eindruck der Ausstellung bewies, daß die besten europäischen Werke aus der Gotik teilweise schon nach Amerika abgewandert sind. ◊ In Rom wurde durch Zufall in der Nähe der von Michelangelo erbauten Porta Pia ein Medaillon mit einem *Selbstbildnis Michelangelos* entdeckt. ◊ Durch das Verdienst Max Friedländers wurde in England ein als angeblich holländischer Meister verkauftes Gemälde als Werk *Hans Holbeins* identifiziert. Es handelt sich um ein Porträt der Prinzessin Mary, Tochter des Königs Heinrichs VIII von England. ◊ Eine Fakultät für *Mosaikkunst* wurde an der Akademie der Künste in Petersburg begründet. Sie besitzt wertvolle Rezepte zur Herstellung von Mosaiken, die noch aus der Zeit der Wirksamkeit der Gebrüder Bonafede stammen und bis zu 17 000 Farbtöne ermöglichen. ◊ In Genf trat Mitte Januar ein Komitee von Sachverständigen zusammen, das die Organisation und das Arbeitsprogramm für das *Internationale Museumsbureau* studieren will, das der Völkerbund in Verbindung mit dem Internationalen Institut für geistige

Zusammenarbeit errichtet hat. Von deutscher Seite nahm Max Friedländer an dieser Beratung teil. Es wurde die Veranstaltung gemeinsamer Ausstellungen beschlossen. ◊ Die amerikanische Tradition, die reiche Leute verpflichtet aus ihrem Besitz bedeutende Summen für öffentliche Zwecke zu stiften, veranlaßte 2 ungenannte Amerikaner 1 Million Dollars für Errichtung eines *Kunstmuseums an der Yaleuniversität* herzugeben, die in den Sammlungen Jarves und Trumbull auserlesene und selten reiche Kollektionen italienischer Primitiver und früher amerikanischer Maler besitzt. Vor kurzem erwarb die Sammlung auch 5 besonders schöne mittelalterliche französische Skulpturen. ◊ Die Stadt Frankfurt ließ zum ehrenden Andenken an Ludwig Thoma und Wilhelm Steinhausen an den beiden Nachbarhäusern, in denen die beiden Künstler in Freundschaft verbunden gelebt hatten, *Gedächtnistafeln* anbringen. Die Gemeinde Groß-Auheim bei Hanau errichtete eine Tafel an dem Haus, in dem August Gaul seine Jugend verlebte hatte. Dem im Frühjahr 1926 verstorbenen Tiermaler Wilhelm Kuhnert wird ein Denkmal gesetzt, dessen Ausführung in den Händen des Berliner Bildhauers Georg Roch liegt: es besteht aus einem großen pyramidenförmigen Findling mit einem fast lebensgroßen brüllenden Löwen in Bronze.

Literatur

Von der verdienstvollen, von Hans Rothe herausgegebenen Sammlung *Daumier und wir* (Leipzig, Paul List) ist ein neuer Band Daumier und der Krieg erschienen. In 64 Tiefdruckreproduktionen nach Originallithographien erstet die ungeheure Darstellungskraft dieses Genies, dessen Blätter selbst bei zeitlich begrenztem Thema eine unermüdliche Energie spiegeln. ◊ Der Verlag Carl Reißner in Dresden hat den bemerkenswerten Versuch unternommen die bedeutendsten *Zeichner unserer Zeit* in besonderen Publikationen herauszubringen. Auf Frans Masereel ist schon oben hingewiesen worden. George Grosz' unerbittliche Zeichnungen erschienen dort als Spießerspiegel, Alfred Kubins Phantastik als Dämonen und Nachtgesichte, Heinrich Zilles Studien und Gelegenheitsarbeiten in besonders ansprechender Art als Rings um den Alexanderplatz. Zilles für die Lustigen Blätter gezeichnete Situationen und berlinische Eigentümlichkeiten sind nun auch unter dem Titel *Rund ums Freibad* in neuer Auflage im Verlag Eysler & Co. in Berlin herausgekommen.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Sorma † Aus Amerika erhielten wir die Nachricht, daß Agnes Sorma dort, 62 Jahre alt, am 12. Februar in Prescott /Arizona/ einem Herzschlag erlegen ist. Sie kam 1883 als junge Naive vom Hoftheater in Weimar an das Deutsche Theater in Berlin, das unter der Leitung Adolph L'Arronges stand, und dem stilbildenden Vermögen dieser Bühne verdankte sie eine selten glückliche Bühnenentwicklung. Ihre Erscheinung war Liebreiz, ihre Stimme zart und leise vibrierend, aber voller Empfindung. Was sie vor allen anderen deutschen Schauspielerinnen auszeichnete, war ihr Charme. So konnte ihre berühmte Cyprienne, ein einziger Fall unter den deutschen Schauspielerinnen, dem französischen Original gleichkommen. Über allen Gestalten, die sie verkörperte, wehte ihr »poetischer Humor«, wie Max Martersteig ihn genannt hat, »das sonnige Leuchten einer glücksmächtigen Seele, selbst noch durch den Schmerz der Tragik«. Ihr großes Talent, ihre gute und strenge künstlerische Schulung und ihre außerordentliche Fähigkeit sich jemandem anzupassen, ohne Aufgeben der eigenen Persönlichkeit, ließen sie zu einer idealen Partnerin Joseph Kainz' werden. Ihr Zusammenspiel mit ihm in Weh dem, der lügt! gehört zu den wenigen unverwischbaren Eindrücken der Bühnenkunst. Am meisten bekannt war wohl ihre Nora, später, unter Brahm, ihr Rautendelein. Von 1890 bis 1894 gehörte sie zum Ensemble des Berliner Theaters, das Ludwig Barnay leitete. Danach ging sie aber zum Deutschen Theater zurück, in dem mittlerweile die für die deutsche Bühne entscheidende Ära Otto Brahm angebrochen war, um von 1898 ab nur noch Gastspiele zu geben, die sie durch die ganze Welt brachten. Während des Krieges hat sie an der Ost- und Westfront Soldaten durch ihre Kunst beglückt. Die Liebe einer Mutter, die sie uns auf der Bühne in ihrer Frau Alving noch ahnen ließ, so daß man etwas ganz Neues und Großes von ihr noch erhoffen durfte, trieb sie zu ihrem einzigen Sohn nach Amerika. Auf seinem Gut brachte sie dann die letzten Tage ihres Lebens zu.

Hamlet Das auffallend verständnislose Urteil der Tagespresse gegenüber der Hamletinszenierung Leopold Jessners im Berliner Staatsschauspielhaus bedarf dringend der Korrektur, die die Geschichte ohne

hin geben wird, wenn die einzelne Bühnentat längst vergessen ist. Man hat über dem modernen Kostüm und der (im Zeitsinn wichtigen) Satire auf die Monarchie das Wesentliche der Inszenierung völlig übersehen.

Jede Zeit muß ihre spezielle Hamletauffassung haben. Jessner schuf uns den modernen Hamlet, neu für unsere Gegenwart und zukunfterfassend. Er sieht in Hamlet den Repräsentanten der großen geistigen Krise einer Generationenfolge, die vor einer ihr selbst noch nicht bewußten schöpferischen Aufgabe steht. Es gilt nicht mehr die Frage, ob Hamlet zu schwach ist die ihm vorschwebende Tat zu tun, und seine Tragik liegt nicht mehr in dem alten Gegensatz zwischen der Blässe des Denkens und der kräftigen Farbe des Handelns. Nein, es geht um den Sinn der Tat selbst. Hamlet kein Tatmensch? Er ist es, mehr als die anderen, die so laut agieren. Aber gerade darum ist ihm das bloße Tun leer. Die Einzelhandlung ist nicht die Tat. Sie wird sie nur, wenn sie aus dem Ganzen kommt, so erst die erahnte Gestalt des Ganzen formend. Es wäre Hamlet ein leichtes die Rache zu vollführen, den Mörder hinzurichten. Aber was wäre damit schon geschehen? Dann stände das eigentliche Nichts da, und damit erst begänne der Zweifel, den Hamlet vorwegnimmt. So bekommt der alte Monolog vom Sein oder Nichtsein, in Kortners erbarmungslos tief eindringendem Vortrag, eine völlig neue Bedeutung: das Sein selbst als Erscheinung des allumfassenden Nichtseins, das Menschenleid, das in sich die gesamte Welt trägt, nun in die Welt selber projiziert. Hamlets Tragik ist so das Verhältnis seines Menschentums zum All, dessen Teil er ist, und das nur durch ihn ist. Übermenschlich ist diese Leidensfähigkeit, von letzter Konsequenz, in dem Bewußtseins eines sichern Untergangs in einer Wirklichkeit, die keine Selbsttäuschung mehr kennt. Wie ironisch begrenzt dagegen der angebliche Verkünder des Nachkommenden, der Fortinbras, den die Generationen der Vergangenheit als "Tatmenschen" genommen haben, und den Jessner als bloßen Automaten seiner Zeit erkennt.

Fritz Kortner hat diesen Hamlet schlechthin vollendet gestaltet; das war die unserer Zeit, mehr noch der nahen Zukunft, notwendige Neuschöpfung. Den schleichenden, schlaffen Claudius gab Aribert Wäscher mit großer Eindringlichkeit. Paul Bildts Polonius war höchst amüsan und witzig, wohl etwas zu viel,

Er erhielt in der Höflingsszene mit Hamlet eine Überlegenheit, die ihm nicht zukommt. Polonius ist ein Einfältiger, er ist immer ganz überzeugt von dem, was er gerade sagt und tut. Ergreifend unsentimental die Ophelia der Blandine Ebinger, doch nicht auf der gleichen Ebene wie dieser Hamlet. Groß und rein in ihrer menschlichen Schwäche die Königin Gertrud der Maria Koppenhöfer. Genannt sei auch der schwungvolle Rechtsputschist Laertes, Veit Harlan; dieses war unsere Zeit, wahrhaft unsere Zeit. Der Bühnenmaler Casper Neher übertraf sich und alles Bisherige in der szenischen Ausstattung. Die ganze Aufführung war ein Ereignis. Aktuelleres Theater hat es noch nicht gegeben. Jessner hat wieder einmal bewiesen, daß er schließlich es ist, der auf der deutschen Bühne das Neue schafft. Man versteht den seelischen Widerstand der Gestrigen, die gern Heutige sein möchten, wenn sie gar vor ein Morgen gestellt werden.

Alte und neue Zeit Eine so ausgeglichene Aufführung, wie es die deutsche Uraufführung von Anton Tschechows *Drei Schwestern* im Staatlichen Schillertheater in Berlin war, bekommt man ganz selten zu sehen. Die Kunst Jürgen Fehlings besteht darin, daß er die verschiedenartigsten Schauspielertemperaturen zu einer Einheit zusammenzufügen versteht und mit einer liebevollen Hingabe an den Dichter dessen Absichten eindringlich auf der Bühne zur Wirklichkeit macht. Fehling ist in gleicher Weise musikalisch wie malerisch gerichtet. Er hat sich seiner Aufgabe in den *Drei Schwestern* mit Takt entledigt. Monoton und ohne Hoffnung ist die Grundstimmung dieses Stücks der russischen Vorkriegszeit, und unerbittlich ist dieser Abstieg während 4 langer quälender Akte, in denen nichts "geschieht", die eine Welt der vom Leben Enterbten mit ihrer Sehnsucht nach einem bessern Dasein, nach Arbeit, in erschütternder Wahrheit enthüllen. Mit Liebe und einem mitleidigen Verstehen sind die Gestalten dieser Tragödie von dem Dichter gezeichnet. Gemeinsam ist allen diesen Menschen ihre Ziellosigkeit, ihre Resignation; sie kommen nie nach "Moskau", dem Symbol ihrer Ideale. Aus dem vollendeten Ensemble dieses schönsten Abends jemanden hervorzuheben ist nicht möglich und nicht nötig. Zu den Verkündern einer neuen Zeit muß man Jules Romains' *Diktator* rechnen, den wir in Berlin, in einer sehr sauberen

Aufführung des Lessingtheaters unter Karl Heinz Martin, sahen. Romains hat als das Grundprinzip seines gesamten Werks den Unanimismus genannt. Dies ist, wie der treffliche Übersetzer des Schauspiels, Hans Feist, in den Blättern der Saltenburgbühnen ausführte, »seine Lehre von den Geistern der Gemeinschaft. Er sieht in ihr viel Weiteres als eine künstlerische Ausdrucksmöglichkeit, er will sie als eine neue Ordnung des Denkens und des Fühlens verstanden wissen, in die sich alle Individuen und alle Geistesrichtungen in Beziehung stellen sollten, ebenso auch wie alle Disziplinen der Technik und Wissenschaft. Er begreift sie als einen "Stil" des menschlichen Denkens, auf alle Formen des Daseins anzuwenden, als eine seelische Einstellung allgemeiner Art; die ein Sinnbild unserer Zeit (der "neuen Zeit") sei, so wie seit Descartes und der Französischen Revolution bis zur Wende dieses Jahrhunderts der Individualismus der "Stil" des europäischen Denkens war und der allgemeinen Einstellung der modernen Seele entsprach. Er versteht den Unanimismus nicht als eine literarische Strömung, etwa dem Symbolismus zu vergleichen, sondern glaubt an ihn wie an eine breit schlagende Welle in der europäischen Geistesgeschichte, deren Ursprung früher läge als der unserer Generation, und deren Auswirken sie überdauerte.« Der Diktator zeigt den Versuch einer Lösung der bestehenden geistigen Krise der Menschheit im Sinn einer großen Gemeinschaft. Es ist der unbedingte Glaube an den Aufstieg der Menschheit, der Wille mit Hilfe aller Kräfte aus dem Chaos herauszukommen. Ob der Diktator zum Ziel gelangen wird, sagt Romains nicht, kann er auch nicht sagen. Für ihn ist dies auch nicht wesentlich, denn »Ziel und Ausgang« haben, nach Feist, »schon in ihm selbst ihren höchsten Zusammenschluß gefunden«. Das ist aber nun doch nicht etwa als Individualismus früherer Prägung gemeint, sondern es bedeutet die Hineinnahme der Welt in das eigene Zentrum. Albert Bassermann mußte man glauben, daß er im Leben genau so souverän wie auf der Bühne herrscht. Er versteht es, wie nur noch Werner Krauß, uns in atemlose Spannung zu versetzen, so daß wir Schein und Wirklichkeit nicht mehr unterscheiden können. Er fand diesmal aber auch einen so meisterhaften Partner wie Walter Franck, der seinen fanatischen Gegenspieler gab, den doktrinären Revolutionär, der nicht begreift, worum es dem Diktator eigentlich geht.

Berlin: Städtische Oper Die Städtische Oper hat im neuen Jahr noch kein neues

Werk herausgebracht. Ihrer eigentlichen Aufgabe: das Schaffen dieser Generation zu fördern, hat sie also bis jetzt nicht genügen können. Noch kam kein Ernst Krenek, kein Paul Hindemith. Einstweilen hat sich dieses Institut damit begnügt Altes, halb oder ganz Vergessenes aufzufrischen. Das allerdings geschah in einer Weise, die uns erfreuen mußte.

Da war vor allem eine Aufführung des *Glöckchens des Eremiten* (wie Aimé Maillarts *Dragons de Villars* nach alter Weise in Deutschland heißen), die in solcher Vollendung vielleicht noch nicht dagewesen ist. Das liebenswürdige lustig-gefühlvolle Werkchen erschien so frisch und anmutig, als wäre es 17, nicht 71 Jahre alt. Maria Olszewska, wunderschön aussehend und verführerisch singend, Albert Reiß in seiner drastisch-ängstlichen Komik, Wilhelm Guttmann, lebensvoll und nobel wie nur je, dazu die schöne Tenorstimme und sympathische Art Fritz Krauß': sie bildeten ein Ensemble, das an sich wohl nur selten in dieser Oper existierte. Aber über allen stand dann Maria Ivogün. Ob es eine solche Rose Friquet schon einmal gegeben hat, ist höchst fraglich. Man hört und sieht nur sie, und dann tollt sie in einer Weise mit uns herum, daß uns Hören und Sehen vergeht. Dabei hat sie niemals Stargelüste sondern fügt sich dem Ganzen mit großer Feinfühligkeit ein. Sie singt das Koloraturgeranke mit einer selbstverständlichen Natürlichkeit, die über alle Schwächen hinweghilft. Diese Musik mischt Lyrisches und Humorvolles in rechten Dosen, selten an der Grenze des Trivialen. Aber sie hat theatralischen Instinkt, im besten Sinn, sie weiß um die Geheimnisse des Effekts, ohne diesen um jeden Preis anzustreben. Die Spielleitung Georg Paulys sorgte für schöne Bilder, die sich dem Rahmen der Oper wohlgefällig anpaßten.

Dann kam Halévys *Blitz*, eine Aufführung, die uns zeigte, daß der Schöpfer der *Jüdin* auch andere Seiten hatte, als die man gewohnheitsmäßig an ihm sieht. Die Wiederaufnahme dieses Werks mit seinen reizvollen Einzelnummern, von denen schon allein das zart andeutende Gewitter für die Delikatesse des erfindungsreichen Komponisten sprach, verdiente wirklich in der Öffentlichkeit eine andere Aufnahme als den von allen glücklich gefundenen oder nachgesprochenen "Witz" von dem Blitz, der nicht eingeschlagen hätte. 2 Sopran- und 2

Tenorstimmen vermögen es 3 Akte zu füllen, ohne daß der Oper der musikalische Atem ausgeht: das ist nicht wenig. Und die Aufführung, von Fritz Zweig einfach und zurückhaltend geleitet, stand auf beträchtlicher Höhe. Namentlich Lotte Schöne überraschte durch neue Töne, die man an ihr noch nicht kannte, und durch rührende Hingabe ohne Allüren. Eine überraschende Gestaltungskraft entfaltete Wilhelm Gombert; da hat man einen Tenorbuffo von Qualität kennen gelernt, der vieles verspricht. Und nun, nach diesen wirklich nicht verlorenen Abenden, warten wir auf das Neue. Hoffentlich nicht zu lange.

Totenliste Am 23. Mai 1926 starb in Berlin *Nikolaus Rothmühl*, 69 Jahre alt. Er war einer der hervorragendsten Bühnensänger der neunziger Jahre. Die Schönheit seines Tenors wie die Kultur seines Gesangs stellten ihn in die erste Reihe der wenigen, die in der Blütezeit des deklamatorischen Wagnerstils überhaupt zu singen verstanden. In den Mozartaufführungen des Berliner Opernhauses gab Rothmühl einen Belmonte, einen Tamino, wie man ihn dann 2 Jahrzehnte hindurch nicht wieder hörte. Daß er auch in mehr heldischen Rollen den seelischen Ausdruck bis ins höchste zu steigern wußte, zeigte sein Prophet, dessen ergreifende Darstellung durch Rothmühl uns verstehen ließ, welcher Wirkung die <in der Wagnerzeit verpönte> "große Oper" fähig ist. Rothmühl mußte 1893 das Berliner Opernhaus, zum großen Schaden dieses Instituts, verlassen: eine der Eigentümlichkeiten der wilhelminischen Ära. Er ging dann nach Stuttgart, wo er unter anderm Mascagnis William Ratcliff kreierte, war 1895 bis 1898 in Amerika, sang noch in Berlin in der Operzeit des Theaters des Westens und lehrte dann dort Gesang an der Opernschule des Sternschen Konservatoriums. Man wird ihn stets unter den bedeutenden Persönlichkeiten der deutschen Opernbühne nennen müssen. Am 3. November starb in Köln *Max Martersteig*, im Alter von 73 Jahren. Er war einer der vielseitigsten Bühnenmänner unserer Zeit, gleichermaßen als Praktiker und Theoretiker anerkannt. Er leitete Theater in Mannheim, Riga, Köln und Leipzig. Ein besonderes Verdienst erwarb er sich um Herbert Eulenberg, Wilhelm Schmidbonn und Carl Hauptmann, und viel hat er für die Geltung Hebbels auf der deutschen Bühne geleistet. In seinem großen Werk *Das deut-*

sche Theater im 19. Jahrhundert /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ schuf er eines der wichtigsten Handbücher der Theatergeschichte überhaupt.

Am 1. Dezember starb in Bad Salzbrunn *Bolko Graf von Hochberg*, 83 Jahre alt. Er war der Nachfolger des ältern Hülsen als Generalintendant der Berliner Staatsbühnen. Er hat namentlich das Opernhaus, das Hans von Bülow wenige Jahre vorher »Zirkus Hülsen« nennen konnte, wieder auf eine große Höhe gebracht. Rosa Sucher (leider nicht mit ihr auch Max Alvary), Franz Betz, Emilie Herzog, Nikolaus Rothmühl, Julius Lieban wirkten unter ihm, Weingartner und Muck dirigierten. Mozartzyklen wie während seiner Amtszeit hat man in Berlin nicht wieder gehört.

Kurze Chronik Die Französische Sektion des von Gémier begründeten Verbands zur Förderung des Welttheaters veranstaltete zu Ehren der Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft Rickelt und Wallauer, die Anfang Februar in Paris weilten, einen festlichen Empfang im Institut für geistige Zusammenarbeit, auf dem die völkerversöhnende Aufgabe des Theaters in bemerkenswerten Ansprachen umrissen wurde. Es wurden dann *deutsch-französische Theaterpläne* erörtert, die deutschen Opern- und Schauspielaufführungen in Paris und französischen in Berlin den Boden bereiteten. ◊ Das Defizit der *preußischen Staatstheater* in Berlin, Kassel und Wiesbaden betrug im letzten Haushaltsjahr rund 5 Millionen Mark, wobei auf Berlin 3.5 Millionen entfielen. Die Oper kostet mehr als das Doppelte des Schauspiels. ◊ Vielleicht auch zur Behebung oder Verringerung dieser finanziellen Nöte hat man in Berlin eine *Opernfusion* beschlossen. Dem Generalintendanten der Städtischen Oper Heinz Tietjen sollen fortan alle Berliner Opernbühnen unterstehen. Nach so vielen Versprechungen der Nachkriegszeit, angefangen mit denen Richard Strauß' Ende 1918, von denen bis jetzt kaum eine in Erfüllung ging, wird man dem weitem Verlauf der Operndinge zwar mit lebhaften Hoffnungen, aber auch mit noch größerer Skepsis entgegensehen. ◊ Am 19. Februar wurde *Julius Lieban* 70 Jahre alt. Dieser wunderbare Künstler, der vor mehr als 1½ Jahrzehnten vom Berliner Opernhaus scheiden mußte, hat einen Nachfolger seiner Art und seines Formats bis jetzt noch nicht gefunden; es gibt wohl auch kaum zurzeit einen solchen auf der deutschen Opernbühne.

Es ist nicht notwendig seine Meisterleistungen (Mime, David, Pedrillo, Basilio, Bardolph, Splendiano, Wenzel und viele viele andere) in die Erinnerung zurückzurufen. Wer sie einmal sah, wird ihr besonderes Wesen nicht vergessen. Die Gesangskunst Liebans war aber, ein völliger Ausnahmefall, seiner Darstellungskunst gleichwertig. Man braucht nur an seinen Grafen Almaviva im Barbier von Sevilla zu denken; oder auch an die Koloraturen seines Spitzbuben Beppo in Fra Diavolo, die wohl kaum je in gleicher Vollendung gehört wurden. Berühmt und fast unvergleichlich war seine Kunst des Falsettierens. In den ersten Aufführungen des Pfitznerschen Palestrina hat er mit ihrer Hilfe als Patriarch Abdisu eine Leistung zuwege gebracht, die die wenigen Takte dieser Rolle zu einem sich tief einprägenden Erlebnis machte. Am 8. März trat Julius Lieban nach langer Abwesenheit als Ehrengast des Staatstheaters in Figaros Hochzeit auf. Die Hörer, die ihn vielleicht zum großen Teil noch nie gehört hatten, mußten sich wohl sagen, daß ihnen die Arie von der Eselshaut kaum je so vorgetragen worden war. Es bleibt nur zu wünschen, daß dieser Ehrengast uns noch einige weitere Male besuche.

Literatur

Edouard Schneiders Buch über *Eleonora Duse* (Leipzig, Inselverlag/zeugt durch die Erinnerungen, die Betrachtungen und Briefe in einer sympathischen und aufschlußreichen Weise von der größten Tragödin des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts (die vielleicht auch noch dem 21. angehört). Es ist keine Biographie, die uns Schneider hier gibt. Aber die im Vergleich zu ihrem ereignisvollen Leben wenigen Dokumente genügen, um vor unseren Augen das Bild der überragenden Persönlichkeit erstehen zu lassen, deren weltbewegendes Künstlertum ohne ihre spezifische Frauenhaftigkeit nicht erklärbar und tief in große Menschlichkeit und Güte gehüllt ist. Dieses Buch wird ihr auch bei denen, die nicht das Glück hatten ihre Stimme zu hören, eine wahrhafte Verehrung bringen, wie es der Autor in seiner Widmung wünscht. Die ausgezeichnete Übersetzung wurde von Th. Mutzenbecher besorgt. Der Druck und die Reproduktion der Bilder sind von beim Inselverlag gewohnter einfacher und vollendeter Schönheit. ◊ Einem so umfassenden und um das Prinzipielle sich bemühenden Buch wie *Julius Babs* Schauspieler und Schauspiel-

kunst /Berlin, Oesterheld & Co./ wird man hohe Achtung nicht versagen können, auch wenn man mit dem Autor nicht immer einverstanden ist. Bab versucht in über 3 Dutzend Schauspielerporträts unserer Theatergeneration das Zeitlose der Schauspielkunst überhaupt und das besondere Wesen unserer jetzigen Bühnenkunst einzufangen. Die antithetische Art seiner literarischen Porträtzeichnungen wirkt auf die Dauer etwas ermüdend, und sein System wird manchmal vor allzu großer Gründlichkeit ein wenig starr. Aber das sind nur Schönheitsfehler, über die man hinwegsieht, zumal wir heute kein anderes Buch haben, das bei gleich großem Verständnis und ehrlichem Helfenwollen einen so weiten und erhellenden Überblick über den Stand unseres Theaters gibt. ◊ In der Reihe Theatergeschichtliche Forschungen, herausgegeben von Berthold Litzmann/Leipzig, Leopold Voß/, erschien eine Arbeit Die Studentes des Christophorus Stymmelius und ihre Bühne von Fritz Richard Lachmann. Als 19jähriger Student der Universität Frankfurt an der Oder, aus der 1810 die Universität Berlin hervorging, schrieb dieser Christophorus Stymmelius, der eigentlich Christoph Stummel hieß, im Jahr 1545 die Studentes, die erste der deutschen Studentenkomödien, deren Entwicklungslinie nach Lachmann bis zu Alt Heidelberg führt. »Die Dichtung der Zeit, fast ganz in den Händen der Humanisten, zeigt in klarem Bilde die neuen charakteristischen Wesenszüge; das religiöse Gefühl, den pädagogischen Trieb, die Freude am Irdischen.« Der beliebteste Stoff des neulateinischen Dramas der Humanisten ist das Gleichnis vom verlorenen Sohn, von dem die Studentes eine weltliche Variante darstellen. In der dramatischen Technik hängt Stymmelius von Terenz ab, während die Bühne, die er benutzt, einen ganz neuen Typus darstellt, mit mehr Spielmöglichkeiten und eine Verwandlung zulassend, am ähnlichsten der Bühne des elsässischen Pfarrers Johann Rasser, auf der dieser mit seinen Schülern spielte, und der Bühne der Meistersinger in Nürnberg. Hierin muß man das wichtigste Ergebnis der in der Beweisführung überzeugenden Untersuchung sehen. Dem Buch ist eine deutsche Übersetzung beigegeben, wobei Lachmann auch in der Beibehaltung der Metra auf möglichsten Anschluss an das lateinische Original sah; außerdem wurden auch noch 44 Holzschnitte aus Johann Rassers Christlich Spil von Kinderzucht mit abgedruckt.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade

Agrarenquete Die Arbeiten des deutschen Enqueteausschusses sind auf landwirtschaftlichem Gebiet um ein weiteres wichtiges Stück vorwärts gekommen. In dieser Rundschau (1926 Seite 888 und folgende) wurde bereits von der Aufarbeitung der Buchführungsergebnisse aus 3000 Betrieben berichtet, aus denen wichtige Erkenntnisse über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, über das Preisverhältnis zwischen Produkten und Produktionsmitteln und über die die Rentabilität bedingenden Faktoren gewonnen werden sollen.

Die Analyse von mehreren tausend Betrieben, die nach den Gesichtspunkten der Betriebsgröße, der Bodenverhältnisse und der Hauptbetriebsrichtung in Gruppen mit gleichen Produktionsbedingungen und gleichen Rentabilitätschancen geordnet sind, und die nun die widersprechendsten Betriebserfolge aufweisen, von mehreren hundert Mark Verlust pro Hektar bis zu mehreren hundert Mark Reingewinn pro Hektar, verspricht die allerwertvollsten Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Betriebsführung und Betriebserfolg. Im Grunde muß es ja bei jedem Betrieb möglich sein durch Untersuchung der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten, besonders des Lohnkontos und des Kunstdüngerkontos, dem großen Geheimnis auf die Spur zu kommen, warum gerade der eine Betrieb mit Verlust abgeschnitten hat, während ein unter gleichen natürlichen Bedingungen arbeitender anderer Betrieb bei zweckentsprechenderer Betriebsorganisation einen Gewinn erzielen konnte. Durch das Zusammentragen und kritische Zusammenfügen dieser in monographischer Kleinarbeit gewonnenen Bausteine wird es endlich möglich sein über die brennenden Fragen Klarheit zu gewinnen, wie die landwirtschaftliche Betriebsführung rationeller gestaltet und verbilligt, und wie der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion unter Wahrung der Rentabilität gesteigert werden kann; Fragen, die durch den seit Jahren mit dem Schlagwort "Extensivierung oder Intensivierung?" geführten Meinungsstreit im ganzen doch mehr verwirrt als geklärt worden sind.

Bei der agrarpolitischen Auswertung dieser Buchführungsergebnisse darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich bei den untersuchten 3000 Betrieben nur um einen sehr kleinen Aus-

schnitt aus der deutschen Landwirtschaft mit ihren mehr als 3 Millionen selbständigen Betrieben handelt. Schwere wiegend noch ist der Umstand, daß diese 3000 buchführenden Betriebe alles andere darstellen als einen typischen Ausschnitt aus der deutschen Landwirtschaft, daß sie gerade als buchführende Betriebe ausgesprochen untypische Betriebe sind. Diese 3000 Betriebe, und mit ihnen die gesamten etwa 18 000 buchführenden Betriebe, die durch die Bestandsaufnahme des Enqueteausschusses in der deutschen Landwirtschaft festgestellt wurden, gehören durchweg jener dünnen Oberschicht der landwirtschaftlichen Betriebe an, in denen die modernen technischen Methoden zu weitestgehender Anwendung gekommen sind, die beispielsweise einen Stickstoffverbrauch von 30 bis 60 Kilogramm pro Hektar aufweisen, die hochgezüchtetes Saatgut und moderne Maschinen verwenden, und in denen die Durchdringung des Betriebs mit wirtschaftlichem Denken eben ihren höchsten Ausdruck in der Tatsache der exakten Buchführung gefunden hat.

Unter dieser zahlenmäßig recht beschränkten Oberschicht befindet sich aber erst die nach Millionen zählende Masse der bäuerlichen Betriebe mit einem ganz andern, unvergleichlich primitivern Stand der Technik, mit einer ganz andersartigen, viel weniger rechenmäßig und rationell durchdachten Betriebsführung. In der Welt dieser nicht buchführenden, in der Betriebsorganisation und in der Betriebstechnik rückständigen Betriebe gelten nun wieder völlig andere Gesetze, Maßnahmen, die den höherentwickelten Betrieben auf Grund der Buchführungsanalysen empfohlen werden müssen, um ihre Rentabilität zu verbessern oder ihre volkswirtschaftliche Leistung zu heben, dürfen auf die unentwickelten Betriebe niemals schematisch angewendet werden. Da der Enqueteausschuß aber die Aufgabe hat die Situation der deutschen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit zu untersuchen und der großen Masse der landwirtschaftlichen Betriebe die Wege zum wirtschaftlichen Aufstieg und zu gesteigerter volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu weisen, so war es nun eine konsequente und unentbehrliche Ergänzung der Buchführungserhebungen, daß der Ausschuß einen Weg gesucht hat, um in die fast noch völlig unerforschte Welt der technisch und organisatorisch rückständigen, das heißt der großen Masse der typischen landwirtschaftlichen Betriebe einzudringen. Daß

die technisch rückständigen wirklich die ganz überwiegende Mehrzahl der Betriebe ausmachen, ergibt sich allein schon aus der in dieser Rundschau mehrfach angeführten Zahl, nach der der durchschnittliche Stickstoffverbrauch der deutschen Landwirtschaft zirka 11 Kilogramm pro Hektar beträgt, während in allen rationellen Betrieben wenigstens 30 bis 40 Kilogramm verbraucht werden. Um diesen Betrieben näherzukommen und endlich einmal darüber Klarheit zu schaffen, wie denn eigentlich in der großen Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe der Stand der Technik und der Betriebsorganisation ist, beschloß der Enqueteausschuß in allen kleineren Verwaltungsbezirken Deutschlands, das heißt in allen preußischen Landkreisen, bayerischen Bezirksämtern usw., eine Erhebung über die landwirtschaftlichen Betriebs- und Intensivitätsverhältnisse zu veranstalten. Die Bearbeiter dieser Erhebung sollen die Direktoren der landwirtschaftlichen Schulen, der Winterschulen sein, die von Beruf dazu bestimmt sind als Berater der bäuerlichen Landwirtschaft ihres Bezirks zu fungieren und die modernen technischen Fortschritte durch unermüdliche Aufklärung zu verbreiten. Von ihnen kann daher, vor allem, wenn sie genügend lange im Bezirk sind, eine genügende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und auch der Entwicklungsmöglichkeiten erwartet werden. Die Landwirtschaftskammern, die in den meisten deutschen Ländern auch die Träger des landwirtschaftlichen Schulwesens sind, an ihrer Spitze die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer sowie der Deutsche Landwirtschaftsrat, haben sich in dankenswerter Weise in den Dienst der Erhebung gestellt, mit ihnen die landwirtschaftlichen Ministerien derjenigen Länder, in denen, wie in Bayern, das landwirtschaftliche Unterrichtswesen vom Staat organisiert ist. Die Vorbereitungen dieser Erhebung waren außerordentlich sorgfältig. Man beriet nicht nur mit allen mitwirkenden Organisationen über den bei der Erhebung zugrunde zu legenden Fragebogen und den vorzuladenden Kreis von Sachverständigen. Es wurden auch von einem Sonderausschuß des Enqueteausschusses, dem der Kieler Betriebswissenschaftler Emil Lang, der Direktor der Bonner Landwirtschaftskammer Karl Hofmann und der Bearbeiter dieser Rundschau angehörten, in 3 Kreisen, im Osten, im Westen und im Süden Deutschlands, Probeerhebungen gemeinsam mit den zuständigen Schuldirektoren durchgeführt. Die Ergebnisse aus diesen Probeerhebungen

sollen den übrigen Bearbeitern als Anleitung dienen; außerdem wurde in 2 Tagungen, in Berlin und in München, gemeinsam mit den Schulreferenten sämtlicher Kammern und der zuständigen Ministerien das Vorgehen bei der Erhebung und bei der Auswertung in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Es ist zu hoffen, daß diese Erhebung, der bereits im vorbereitenden Stadium die Sachverständigen zugestimmt haben, in vollem Umfang gelingt, und daß mit einer eingehenden und umfassenden Bestandsaufnahme der Landwirtschaft und ihrer gegenwärtigen Technik und Betriebsorganisation eine breite und tragfähige Grundlage für das große Werk der Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte geschaffen wird.

Standardisierung

Im Rahmen der zahlreichen Vorträge, die in der Grünen Woche gehalten wurden, sprach der Bonner Professor Theodor Brinkmann über das Standardisierungsproblem. Seine hauptsächlich theoretischen Ausführungen ergänzen in ganz ausgezeichneter Weise die zahlreichen in den letzten Monaten angeregten Standardisierungsmaßnahmen.

Es ist ein großer Unterschied zwischen der Standardisierung in der Industrie und der in der Landwirtschaft. In jener ist die Standardisierung in erster Linie ein Produktionsproblem: Durch die Schaffung einheitlicher Fabrikationstypen wird die Produktion verbilligt, moderne Herstellungsverfahren, wie Fließarbeit, Serienherstellung, werden ermöglicht. Die Vorteile, die eine Normung industrieller Produkte auf dem Gebiet des Absatzes bietet, treten demgegenüber in den Hintergrund. Anders liegen die Dinge in der Landwirtschaft. Für den Landwirt ist die Standardisierung seiner Waren nicht mit Verbilligung sondern eher mit Verteuerung der Produktion verbunden, da sie nicht Hand in Hand mit der Rationalisierung der Produktion zu gehen braucht, und die zur Herstellung von Markenwaren notwendige Sorgfalt erhöhte Kosten verursacht. Zudem tritt ein weiterer ebenfalls für die Standardisierung der Agrarprodukte ungünstiger Unterschied hinzu: Ist in der Industrie mit der Herstellung eines einmal festgesetzten Warentyps die Standardisierung praktisch durchgeführt, so sind bei der Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse 2 Aufgaben zu unterscheiden: zunächst die einmalige Aufstellung und Festlegung des Standards, dann aber auch die dauernde Einklassifizierung der einzelnen Produkte. Zu

der Notwendigkeit einer einmaligen Organisation der Absatzreform kommt also die dauernde und hohe Kosten erfordern Überwachung der Durchführung, eine Arbeit, die um so größer sein muß, je verschiedener (man denke nur an die Qualitätsunterschiede verschiedener Ernten) die Produkte ausfallen. Ist die Standardisierung trotz diesen für die Landwirtschaft ungünstigen Umständen in den Vereinigten Staaten von Amerika weitgehend durchgeführt, und wird ihre Durchführung auch bei uns erstrebt, so müssen auf anderen Gebieten Vorteile liegen, die diese Nachteile überkompensieren.

Der Verbraucher landwirtschaftlicher Produkte ist auch noch mehr oder weniger an ihrer Produktion beteiligt. Zum mindesten muß er die gekauften Lebensmittel noch eßfertig zubereiten, vielfach aber noch sortieren, zum Beispiel Kartoffeln oder Gemüse. Wird ihm diese Arbeit möglichst weitgehend abgenommen, so ist er bereit höhere Preise zu zahlen, nicht nur für die geringere Arbeit, die er aufzuwenden hat, sondern auch dafür, daß er dann nur diejenige Qualität von Waren erhält, die er tatsächlich verbraucht. Alle Abfälle oder sonst mit eingemischten minderen Qualitäten gelangen gar nicht in seine Hände, lassen sich aber vom Produzenten, der auch die Sortierung mit maschineller Hilfe billiger durchführen kann als der Verbraucher, anderweitig verwenden. Noch größer sind die Vorteile, die auf dem Gebiet des Absatzes selbst zu erreichen sind: Nichtsortierte Produkte verlangen ebensoviel Verpackungs-, Fracht- und Lagerungskosten wie sortierte. Auf diese entfällt, entsprechend ihrem höhern Wert, ein geringerer Unkostenprozentsatz. Ist von einer Ware die Qualität genau bekannt, so fällt die Notwendigkeit sie vor dem Kauf zu besichtigen oder, wo das wegen der Größe der Entfernung unmöglich ist, die Inanspruchnahme von Zwischenhändlern wie das mit dem Kauf unsortierter Waren verbundene große Risiko weg. Die Einführung der Standardisierung durch die Genossenschaften hat in den Vereinigten Staaten ein ganzes Heer von Zwischenhändlern und Aufkäufern entbehrlich gemacht. Ein nicht zu übersehender Nutzen liegt schließlich auf dem Gebiet der Warenbeleihung, deren Grenzen sich bei standardisierten Waren höher ziehen lassen als bei unsortierten Produkten. Auch die Preisbildung ist bei der genau bekannten und zuverlässig eingehaltenen Qualität von Markenwaren wesentlich vereinfacht.

Die Durchführung der Standardisierung bietet natürlich große Schwierigkeiten. Der Farmer kann nicht für sich allein standardisieren, wie das in einem großen Industriewerk möglich ist. Eine ganz entscheidende Bedeutung können hier die Genossenschaften erlangen. Der Privathandel hat Interesse an großem Umsatz, wobei ihm die absolute Preishöhe gleichgültig ist, wenn nur die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen genügend groß ist; der Landwirt und die Genossenschaft sind dagegen an möglichst hohen absoluten Preisen interessiert. Es kann daher für die Genossenschaft gar kein besseres Mittel geben den Erlös der Genossen zu erhöhen und zugleich in scharfe Konkurrenz mit dem Händler treten zu können, als durch diese Rationalisierung des Handels ihre Preise bei sinkenden Unkosten zu erhöhen.

Der Erfolg aller dieser Maßnahmen ist, daß vom Erlös eines Produkts dem Erzeuger ein höherer Prozentsatz zufällt als bisher, ohne daß der Verbraucher dadurch belastet wird. Standardisierung ist daher, da der Handel einen unverhältnismäßig hohen Anteil des Preises für sich beansprucht, ein Mittel die Ertragsverteilung gerechter zu gestalten.

Kalipreise

Im Januar 1926 war die von der Kaliindustrie beantragte Kalipreiserhöhung durch das Veto des Reichswirtschaftsministers verhindert worden. Im Dezember setzte der Reichskalirat diese Hinaufsetzung des Preises durch. Seit dem 23. Dezember 1926 gelten die folgenden Preise für 1 Kilogramm Reinkali: Kainit 10,83 Pfennig (20 % Preiserhöhung), 20prozentiges Kalidüngesalz 15,2 (24,1 %), 30prozentiges Kalidüngesalz 17,97 (15,2 %), 40prozentiges Kalidüngesalz 18,88 (13,2 %), 50prozentiges Kalidüngesalz 27, schwefelsaures Kali 31 25 Pfennig. Diese Preiserhöhung wirkt sich jedoch in der deutschen Landwirtschaft noch dadurch besonders stark aus, daß die sehr im Preis erhöhten Salze in viel größerem Umfang verbraucht werden als die hochprozentigen Salze, die im Preis gleich blieben. Im Düngerjahr 1925-1926 waren an der Deckung des deutschen Kalibedarfs Rohsalze mit 29,69 %, 20- bis 40prozentige Kalidüngesalze mit 67,69 % beteiligt, 50prozentiges Kalidüngesalz (Chlorkali) mit 2,48 %, schwefelsaures Kali mit 0,06 %, schwefelsaure Kalimagnesia mit 0,08 %.

Die Preiserhöhung wurde vor allem mit dem Mangel an Absatz begründet, bei dem eine Produktion zu den früheren Preisen nicht rentabel ist. Tatsächlich ist

zwar der Kaliabsatz in den ersten Monaten des laufenden Düngerjahrs etwas hinter dem des Vorjahrs zurückgeblieben, gegen Jahresabschluß ist er aber ganz beträchtlich gestiegen. Schon im November 1926, also vor der Kalipreiserhöhung, übertraf er den Absatz des selben Monats im Jahr 1925 etwas. Im Dezember 1926 wurde um 62 % mehr Kalisalz verkauft als im Dezember 1925. Die Annahme, daß dieser erhöhte Abbruch schon in der Erwartung der Preiserhöhung vorgenommen wurde, hat sich nicht bestätigt; denn der Januar, in dem nach dem Inkrafttreten der Preiserhöhung ein Rückgang des Absatzes zu erwarten gewesen wäre, brachte einen Rekordabsatz von 1,9 Millionen Doppelzentner Reinkali, das ist mehr als das Doppelte des Januarabsatzes im Jahr 1926. Auch der Februarabsatz hat diese Höhe nahezu erreicht.

Am 11. August 1926 sagte der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers: »Die Entwicklung der reinen Herstellungskosten je Doppelzentner Reinkali vermag die Forderung einer Preiserhöhung nicht zu rechtfertigen.« Da sich die Verhältnisse seither nicht zuungunsten der Kaliindustrie verändert haben, und der Kaliabsatz in den letzten Monaten enorm gestiegen ist, ist die volks- und privatwirtschaftliche Berechtigung dieser Preiserhöhung nicht einzusehen.

Kurze Chronik

Vom 31. Januar bis zum 5. Februar hielt die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin ihre Wintertagung ab. In Verbindung mit der *Grünen Woche* wurde eine große Ausstellung landwirtschaftlicher Produkte und Produktionsmittel veranstaltet. ◊ An die Stelle des bisherigen *deutschen Ernährungsministers* Haslinde ist in dem neuen Kabinett der frühere Reichsinnenminister Martin Schiele getreten. ◊ Der Reichstag beschloß am 7. Februar die im Haushalt des Auswärtigen Amts vorgesehenen 6 Stellen für landwirtschaftliche Sachverständige im Ausland baldigst zu besetzen. Zurzeit gibt es solche *Landwirtschaftsattachés* in Warschau, Riga und Helsingfors. ◊ Die Geltung der bestehenden deutschen *Zollsätze* für Agrarprodukte wurde bis zum 1. April verlängert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat 4-monatige Suspension der Roggenzölle beantragt. ◊ Am 25. November 1926 veranstaltete der Deutsche Landarbeiterverband in Berlin eine *Kundgebung*, in der der Bearbeiter dieser Rundschau über die Lage der Landwirtschaft und

Wilhelm Bernier über die Entwicklung der Landarbeiterlöhne sprachen. Es zeigte sich, daß im Osten Deutschlands die Löhne unglaublich niedrig sind. ◊ In Saloniki ist ein Landwirtschaftliches Institut gegründet worden. Seine Aufgabe ist die allgemeine landwirtschaftliche Lage des Landes zu untersuchen und den zuständigen Stellen die Mittel und Maßnahmen aufzuzeigen, die zur Hebung der agrarischen Produktion Griechenlands geeignet sind. Es besteht aus einer Enqueteabteilung, je einer Abteilung für Tabakbau, landwirtschaftliche Entomologie, Pilzzucht, Getreidebau und Viehzucht. Das Institut wurde der Universität angegliedert und erhält eigene Versuchsgebäude.

Literatur Eine früher vom Internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom veröffentlichte, in den letzten Jahren aber nicht mehr herausgegebene Statistik über die Bahnen, in denen sich der internationale Getreideverkehr bewegt, hat Kurt Ritter in seiner umfangreichen Arbeit Der Getreideverkehr der Welt vor und nach dem Kriege /Berlin, Paul Parey/ fortzusetzen unternommen. Wenn es auch infolge der großen Mängel der internationalen Handelsstatistik notwendig war den ursprünglichen Plan einer Darstellung der Verflechtung der einzelnen Getreideexport- und Importländer aufzugeben und sich auf den Getreideverkehr zwischen den großen Überschuß- und Zuschußgebieten zu beschränken, so enthält die Arbeit doch wertvolles Material über die großen durch den Krieg verursachten Umwälzungen im internationalen Getreidehandel. ◊ Unter den zahlreichen Schriften über Fragen der Landarbeit fällt ein Heft Ludwig Wilhelm Ries' Erziehung zu Arbeitswillen und Arbeitsfreude in der Landarbeit /Berlin, Paul Parey/ durch seine kluge und menschlich hochstehende Art, in der die Landarbeitsprobleme behandelt werden, besonders auf. Ries sieht im Landarbeiter nicht nur den Träger des Produktionsfaktors Arbeit sondern auch den Menschen; nicht den Untergebenen, den man durch Befehl zur Arbeit zwingt, sondern den Mitarbeiter, der am Betrieb zu interessieren, und dessen Arbeitsfreude zu wecken ist. In außerordentlich feiner Art geht Ries auf die psychische Eigenart des Landarbeiters ein. Diese hervorragende Schrift verdient weit über den landwirtschaftlichen Betrieb hinaus in der ganzen Wirtschaft Verbreitung zu finden. Sie zu lesen ist ein freudiges Erlebnis.

Verkehr / Otto Schmidt

Deutsche Reichsbahn Der nunmehr von der Reichsregierung bestätigte neue Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Ernst Dorpmüller, besprach kürzlich vor einem größeren Kreis ausführlich die gegenwärtige Lage und die Zukunftsabsichten der Reichsbahn. Trotz der nach wie vor angespannten Finanzlage stellte er zunächst einige Frachterleichterungen in Aussicht. Der englische Kohlenarbeiterstreik war der Frachtentwicklung natürlich sehr günstig. Während Anfang Mai 1926 etwa 100 000 Wagen unbenutzt umherstanden, sind seit Mitte August fast alle Wagen im Verkehr. Die finanzielle Auswirkung des englischen Streiks für die Reichsbahn schätzt Dorpmüller für das Jahr 1926 auf etwa 100 Millionen Mark. Eine Belebung des Verkehrs werde wenigstens noch für die nächsten Monate zu erwarten sein; jedoch sei mit solchen erhöhten Einnahmen wie im Jahr 1926 für die folgenden Jahre nicht zu rechnen. Dazu kommt, daß die Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn in den nächsten Jahren steigen. Sie betragen, einschließlich der Verkehrssteuer, für 1926 rund 975 Millionen Mark, für 1927 rund 1 Milliarde und für 1928 rund 1,07 Milliarden. Im Hinblick auf die in den letzten Monaten vielfach geübte scharfe Kritik gegen die Betriebssicherheit der Reichsbahn stellte Dorpmüller auf Grund eingehender Ermittlungen fest, daß von einer Gefährdung der Betriebssicherheit bei der Deutschen Reichsbahn keine Rede sein könne. Man könnte Schienen, so wie sie jetzt konstruiert sind, ohne Bedenken bis zu 40 Jahren in den Schnellzugstrecken liegen lassen; sie bleiben jedoch nur etwa 19 Jahre in den Schnellzugstrecken liegen. Die Sicherungseinrichtungen der Reichsbahn werden dauernd vervollkommen. Für die Ausbildung der Vorkehrungen gegen das Überfahren der Haltesignale werden in diesem Jahr mehr als 3 Millionen Mark aufgewendet werden. Zum Heranrufen von Hilfe bei Unglücksfällen will man die Streckenfernsprecher mit Aufwendung von über 2 Millionen Mark vermehren. Der Hilfsdienst bei Unglücksfällen wird durchgreifend beschleunigt und auch verbessert werden. Besonders eingehend befaßte sich Dorpmüller auch mit der Konkurrenz der Reichsbahn. Entsprechend dem Grundsatz, daß demjenigen Verkehrsmittel der Vorrang gebührt, das seiner Natur nach imstande ist den öffentlichen Verkehr am wirtschaftlichsten und am besten zu be-

dienen, beabsichtigt die Reichsbahn mit Kraftwagen und Flugzeug zusammenzugehen und diese Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsmittel zu organisieren. Auch die Wasserstraßen seien der Reichsbahn in Zeiten eines starken Verkehrs dort willkommene Helfer gewesen, wo sie sich mit ihr in den stetig wachsenden Verkehr teilten. Mit Recht sprach sich Dormmüller jedoch scharf gegen das Bestreben aus durch neu zu bauende Kanäle alten Verkehr von der Reichsbahn abzuziehen. Die Reichsbahn wendet sich hier energisch gegen den Bau von Kanälen, zumal sie glaubt diesen Verkehr mit den vorhandenen Eisenbahnanlagen ebenso billig und wirtschaftlich bewältigen zu können. So ist sie der Überzeugung, daß sie den auf dem Hansakanal und dem Aachen-Rhein-Kanal zu bewältigenden Verkehr ohne Erweiterung ihrer Anlagen leicht auf den vorhandenen Bahnen übernehmen könne. Sie habe das für beide Kanalgebiete auch bereits nachgewiesen, denn die Steigerungen des Verkehrs durch den englischen Bergarbeiterstreik seien größer als der Verkehr, der später durch die Kanäle bewältigt werden kann. Schließlich sei die Reichsbahn auch finanziell imstande zu den selben Kosten zu verfrachten wie die Kanäle, vorausgesetzt, daß in die Kanalfrachtsätze Verzinsung und Tilgung des Kapitals eingerechnet werden.

Rheinland-Westfalen

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird seit längerer Zeit eine Städtebahn geplant. Schon vor dem Krieg war der Plan einer Schnellbahn von Köln nach Düsseldorf, daneben auch der einer in ostwärtlicher Richtung durch das Industriegebiet verlaufenden Schnellbahn erörtert worden. Als nach dem Krieg die Verkehrsschwierigkeiten im Ruhrgebiet erheblich zunahmen, wurden beide Projekte als Einheit zusammengefaßt und weiter verfolgt. 1923 wurde eine Studiengesellschaft mit dem Sitz in Essen gegründet, an der sich die an der geplanten Bahn liegenden Städte und Kreise sowie der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk beteiligten. Sie erhielt von Preußen mit Zustimmung des Reichs 1924 die Konzession für Bau und Betrieb der projektierten Schnellbahn auf 99 Jahre. Die Frist für die Gründung der Bahngesellschaft, die als ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen gedacht ist, und die Aufbringung des Aktienkapitals wurde zunächst auf 2 Jahre festgesetzt, dann aber bis zum Januar 1929 verlängert.

Die geplante Bahn soll elektrisch betrieben werden und ausschließlich dem Personenverkehr dienen. Sie zerfällt in eine Stammstrecke von Köln über Düsseldorf - Duisburg - Mühlheim - Essen - Gelsenkirchen - Bochum - Langendreer nach Dortmund, mit einer Gesamtlänge von 113,5 Kilometer und 51 Kilometer Nebenlinien, die die Städte Oberhausen, Gladbeck, Hamborn, Dinslaken, Meiderich und Mörs an die Hauptstrecke anschließen sollen. Ihr Hauptkennzeichen ist ihre hohe Geschwindigkeit, die zwischen Köln und Duisburg 130, zwischen Duisburg und Dortmund 100 Kilometer die Stunde betragen wird. Hierdurch würden sich die jetzt auf der Reichsbahn vorhandenen Fahrzeiten zwischen den einzelnen Städten zum Teil um mehr als die Hälfte verringern. Die Schnellbahn soll als Hauptbahn mit Normalspur gebaut werden; außerhalb der Städte soll sie als Damm- oder Einschnittbahn, in den Städten als Untergrund- oder Hochbahn geführt werden. Die Züge sollen aus je 6 Wagen bestehen, und jeder Wagen soll insgesamt 180 Plätze aufweisen, davon 80 Sitz- und 100 Stehplätze. Für den Bau sind 4 Jahre vorgesehen; er würde etwa 9000 Arbeitern und 300 Ingenieuren Beschäftigung geben. Die Baukosten werden von der Studiengesellschaft zurzeit auf insgesamt 340 Millionen Mark geschätzt.

Die geplante Bahn stellt ohne Zweifel ein Unternehmen großen Formats dar. Ihre verkehrstechnische Bedeutung spricht sich deutlich darin aus, daß sie eine Verbindung von Köln nach Dortmund in 77 Minuten ermöglichen würde. Auch würde sie neben ihrer belebenden Einwirkung auf Handel und Gewerbe den Zusammenschluß der Städte im Industriegebiet bedeutend fördern.

Gleichwohl sind von verschiedenen Seiten gegen die Schnellbahn erhebliche Bedenken erhoben worden. Zunächst von der Reichsbahn, die in ihr ein äußerst unangenehmes Konkurrenzunternehmen sieht. Die Reichsbahn behauptet, sie sei selber in der Lage auch der Bezirksverkehr im Industriegebiet durch entsprechenden Ausbau ihrer Anlagen ausreichend zu bedienen. Ferner hat sich der Bergbau gegen die geplante Schnellbahn ausgesprochen; er befürchtet vor allem, daß durch die hohe Geschwindigkeit die bergbaulichen Anlagen gefährdet werden. Schließlich ist auch die Wirtschaftlichkeit des Bahnunternehmens bezweifelt worden.

Bei diesem Punkt ist an erster Stelle die Denkschrift Erich Gieses über die Wirtschaftlichkeit der Städtebahn Köln-Dort-

mund zu nennen /Berlin, Verlag der Verkehrstechnik/. Giese stellt in dieser mit vielen Tabellen und Abbildungen ausgestatteten Arbeit den Ausgaben (Bau- und Betriebskosten) die zu erwartenden Einnahmen gegenüber und nimmt dazu genaue Verkehrsschätzungen auf Grund eingehender Verkehrszählungen vor. Er meint, daß die Bahn den an sie gestellten Erwartungen nicht überall entsprechen werde, namentlich auch nicht in der Fahrtgeschwindigkeit. Das für den Bahnbau notwendige Anlagekapital schätzt er in Anbetracht der vielen Unter- und Überführungen, die durch die kreuzenden Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kanäle und Straßen nötig werden, auf 400 Millionen Mark. Der Verkehr der neuen Bahn werde sich, neben dem sich später bildenden Neuverkehr, in der Hauptsache aus einem Abwanderungsverkehr von der Reichsbahn und den Straßenbahnen zusammensetzen; aber dadurch eingeschränkt, daß die neue Schnellbahn nicht die Vergünstigungstarife der Reichsbahn gewähren könne. Für den Arbeiterverkehr, der sich vorzugsweise der 4. Klasse bedient, werde die Schnellbahn daher wohl kaum in Frage kommen, wohl aber in hohem Maß für den Geschäfts-, Markt-, Besuchs-, Vergnügungs- und Ausflugsverkehr; doch werde sie nie den Verkehr einer Stadtschnellbahn erreichen. Aus diesem Grund würden ihre Einnahmen nicht genügen, um die Betriebsausgaben zu decken, geschweige denn Überschüsse zu erzielen. Wenn auch wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus alle neuen Schnellbahnen erhebliche Zuschüsse erfordern werden, so ist, nach Giese, eine Bahn nur dann volkswirtschaftlich berechtigt, wenn sie ertragsfähig und verkehrsbildend ist sowie eine unbedingte Lebensnotwendigkeit darstellt. Diese Voraussetzung sei hier nicht gegeben, denn die Reichsbahn könne im Industriegebiet im Güterverkehr ohne bauliche Veränderungen noch eine Steigerung von 40 % und im Personenverkehr von 25 bis 30 % des Zugumlaufs ertragen; darüber hinaus könnten bauliche Erweiterungen, wie der 4-gleisige Ausbau der Strecken, und die Einführung der elektrischen Zugförderung vorgenommen werden. Für die Bedienung des Bezirksverkehrs käme schließlich die Einführung eines "Ruhrexpresses" zwischen den Hauptstädten des Industriegebiets in Frage, der mit erhöhter Geschwindigkeit und geringen Aufenthaltverweilen verkehrt und mit besonderen Lokomotiven und Wagen ausgerüstet ist. Gegenüber dieser vernichtenden Kritik betonte die Studiengesellschaft, daß

auf Grund ihrer Berechnungen die Bahn voraussichtlich nur 340 Millionen Mark kosten wird. Die Verkehrsentwicklung schätzt sie gleichfalls bedeutend günstiger ein, sie rechnet, neben einem stärkeren Abwanderungsverkehr von der Reichsbahn und den Straßenbahnen, vor allem mit einem sehr starken Neuverkehr. Sie kommt danach bereits im 3. Betriebsjahr zu einem Überschuß von 3,4 Millionen Mark, der die Bahn als wirtschaftliches Unternehmen rechtfertigen würde. Zunächst stehen hier also Zahlen gegen Zahlen. Es ist verständlich, daß die Städte des Industriegebiets an dem Bahnbau ein erhebliches und ohne Zweifel auch berechtigtes Interesse haben. Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Projekts, dessen Durchführung nur durch Inanspruchnahme öffentlicher Mittel möglich sein wird, wird man indessen nicht allein diese mehr lokalen Interessen berücksichtigen dürfen sondern die der gesamten Volkswirtschaft, eine Forderung, die leider bei vielen Planungen von Verkehrsanlagen in letzter Zeit nicht immer in dem notwendigen Maß erfüllt worden ist. Ist die Reichsbahn in der Lage ihre Anlagen im Industriegebiet dem Verkehr entsprechend auszubauen (ob die Verkehrsentwicklung sich in den nächsten Jahren im Ruhrgebiet in der gleichen aufsteigenden Linie bewegen wird wie vor dem Krieg, erscheint zweifelhaft), so würde die neue Schnellbahn in der Tat einen Verkehrsluxus darstellen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß auch der von Jahr zu Jahr zunehmende Kraftwagenverkehr für die Städtebahn eine Konkurrenz bedeutet. Gerade im Ruhrgebiet ist ein Ausbau des Kraftwagenstraßenverkehrs geplant. Der Kraftwagen bietet zudem neben der gleichen Schnelligkeit gegenüber der Städtebahn vor allem den Vorzug, daß er direkt zum Bestimmungsort fahren kann, während von der Schnellbahn stets noch mehr oder weniger weite Wege vom und zum Bahnhof zurückzulegen sind. Nach alledem scheint das Projekt dieses Schnellbahnunternehmens noch einer gründlichen Überprüfung zu bedürfen.

Berlin Wenn es wahr ist, daß große Entschlüsse der Zeit bedürfen, so muß die Vereinheitlichung der Berliner Verkehrsunternehmen eine ganz große Sache sein. Wie sie jetzt, nach allem Hin und Her in den Instanzen und in der Presse, am 15. März endlich beginnt, wird sie in der Hauptsache doch nur als eine Verkehrsverteuerung empfunden werden,

während die verkehrsverbessernden Wirkungen erst der Zukunft überlassen bleiben. Das Endziel muß jedenfalls eine Tarifgemeinschaft aller Berliner Verkehrsmittel sein, das heißt auch unter Einschuß der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die vorerst noch völlig draußen bleiben werden. Die Zurückhaltung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen gegenüber den Vereinheitlichungsbestrebungen kann augenblicklich noch ganz erwünscht sein. Es ist vielleicht nicht ratsam die neue Tarifgemeinschaft gleich von vornherein mit einem so unwirtschaftlichen und rückständigen Verkehrsmittel zu belasten, wie es die mit Dampf betriebenen Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zurzeit noch darstellen. Nach der Elektrifizierung, mit deren Beendigung Anfang 1929 zu rechnen ist, kann selbstverständlich die Stadt- und Ringbahn, schon allein in Anbetracht des direkten Übergangsverkehrs zum Schnellbahnnetz, nicht mehr beiseite stehen. Ein Kuriosum der geplanten Tarifgemeinschaft stellen die vorgesehenen Monatskarten dar, von denen zwischen Straßenbahn und Hochbahn nicht weniger als 9 verschiedene Arten eingeführt werden sollen. Der Gedanke einer Einheitsmonatskarte, die zur beliebigen Benutzung mindestens des gesamten Straßenbahn- und Schnellbahnnetzes berechtigt, dürfte keinesfalls undurchführbar sein, wie von den Verkehrsgesellschaften immer behauptet wird. Kein Mensch wird die Verkehrsmittel mehr benutzen als er unbedingt braucht. Unter richtiger Einschätzung der täglichen Fahrtenzahl je Person müßte es daher möglich sein eine solche Einheitsmonatskarte für den Preis von 15 Mark oder etwas darüber auszugeben. Die Vorteile sind für das fahrende Publikum wie für die Verkehrsgesellschaften gleich groß. Für den Ausbau des Schnellbahnnetzes, der mit die wirksamste Entlastung des Oberflächenverkehrs ermöglichen wird, hat die Stadt Berlin eine Anleihe von 90 Millionen Mark aufgenommen. Sie werden zunächst für die Vollendung der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln und den Weiterbau der Nord Südbahn nach Tempelhof verwandt werden. Der weitere Ausbau wird sich dann auf die Linie durch die Frankfurter Allee nach Lichtenberg, die Hineinführung der bestehenden Hochbahnstrecke über den Bahnhof Nordring nach Pankow sowie die endliche Fertigstellung der Kurfürstendammlinie erstrecken. Der infolge des geplanten Umsteigefahrplans zur Straßenbahn zu erwartende stärkere Umsteigeverkehr macht auch den Umbau

einiger wichtiger Kreuzungsbahnhöfe nötig; so sollen vor allem die Bahnhöfe Hallesches Tor und Kottbuser Tor erweitert werden. Endlich will man auch auf einigen Bahnhöfen die alten Seitenbahnsteige in die viel praktischeren Mittelbahnsteige umwandeln. Es wäre zu wünschen, daß die Seitenbahnsteige überhaupt verschwänden. Ebenso endgültig und vollständig das verkehrshemmende System der verschiedenen Klassen. Zwar wird jetzt eine Einheitsklasse geschaffen. Aber praktisch bleibt dann noch durch die Teilung in Raucher- und Nichtraucherabteile ein Zweiklassensystem. Wann wird man sich endlich dazu aufschwingen die Raucherwagen radikal zu beseitigen? Auch leidenschaftliche Raucher können dieser Forderung, wenn schon nicht aus Rücksicht auf die Nerven, Hirne und Kleider der Mitfahrenden, so doch mindestens wegen der dann möglich werdenden schnelleren Abwicklung des Verkehrs, die ihnen mit allen zugute kommt, zustimmen. Auch in der Frage der Straßendurchbrüche ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Erich Giese hat auf einem Bierabend beim preußischen Minister des Innern Ende Februar nochmals die verkehrstechnische Notwendigkeit und Dringlichkeit der Durchbrüche unterstrichen. Er rechnet in den nächsten 4 Jahren mit einer abermaligen Verdoppelung der Kraftfahrzeuge in Berlin und fordert die Durchbrüche im Interesse des gesunden Lebens der gesamten Berliner Bevölkerung, da sonst in den nächsten Jahren mit einem Verkehrschaos zu rechnen sein wird. Im Zusammenhang mit den Durchbrüchen muß die Schaffung eines durchgehenden Nordsüdverkehrs für die Stadtbahn sowie für die Fernbahn berücksichtigt werden. Hierfür liegen mehrere Entwürfe vor, die entweder eine Verbindung des Potsdamer Bahnhofs mit dem Stettiner oder mit dem Lehrter Bahnhof vorsehen, wobei ein Teil der Verbindungsstrecke im Tunnel geführt werden würde. Der Berliner Ortsverkehr nahm im letzten Jahr nur wenig zu. Es wurden insgesamt 1460 Millionen Personen von den öffentlichen Verkehrsmitteln befördert, gegen 1450 Millionen Personen im Vorjahr. Der Omnibus hat, entsprechend dem Ausbau seines Liniennetzes, den größten Verkehrszuwachs (rund 48%), die Straßenbahn konnte ihren Verkehr um rund 4% erhöhen und bewältigte 55,7% des Gesamtverkehrs. Die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen verloren hingegen rund 12% und die Schnellbahnen rund 6% ihres vorjährigen Verkehrs.

Ende 1926 gab es in Berlin 51 000 Kraftfahrzeuge, was eine Zunahme um etwas über ein Drittel im vorigen Jahr bedeutet. Die Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle hat sich von 11 056 auf 13 728, das heißt um etwa ein Viertel, erhöht. Die Anzahl der Unfälle ist also im Verhältnis zur Anzahl der Fahrzeuge gesunken, aber natürlich an sich immer erschreckend groß. Wir müssen uns die Indifferenz abgewöhnen, mit der wir Verkehrsunfälle und Verkehrskatastrophen als (womöglich gar naturnotwendige) Begleiterscheinungen der Verkehrsentwicklung hinnehmen.

Wasserstraßen Die endgültige Vollendung des Rheinhafens Kleinbünningen bei Basel hatte die Schweiz veranlaßt von Juli bis Oktober 1926 eine *Internationale Ausstellung für Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung* in Basel zu veranstalten. Die Ausstellung sollte die Bedeutung der Binnenschifffahrt für die Wirtschaft, den Stand der wissenschaftlichen Forschung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Wasserkraftnutzung zeigen. Neben allen am Rhein und an der Donau liegenden Staaten waren auch England und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Verkehrskommission des Völkerbunds und die Rheinzentralkommission vertreten. Die Deutsche Abteilung der Ausstellung, die von einem besondern Reichskommissar organisiert worden war, gab eine erschöpfende Übersicht über den Stand der deutschen Binnenschifffahrt und die fortschreitende Nutzung der Wasserkraft in Deutschland. Nach einer ziemlich lebhaften Debatte über die Zweckmäßigkeit weiterer *Kanalbauten* in Deutschland nahm der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten einstimmig eine Resolution an, in der ausgedrückt wird, daß der Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Wasserstraßen auch weiterhin überall dort durchzuführen sei, wo eine sorgfältige Prüfung ein maßgebliches volkswirtschaftliches Bedürfnis und ein gesundes Verhältnis zwischen Kostenaufwand und volkswirtschaftlichem Ertragnis ergibt. Unter diesen Gesichtspunkten sollen auch die bereits vorliegenden Kanalprojekte nochmals geprüft werden, damit man nicht an Bauten geht, die eine spätere Zeit gar als völlig unwirtschaftlich ansehen könnte. Wird doch der Wert von Kanälen (der zur Zeit der Kämpfe um den Mittellandkanal ein Glaubenssatz der Linken war) angesichts der neuern Entwicklung mehr und mehr fraglich.

Kurze Chronik Die Eisenbahnverwaltungen von 13 beteiligten Ländern haben Ende 1926 einen *Eisenbahntarifvertrag* geschlossen und neue Fahrpläne ausgearbeitet, nach denen es zum Beispiel möglich sein wird die 14 000 Kilometer lange Strecke Tokio-Paris in etwa 160 Stunden zurückzulegen. ◊ Die spanische Regierung ist erneut mit einem Plan eines Eisenbahntunnels zwischen *Spanien und Afrika* von etwa 26 Kilometer Länge hervorgetreten. Nach Vollendung der transafrikanischen Eisenbahn würde dieser Tunnel einen durchgehenden Eisenbahnverkehr Calais-Kapstadt ermöglichen. ◊ Am 1. Juli 1926 wurden in Deutschland insgesamt 544 894 *Kraftfahrzeuge* und 26 934 Kleinkraftträder gezählt; 28 % mehr als im Vorjahr. ◊ Der Kraftlinienverkehr der Deutschen Reichspost ist im Jahr 1926 erheblich ausgedehnt worden. Die Anzahl der *Kraftpostlinien* ist von 1251 auf 1373 angewachsen, die Streckenlänge von 24 711 Kilometer auf 26 165 Kilometer. Während im Jahr 1925 insgesamt 24 818 253 Personen befördert wurden, waren es bis zum 31. August bereits 23 143 067. Die Anzahl der von der Reichspost betriebenen Kraftomnibusse ist von 2159 auf 2536 gestiegen. Die tägliche Kilometerleistung sämtlicher Kraftpostlinien betrug in den Monaten Juli und August im Durchschnitt rund 130 000 Kilometer, eine Strecke, die mehr als 3mal so groß wie der Äquator ist. ◊ Auf Anregung Mussolinis werden auf italienischen Werften 2 neue *Schnellschiffe* für die amerikanische Route gebaut, die bis zu 42 Knoten in der Stunde erreichen und die Strecke Neapel-New York in 4 Tagen zurücklegen sollen. ◊ Frankreich plant eine *Luftverbindung* mit Großflugzeugen Paris-New York. Für den Bau der notwendigen Großflugzeuge wurde bereits eine Gesellschaft in Paris gegründet. Italien will eine Luftschifflinie Rom-Buenos Aires herstellen; an ihrem Zustandekommen arbeitet vor allem der General Nobile, der Teilnehmer an Amundsens Nordpolflug. Der spanische Staat hat einer Privatgesellschaft die Konzession für eine Luftschiffverbindung Sevilla-Buenos Aires übertragen, die die Errichtung eines Zeppelinverkehrs in den nächsten 3 Jahren ohne Staatshilfe vorsieht. ◊ Der Schweizer Flieger Walter Mittelholzer startete am 27. Dezember 1926 in Zürich auf einem deutschen Großflugzeug zu einem *Afrikaflug* und landete am 21. Februar im Hafen von Kapstadt. Er brauchte für die gesamte Strecke 97½ Stunden reine Flugzeit.

Literatur

Von der Postkutsche zum Flugzeug nennt sich eine von *Eilhard Erich Pauls* gegebene Darstellung der Entwicklung der Verkehrsmittel in den letzten 100 Jahren /Lübeck, Otto Quitzow/. Sie ist nicht ganz frei von jener gefühlvollen Romantik, deren allmähliche Verdrängung im Verkehrswesen sie gerade beschreiben will. Aber sie ist eine allgemein interessierende, angenehme und in gefälliger Form beherrschende Lektüre, daher geeignet viele Leser zu finden und zu fesseln. ◊ In die Kriegszeit zurück führt das vor allem für die Angehörigen der ehemaligen Luftschifftruppen aus Erinnerungen und Aufsätzen zusammengestellte Buch *Fritz Strahlmanns* Zwei deutsche Luftschiffhäfen des Weltkrieges /Oldenburg, Oldenburger Verlagshaus/. Es gibt eine genaue Beschreibung der im Krieg neu geschaffenen und damals geheim gehaltenen Marineluftschiffhäfen in Ahlhorn und Wildeshausen und bringt hierbei hauptsächlich persönliche Erinnerungen der Beteiligten. Aus den Ausführungen geht klar hervor, wie ungeeignet das Luftschiff als Kriegswaffe war. Die Tragik der zum Teil durch die Witterung bedingten dauernden Verluste der Marineluftschiffe wird noch durch eine Explosionskatastrophe auf dem Ahlhorner Luftschiffhafen Anfang 1918 erhöht. Für die Handelsluftfahrt werden die mit den Kriegsluftschiffen gesammelten Erfahrungen auch kaum mehr als bedingten Nutzen haben. ◊ Die Grundlagen für eine einheitliche Berliner Verkehrspolitik zeichnet *Otto Simon* in seiner Schrift *Berliner Verkehrswirtschaft* /Berlin, Albert Nauck/. Er untersucht vor allem die Entwicklung der Berliner Häfen und kritisiert (ob mit Recht oder Unrecht, müßte eine bis ins einzelne gehende Nachprüfung seiner Argumente erst erbringen) die »Unbegreiflichkeiten« der Verpachtung der Berliner Häfen 1923 an eine Privatgesellschaft. ◊ In die Zukunft Berlins weist *Roman Heiligenthal* in seinen *Berliner Städtebaustudien*, die er im Selbstverlag herausgab. In diesen Studien für die Aufstellung eines Berliner Generalsiedlungsplans werden die städtebaulichen Hauptaufgaben der Weltstadt umrissen, unter Berücksichtigung ausländischer, insbesondere amerikanischer Verhältnisse. Auch der Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, darunter der Dezentralisation des Berliner Nahverkehrs, ist der gebührende Raum gewidmet. ◊ Zur Polizeiausstellung, die Carl Severing als preußischer Minister des Innern im vorigen Jahr in Berlin veranstaltete, brach-

ten Erich Giese und Heinrich Paetsch ein Buch *Polizei und Verkehr* heraus /Berlin, Gersbach & Sohn/. Es gibt in großen Zügen einen Abriss des großstädtischen Verkehrswesens mit seinen vielgestaltigen Problemen und weist hierbei Wege zur Lösung der vorhandenen Verkehrsschwierigkeiten in den Groß- und Mittelstädten. Der in übersichtlicher Form gegliederte Inhalt wird durch zahlreiche Abbildungen erläutert. Das Buch ermöglicht eine gedrängte Übersicht über großstädtisches Verkehrswesen. ◊ Um späteren Generationen den Wert der *Münchener Verkehrsausstellung* von 1925 zu übermitteln, hat die Ausstellungsleitung eine Denkschrift über die Deutsche Verkehrsausstellung herausgegeben. Sie faßt in kurzen Beiträgen den Inhalt der einzelnen Abteilungen der Ausstellung zusammen und bringt in einem Anhang eine große Anzahl von Abbildungen. ◊ In Anbetracht der zahlreichen Verkehrsunfälle, die immer wieder auf die Trunkenheit der Fahrzeugführer zurückzuführen sind, ist auf die Schrift *Georg Bonnes* Nüchternheit und Verkehrssicherheit /Hamburg, Neulandverlag/ nachdrücklich hinzuweisen. Sie fordert mit Recht Abstinenz aller im Verkehr Beschäftigten.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Cohens Jüdische Schriften
Hermann Cohens /Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn/
wurden hier schon in der Rundschau Religionswissenschaft (1926 Seite 722) angezeigt, verdienen aber auch noch gesonderte Betrachtung. Sie enthalten eine Reihe von Aufsätzen und Abhandlungen, zu einem Teil in der Form von Vorträgen und Reden, die sämtlich irgendwelche jüdische Fragen theoretischer oder praktischer Natur zum Gegenstand haben. Nicht alles in diesen Schriften ist von gleichem Wert und gleicher Bedeutung, nicht alles steht hier auf gleicher wissenschaftlicher Höhe. Das Datum der Abfassung spielt hier, natürlich, eine überaus wichtige Rolle. Mit den Jahren ändert sich die Stellungnahme des Verfassers zu dieser oder jener Frage der jüdischen Wirklichkeit oder des Judentums überhaupt. Manche Ansicht aus den früheren Lebensperioden wird später korrigiert und mit inzwischen gemachten Erfahrungen in Einklang gebracht. In manchen Äußerungen zu zeitgenössischen Fragen verrät sich deutlich genug der Einfluß des Augenblicks, dem sich der temperament-

volle Philosoph nicht entziehen konnte. Aber allen Abweichungen und Konzessionen an den Zeitgeist zum Trotz bleibt er seiner Grundauffassung getreu; allen übrigen unvermeidlichen Schwankungen zum Trotz bricht immer wieder die eine Grundtendenz hindurch. Alles in diesen Schriften ist von dem gleichen Geist getragen, alles ist hier von dem gleichen Eifer für ein hohes Ideal und von dem Pathos der Überzeugung durchglüht. Der Monotheismus bildet den Angelpunkt, um den sich alle Betrachtungen des Verfassers über das Wesen des Judentums drehen. Man kann sich beim Lesen der Schriften des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier um eine wahre Leidenschaft, um eine Lebenssehnsucht handelt. Freilich versteht Cohen unter seinem Monotheismus etwas ganz anderes als das, was die landläufige Vorstellung mit diesem Begriff verbindet. Monotheismus ist ihm nicht bloß Einheit oder, wenn man will, Einzigkeit im Gegensatz zu Vielheit und Mannigfaltigkeit. Monotheismus ist ihm der Lebensnerv des Ethos, die moralische Besinnung, wir würden sagen: die moralische Wachsamkeit, die den Menschen immer in Spannung hält, um ihn im Strom der indifferenten Natürlichkeit nicht untergehen zu lassen. Nach Cohen vermag nur der Monotheismus dem menschlichen Dasein, wie dem Dasein überhaupt, einen Sinn zu geben, weil nur er das wirklich wertschaffende Prinzip bildet. Ohne den Monotheismus ist der Mensch ein gleichgültiges Glied in der Verkettung der Erscheinungen. Wie kommt er eigentlich zu Bewertungen? Etwa aus einem biologischen Instinkt heraus? Gewiß nicht. Denn die Biologie gibt ihm keine Anhaltspunkte dafür. Man könnte vielleicht das Lebensfördernde und Lebenshemmende als eine Art biologischer Wertkategorie auffassen. Doch was die Biologie unter lebensfördernd und lebenshemmend versteht, harmoniert keineswegs mit den moralischen Bewertungen. Diese Bewertungen vermag der Mensch nur vermittelst eines höhern, oder, wenn man will, andern Prinzips aus sich heraus zu entwickeln, und dieses andere ist nach Cohen der Monotheismus, und zwar der Monotheismus in jener lapidarischen Form, wie ihn das Judentum geprägt hatte, als das Prinzip eines einzigen schaffenden Gottes; denn in dem Augenblick, da wir eine Mehrheit von Göttern zulassen, fallen wir in die in allen ihren Teilen wertindifferente bloße Natürlichkeit zurück. Gott und Mensch sind die beiden Pole des Cohenschen Denkens. Sie werden

unter einem gewissen Abstand von einander gehalten. In dieser Spannung liegt für Cohen das Gewährwerden, die Erkenntnis Gottes, jene Nähe Gottes, von der er, an einen Bibelvers anknüpfend, so oft spricht. Die Enden dürfen weder zu einem einzigen Punkt verschmelzen noch in einer horizontalen Geraden auseinandergezogen werden, sie liegen gewissermaßen auf den Schenkeln eines Winkels zwischen 0° und 180° . Fallen die Schenkel auf einander, so erhalten wir den Zustand einer ekstatischen Verzückung, wo die Seele gleichsam in der Gottheit aufgeht; werden sie zu einer einzigen Geraden auseinandergezogen, so erhalten wir den Zustand einer pantheistischen Weltstimmung, wo Seele und Gott sich überhaupt nicht mehr wiederfinden. Man begreift nun, weshalb Cohen Mystizismus und Pantheismus so ablehnt. Denn in beiden verliert sich die Seele. Die Seele darf sich aber nie verlieren. Sie soll immer gegenwärtig sein. Die Atmosphäre akademischer Zurückgezogenheit, in der Hermann Cohen stets gelebt hat, und die für den praktischen Psychologen so wenig zuträglich ist, hat ihm für seine Lieblingsidee gute Dienste geleistet. Man muß, sagt Nietzsche, wegsehen, um besser sehen zu können. Wegsehen vom vergänglichen Konkreten, um die Linie der Ewigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Denn nicht nur der Schein, auch die Wirklichkeit trägt. Hermann Cohen hat uns zeigen wollen, daß die Moral nicht gesellschaftlichen sondern göttlichen Ursprungs ist; daß die Gesellschaft für sich allein, ihrem eigenen Gang überlassen, noch keine Moral schafft; daß sie selber amoralisch wird, sobald sie Gott aus den Augen läßt. Und er hat dargelegt, daß erst das Judentum diesen Zusammenhang zwischen Gott und Ethos entdeckte. Zusammenhang aber sei nicht Verschmelzung des einen mit dem andern, wie es die Mystik wolle, sondern Beziehung des einen auf das andere. Nach Cohen ist daher das Judentum nicht mystisch. Und trotzdem hat es eine Mystik im Judentum gegeben, eine große Mystik noch dazu, und sie ist noch heute da, und zwar nicht etwa als Seitensprung sondern als integrierender Bestandteil. Dem frommen Juden ist das Buch Sohar nicht minder heilig als Bibel und Talmud. Das Bild des Judentums bleibt unvollständig, solange diese Mystik ausgeschaltet bleibt. Eine geistig lohnende Aufgabe ist: die jüdische Mystik mit den von Cohen herausgearbeiteten Prinzipien in Einklang zu bringen.

Raphael Seligmann